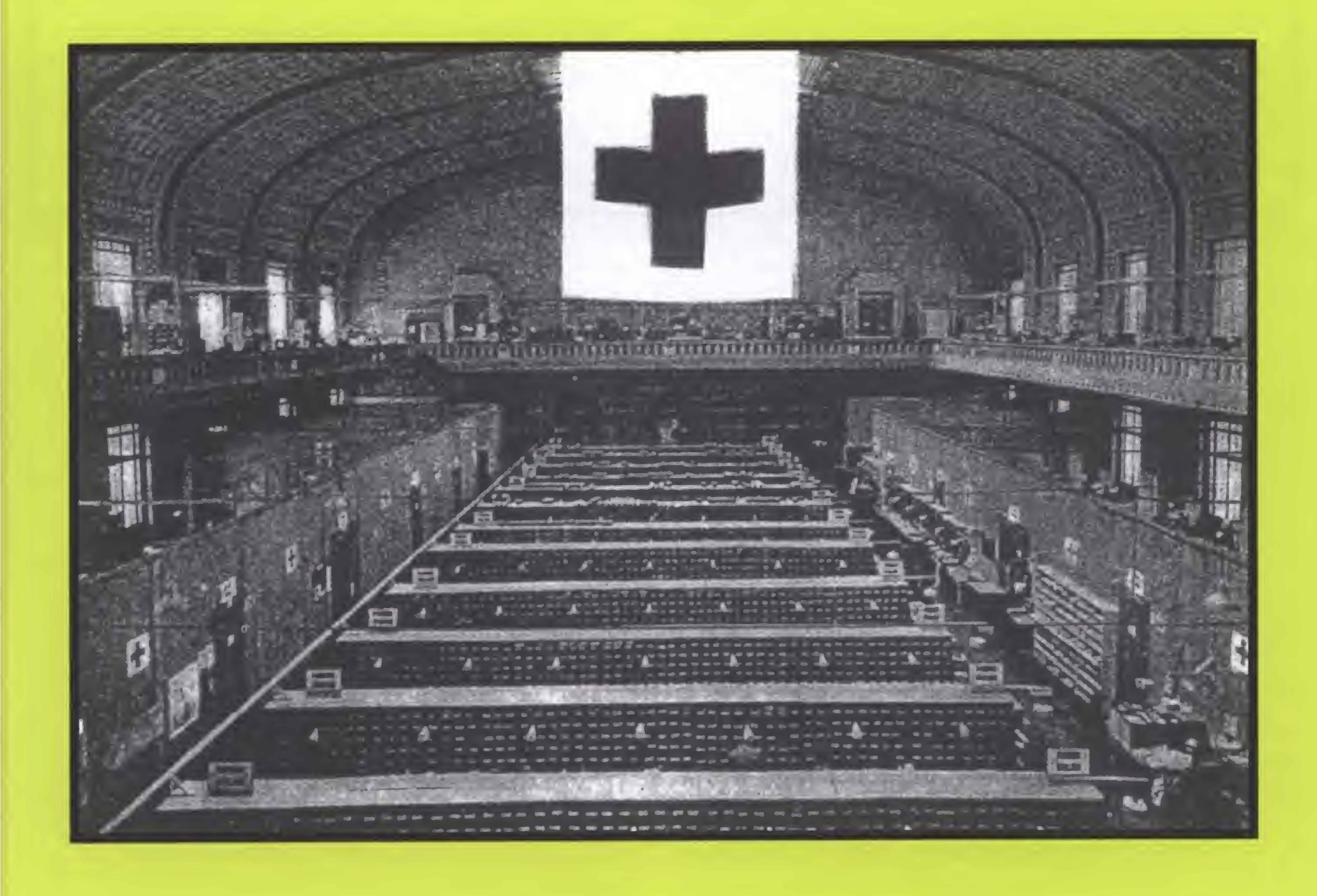
Historische Tatsachen Nr. 98

WILLIAM W. DOUGLAS

Internationale Rote Kreuz Akten



Zentralkartei des Internationalen Roten Kreuzes für Kriegsgefangene während des Zweiten Weltkrieges im "Palais électoral" in Genf. Zusätzliche Büros für 27 verschiedene Filialen wurden benötigt und in anderen Gebäuden, vorwiegend Hotels und Banken, untergebracht. Mittels individueller "Identifikations-Karten" vermittelte das IKRK Informationen und Korrespondeenzen zwischen den Kriegsgefangenen und ihren Familien. In 6 Kriegsjahren verfügte es über 25 Millionen solcher "individual identify cards" und vermittelte etwa 120 Millionen Botschaften. -- (IKRK online 2006) © ICRC/Ref. hist-1816/2

WILLIAM W. DOUGLAS

Internationale Rote Kreuz Akten

Zur Erinnerung bei der Beurteilung des IKRK-Themas

"Als Präsident der größten jüdischen Organisationen verfügte ich über riesige Budgets, über Hunderte von Millionen Dollar und leitete Tausende von Angestellten. Dies alles, ich betone es erneut, im Rahmen des internationalen Judentums und nicht in dem eines Staates." [1) S. 150]

Dennoch hat **Nahum Goldmann** während der Kriegsjahre 1940 - 1945 jeweils halbjährlich Urlaub gemacht und sich dem Privatleben gewidmet.

"Mein Leben in den Jahren in Amerika (1940 - 1964) war nur zur Hälfte auf politische und organisatorische Arbeit begrenzt. Die andere Hälfte war meinem Privatleben gewidmet ... Ich machte öfter Ferien, im Kriege im Winter auf den Karibischen Inseln ... , im Sommer monatelang auf der Beaverlake Farm ..." [2) S. 111]

Die gesamten Kriegsjahre über war er nicht mit Juden-Vernichtungs-Nachrichten befaßt gewesen! Selbst nach Kriegsende versuchte er nicht, sich darüber als Historiker zu qualifizieren. Noch *"vor und während der Verhandlungen"* mit Bundeskanzler **Dr. Konrad Adenauer** 1952

"hatte niemand eine zureichende Vorstellung vom Umfang der nazistischen Verbrechen und der gewaltigen Zahl der anspruchsberechtigten Opfer." [3) S. 440]

Als in diesen Verhandlungen *"eine Organisation ihm vorschlug, 20 Millionen Deutsche Mark zu bezahlen"*, erreichte **Nahum Goldmann** 80 Milliarden [1) S. 168] gemäß seinem späterhin eingestandenen *"Kapitel: **Wie man mit Geschichten erzählen Millionen verdient**".* [1) S. 180]

"Ich bemerke, daß ich kein Historiker bin und meine Gedankengänge in dieser Hinsicht mehr auf meine 80-jährige Erfahrung im Umgang mit Deutschen beruhen als auf historischen Kenntnissen: sie sind die Meinung eines Dilettanten, nicht die eines Gelehrten." [3) S. 462]

The First Amendment
(Die erste Verbesserung, Ergänzung)
zur Verfassung der USA

"Der Kongreß darf kein Gesetz erlassen, welches eine (Staats-) Religion einführt, oder die Ausübung irgendeiner Religion behindert. Ebenfalls darf kein Gesetz erlassen werden, welches die Redefreiheit und die Freiheit der Presse verbietet, oder das Recht des Volkes beschränkt, sich friedlich zu versammeln und sich zur Behebung von Mißständen an die Regierung zu wenden."

Wenn auch BRD-Grundgesetz Art. 19, Abs. 2 verfügt:

"In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden",

so lautet doch Art. 5 GG, Abs. 2:

"Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze. ..."

Hiermit ist ein Freibrief für Willkür erstellt worden, der erlaubt und dazu geführt hat, Wesentliches wieder aufzuheben.

Als US-Publizisten sind wir durch unser First Amendment vor solchen Tricks rechtlich abgesichert und sehen uns auch gemäß unserem Verständnis von der "freien Welt" verpflichtet, andere Völker unter das gleiche Recht zu stellen.

645 Pennsylvania Ave. S.E.
Washington D.C. 20003 -- USA
2007

Halten Sie Kontakt mit unseren Büros in Europa:

Barnes Review
P.O. Box 243
Uckfield
East Sussex TN 22 9AW
England

Barnes Review
Siegfried Verbeke
Posbus 46
B 2600 Berchem 1

Deutschland: Verlag für Volkstum + Zeitgeschichtsforschung
Postfach 1643, D 32590 Vlotho/Weser

INHALT

---

1) Nahum Goldmann, "Das jüdische Paradox", Köln - Frankfurt/M 1978. -- Vergl. ***Historische Tatsachen (HT)*** Nr. 5, S. 40.
2) Nahum Goldmann, "Mein Leben -- USA - Europa - Israel", München - Wien 1981. --Vergl. ***HT.*** Nr. 15, S. 28.
3) Nahum Goldmann, "Mein Leben als deutscher Jude", München - Wien 1980. -- Vergl. ***HT*** Nr. 15, S. 27.

ISSN 0176 - 4144

US-Präsident **F.D. Roosevelt** wollte Deutschland bereits im November 1932 "zermalmen" *("I'll crush Germany").* *) Der weltrevolutionäre Massenmörder **Josef Stalin** bezeichnete ihn als *"den hauptsächlichsten Schmied der Werkzeuge, die zur Mobilisierung der Welt gegen **Hitler** geführt haben".* **) S. 225 Am 4. Februar 1945 erklärte **FDR** auf der Konferenz in Jalta, *"er sei hinsichtlich der Deutschen noch blutdürstiger als vor Jahresfrist".* **) S. 5 Zu diesem Zeitpunkt war das von **Winston Churchill** im November 1936 verkündete Ziel, *"Deutschland wird zu stark, wir müssen es vernichten!"*, 16) S. 267 nahezu erreicht.

Das Komitee des Internationalen Roten Kreuzes hat solche Zusammenhänge nicht berücksichtigt.

Historiker haben Sachverhalte zu erforschen

Historiker haben die schwierige Aufgabe, auch vielfach unübersehbares Geschehen aufzuklären. Nicht zu ihren Pflichten gehört, etwa vor ihrer Untersuchung ein politisches Glaubensbekenntnis abzulegen oder ihre Forschung auf ein vorher bereits feststehendes Dogma auszurichten. Ein Krieg, zumal ein weltweit ausgedehnter Krieg, der im 20. Jahrhundert mit ethnischem Vernichtungswillen geführt wurde, löst eigenständige, nicht voraussehbare, ungewollte Reaktionen beim so bekämpften Gegner aus, deren Ergebnisse nicht im nachhinein bei Ausklammerung der Anlässe Bewertungsmaßstab für dessen ethische Grundhaltung sein können.

Bereits die üblich gewordene Ausklammerung wichtiger Zusammenhänge, die zum Ausbruch der Kampfhandlungen zwischen Deutschland und Polen vom 1. September 1939 und zur Ausweitung in den Zweiten Weltkrieg geführt haben, widerspricht den Grundsätzen objektiver Geschichtsbetrachtung. Wenn zusätzlich noch Kriegshandlungen und Zielsetzungen der schließlichen Siegermächte aus allen Beurteilungskomplexen eliminiert und nur apodiktisch verfügte Schuldzuweisungen und behauptete Verbrechen der Besiegten geduldet werden, ist eine sachliche "Aufarbeitung der Vergangenheit" unmöglich. Ein Historiker, der sich als Propagandist der Siegermächte versteht, mißachtet das Ethos, das ihn zur Wahrheit verpflichtet!

Der Historiker kann wohl vergangene Geschehensabläufe bedauern, ja verurteilen, doch kann er sie nicht ungeschehen machen und seine humanitären Beurteilungskriterien nur an dem Leid einer bestimmten Bevölkerungsgruppe ausrichten. Er hat auch das Leid der anderen in den Krieg verstrickten Menschen gleichermaßen unter Berücksichtigung aller Wechselwirkungen zu bewerten. So hat er vorurteilslos Dokumente neutraler Beobachter und Sachkenner in seine Untersuchungen mit einzubeziehen, selbst wenn diese nur Teilbereiche des Geschehens überblicken konnten. Vielfach erweist sich, daß gerade sie Erkenntnisse vermitteln, die von der Flut einseitig präsentierter Berichte, unüberprüfbarer oder gar fragwürdiger Dokumente abweichen und die historische Wirklichkeit richtigstellen.

So sei in den nachfolgenden Untersuchungen durchaus nicht geleugnet, daß Juden während des Zweiten Weltkrieges unter deutscher Herrschaft unerwartet Schreckliches erleiden mußten an Diskriminierung, Enteignung, Deportation, Arbeitszwang, Ghettoisierung, schlechter Unterbringung bei unzureichenden hygienischen und medizinischen Verhältnissen, Hunger, Krankheit und auch Tod. Die Alliierten und die Judea-Krieger waren es, die sie zu Kriegführenden erklärten und ihre Kriegführung gegen Zivilisten mit dem 10. Mai 1940 begannen und ab 1941 in singuläre Ausmaße steigerten! Ihre Kriegsziele und Kriegsführungsmethoden waren es, die den Maßstab für die deutschen Reaktionen setzten!

Eine unvoreingenommene Bestandsaufnahme über das Gros an Einzelheiten über dieses Thema ist bislang nicht möglich gewesen. Ganze Schiffsladungen aus Deutschland weggeschleppter Dokumente,[4] verweigerter Aufklärungswille in Rußland, Polen, Tschechien und den internationalen Organisationen Betroffener, schließlich Strafgesetze, denen selbst Wissenschaftler ausgesetzt sind, haben dies verhindert. Hinzu kommt die Monopolverwaltung der Umerzieher, die mit vielfältig gefälschten Berichten, Dokumenten, mit unlauteren Justizmethoden, Beseitigung unerwünschter Zeugen und Beweismittel, Lizenzauflagen, Schulrichtlinien und "meinungsbildenden Sprachregelungen" sogar politisierende Bischöfe und Päpste für ihre Dogmatik einzuspannen in der Lage waren. Wer sich hiergegen verwahrte, sich um wissenschaftliche Erkenntnisse und unverfälschtes Völkerrecht bemühte, sah sich politischer, ja juristischer Verfolgung ausgesetzt.

Das so angefertigte Handwerkszeug für die "Bewältigung der Vergangenheit im internationalen Konsens", was gleichzusetzen ist mit dem Bemühen um die Einhaltung der alliierten Kriegsziele, ist für die Verpflichtungen zur Unabhängigkeit, Neutralität, Wahrheitsliebe und Gerechtigkeit nicht oder allenfalls mit großer Vorsicht zu verwenden.

Nachfolgende Untersuchungen beginnen mit der Bestandsaufnahme des Autoren **H.G. Adler** über Theresienstadt sowie des Schweizers **Prof. Jean-Claude Favez** über das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) in Genf. Beide geben vor, ordnungsgemäß wissenschaftlich recherchiert zu haben, doch sind sie in Wirklichkeit Musterbeispiele dafür, wie Geschichte in eigener Sache geschrieben wird. Zweifellos haben beide viele Dokumente eingesehen und vorgestellt, auch Zusammenhänge benannt, aber dennoch alles in das opportune Dogma eingegossen, das sie selbst bereits in der Einleitung vorgegeben haben. **H.G. Adler** tat dies mit den Worten:

"Die »Endlösung der Judenfrage«, wie man sie für die Zeit seit

*) E.J. Reichenberger, "Wider Willkür und Machtrausch", Graz - Göttingen 1955, S. 241. -- Vergl *HT* Nr. 57 , S. 4 + Nr. 88 S. 38.

**) Die Jalta Dokumente, Göttingen - Wien 1956..

4) Walter Bäumelburg, "Jahre ohne Gnade. Chronik des Zweiten Weltkrieges", Oldenburg 1952, S. 422.

1941 und bis zum Zusammenbruch des Regimes zu verstehen hat, war die planvolle Ausrottung des gesamten jüdischen Volkes, zunächst in allen europäischen Ländern mit 11 Millionen vorgesehenen Opfern und nach einem siegreichen Kriege in der ganzen Welt. Zur Durchführung der »Endlösung« gehörte für alle Länder mit Ausnahme Rußlands und des Baltikums sowie teilweise auch Polens als vorbereitende Maßnahme die Deportation. Erst mit ihrer systematischen Aufnahme seit Oktober 1941 wurde sie, abgesehen von den schon im Juli 1941 einsetzenden Massenmorden der »Einsatzgruppen«, überhaupt erst möglich, denn die Opfer mußten von der übrigen Bevölkerung abgesondert sowie dieser Aufgabe genügende Vernichtungslager eingerichtet werden, um eine industrialisierte Menschenausrottung im größten Maßstab zu betreiben." [5) S. 4]

In diesem maßlos fantasievollen Propaganda-Stil setzt **H.G. Adler** seine Einleitung fort. Man hat also "*die Endlösung der Judenfrage so zu verstehen*" wie **H.G. Adler** sie bereits vor seiner Untersuchung vorgibt! Beweise für all das bringt er keine. Er behauptet Sachverhalte, die weit über sein Buch-Thema Theresienstadt hinausgehen und "weiß" bereits von "*einer planvollen Ausrottung des jüdischen Volkes nach einem siegreichen Krieg in der ganzen Welt*".

Theresienstadt, so folgert er kraft dieses "Weitblicks", diente lediglich dem Zweck, die internationale Öffentlichkeit von dem eigentlichen Vorhaben des NS-Regimes abzulenken. Auch dies "*hat man so zu verstehen*".

Kriegsprovozierer, Kriegserklärer, Kriegsausweiter, Weltrevolutionäre unter Einbeziehung des internationalen Judentums, ihre Kampfmethoden und Vernichtungs-Zielsetzungen, die von den Polen verstärkt seit Frühjahr 1939 veranstalteten Enteignungen, Verhaftungen, Vertreibungen, Morde und Todesmärsche, die ersten Deportationen, Enteignungen und Morde der Bolschewisten, denen Hunderttausende von Balten, Polen, Wolgadeutschen 1940 bzw. 1941 zum Opfer fielen, der gewaltige sowjetische Vormarschplan zur Vernichtung der europäischen Staatenwelt 1941, die 600.000 ohne Bindung an die Haager Landkriegsordnung kämpfenden jüdischen Rotarmisten, -- alles das war **H.G. Adler** unbekannt, jedenfalls hat er nichts davon in die Einleitung seiner Analyse über Theresienstadt eingeordnet! Hiervon "*hat man nichts zu verstehen*". Angeblich gab es außer den Nationalsozialisten "keine Täter"! "Täterforschung" in bezug auf die anderen erübrigt sich daher!

Mit dieser vorweg verfügten Dogmatik hat **H.G. Adler** seine gesamte nachfolgende Arbeit diskreditiert! Allzu offensichtlich hat er sich hiermit gröblich über alle wissenschaftlich gebotenen Sorgfaltspflichten hinweggesetzt, damit auch über die Vielzahl längst vorliegender und unbestreitbarer Dokumentationen.

Hieraus folgt, daß er in Auswahl und Kommentierung der dargebotenen Dokumente seiner zuvor zitierten Dogmatik gefolgt ist. Daher bedürfen diese Dokumente ebenfalls einer kritischen Überprüfung, zumal sie z.T. der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind. Ist doch bekannt, daß jene Leute, die ihre Arbeiten unter vorgefaßten Prämissen vorstellen, wie dies **H.G. Adler** und **Prof. Favez** (wir kommen auf ihn gesondert zurück) umfassend getan haben, auch in der Übernahme gefälschter oder verfälschter Dokumente (die so auch in Mikrofilmen vorzuliegen pflegen) vielfach allzu leichtfertig sind. Zumindest ist von vornherein ein diesbezüglicher Vorbehalt hier angebracht, da es an der grundsätzlichen Ehrlichkeitsverpflichtung fehlt.

IRK-Archive der Forschung zur Verfügung gestellt

Prof. Jean-Claude Favez hatte vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes die in Genf vorhandenen Archiv-Unterlagen für sein **Forschungsthema**, dessen Schwerpunkt **das Wissen um die "Endlösung der Judenfrage"** im deutschen Herrschaftsbereich sein sollte, zur Verfügung gestellt bekommen mit der Erwartung, "*eine vollständige Bilanz dessen, was das IKRK von der Endlösung wußte*", zu erstellen.[6) S. 523]

Wenn ihm auch das Komitee bestätigte, "*allgemein eine beachtliche Forschungsleistung erbracht*" und das "*bisher vollständigste Nachschlagewerk über das IKRK und die nationalsozialistischen Konzentrationslager*" erstellt zu haben, bemängelte es doch,

"*nicht genügend geklärt zu haben, was das IKRK auf der Ebene seines Führungsgremiums von der »Endlösung« gewußt oder nicht gewußt hat, ebenso wenig, zu welchem Zeitpunkt es die verschiedenen Informationen erhielt. Der diesbezügliche Verweis auf das Buch von* **Walter Laqueur** *»The Terrible Secret«, dessen Anfechtbarkeit Sie [***Favez***] selbst betonen, erscheint uns nicht befriedigend. ...*" [6) S. 524]

IKRK-Präsidentin **Cornelia Sommaruga**, die dem Autoren **Favez** diesen offiziellen Brief über die Beurteilung seines Buches durch das IKRK geschrieben hat, bedauerte das Fehlen von Unterlagen und Aussagen über die formlosen und mündlichen Kontakte der Leiter der Institution, was "*die Klärung dessen, was das IKRK gewußt und versucht hat*", offensichtlich sehr beeinträchtigt, wenn nicht gar gänzlich verhindert hat.

"*Dies bringt uns zu der Feststellung, daß die Methode einer fast ausschließlichen Verwendung schriftlicher Dokumente dem Internationalen Komitee ein Bild seiner selbst vermittelt, in dem es sich kaum erkennt. Dieses Bild entspricht nicht dem, was die Mitglieder und Mitarbeiter des IKRK während des Zweiten Weltkrieges im Dienst der Institution erlebt und erfahren haben.*

Wir bedauern, daß Sie das unvermeidlich leblose und fragmentarische Bild, das sich aus den Akten allein ergibt, nicht durch ausgiebigere Heranziehung der Aussagen noch lebender Mitarbeiter ergänzt haben.

So kann das IKRK, ausgehend von Ihrem Buch, nicht wirklich die Bilanz dessen ziehen, was es gewußt hat. Dagegen führen Sie uns vor Augen, daß es damals nicht versucht hat,

---

5) H.G. Adler, "Die verheimlichte Wahrheit -- Theresienstädter Dokumente", Tübingen 1958.

6) Jean-Claude Favez, "Das Internationale Rote Kreuz und das Dritte Reich", München - Zürich 1989.

alle ihm zugehenden Informationen über die Verfolgung von Zivilpersonen und der Juden im besonderen systematisch auszuwerten, was es zu einer Überprüfung seiner Ziele und Prioritäten hätte veranlassen können. ..." 6) S. 525

Frau **Sommaruga** erklärt weiter, daß die Mitglieder und Mitarbeiter des IKRK weder während der Kriegszeit noch nach Kriegsende trotz der dann einsetzenden Flut von "*Beweisen, Photos, Dokumenten und Augenzeugenberichten*" das tatsächliche oder vermeindliche Geschehen um die »Endlösung« nicht oder kaum "*begreifen konnten*".

Entsprechend der nach dem Krieg sich herausgebildeten neuen internationalen Weltlage mußte der vorgenannte offizielle Brief des IKRK diplomatisch vorsichtig gehalten sein.

So vermißt der Leser vor allem Vorwürfe gegenüber eindeutig vorangestellten Bekenntnissen der Voreingenommenheit, da **Prof. Dr. Favez** "*die Tatsache der Gaskammern und ns-Vernichtungspolitik*" als "*allseits bekannt*" unterstellt, obgleich er dafür gar keinen Nachweis erbracht hat.

Dennoch ist als Resümee festzuhalten:

1.) Was das IKRK während des Krieges von der »Endlösung« gewußt hat, ist trotz intensiver Archivarbeit "*nicht genügend*" geklärt worden.

Anders formuliert: Das IKRK hat davon nichts gewußt und alle Berichte äußerst skeptisch bewertet. So geschah es mit jenen vom Jüdischen Weltkongreß, die vornehmlich **Dr. Gerhart Riegner** dem IKRK unablässig von Genf aus aufgedrängt hatte, oder mit den Publizisten der alliierten Weltpresse sowie jenen der Vereinten Nationen (z.B. deren Erklärung vom 17. Dezember 1942).

Wenn schon die britische Regierung, die zumindest ab Ende 1942 hemmungslos in ihrer amtlichen Kriegspropaganda der Reichsregierung unablässig die "Endlösungsthematik" vorwarf, nach Aussage des Präsidenten der Weltzionisten, Chaim Weizmann, jedoch noch nicht einmal im November 1945 selbst "*sich die Auffassung von der Ermordung von 6 Millionen Juden zu eigen machen wollte*",[7] -- wie kann man dann erwarten, daß dies das Führungsgremium einer neutralen humanitären Organisation hätte tun sollen oder können?

2.) "*Unterlagen und Aussagen*" über das "Holocaust"-Thema fehlen.

3.) Angehörige des IKRK haben entweder geschwiegen oder nach dem Krieg unerwünschte Aussagen über ihr Nichtwissen gemacht oder über eine erkennbar falsche Aussage eines ihrer Kollegen -- wie im Fall des Delegierten, der anläßlich der Befreiung von Dachau sein Aufsuchen "der Gaskammer" kommentarlos erwähnte -- wortlos zu den Akten gelegt. Nachfragen unterblieben.

4.) Eine willkürliche Zusammenstellung von Dokumenten bzw. Informationen, die dem IKRK zugeleitet worden waren, führt dazu, daß sich das IKRK in einem solchen Bild selbst "*kaum wiederkennt*". Noch schlimmer:

"*Es entspricht nicht dem, was die Mitglieder des IKRK erfahren haben*".

5.) Die Dokumentenlage zum vorbezeichneten Thema ist "*fragmentarisch*".

6.) Das Buch von Prof. Favez hat nicht die erwartete Bilanz vom damaligen Wissen des IKRK über die "Endlösung" erbracht.

Dennoch hat dieser Autor -- was Frau **Sommaruga** nicht so klar auszudrücken gewagt hat -- seine gesamte Forschungsarbeit unter die vorausgesetzte "Erkenntnis des Holocaust-Geschehens" gestellt, obgleich er -- wie bereits erwähnt -- gerade dafür in den Archiv-Unterlagen des IKRK keinerlei Beweise gefunden hat und seine Hinweise auf jüdische Autoren zu diesem Thema sogar seitens des IKRK als "*nicht befriedigend*" kritisiert worden sind.

So wäre bereits zu bemängeln gewesen, daß es unwissenschaftlich ist, schon in der Einleitung eine Fülle bloßer Behauptungen aufzustellen, für die der Autor keinerlei Beweise anführt, wie z.B.

(1.) "*ab 1942*" seien (bei ihm: "*sind*"!, -- d. Verf.) "*im Osten Vernichtungslager eingerichtet*" worden. 6) S. 12,

(2.) "*Der nationalsozialistische Terror und Völkermord*" wird von vornherein ohne Beweisführung unterstellt. Hierfür gelte, daß "*Schilderungen der Historiker*" unzureichend bleiben müßten, da **"*die Wirklichkeit vielschichtiger*"** sei. Der pauschal **Hitler** unterstellte "*Krieg gegen die ganze Welt*" freilich ist für ihn nicht "*vielschichtiger*",6) S. 19 sonst hätte man zu der Schlußfolgerung eines "Krieges der ganzen Welt gegen **Hitler**" kommen müssen.

Prof. Favez ergänzte diese Aussage mit der ebenfalls beweislos gebliebenen "Feststellung", daß es neben den (allein auf Seite 12) in 7-maliger Wiederholung erwähnten "*Vernichtungslagern*" auch -- "*ungeachtet mancher Behauptungen*" -- "*Gaskammern innerhalb der Grenzen des Dritten Reiches*" gegeben habe.6) S. 12

Wie gesagt, dies alles ohne den geringsten Beweis als "geschichtliche Tatsachen" behauptet und den eigentlichen Untersuchungen vorangestellt! Kein Wunder, wenn sich bei einer solchen Handhabe das IKRK "*nicht mehr wiedererkennt*"!

Dabei ist zu beachten, daß es anscheinend nirgendwo sonst "Täter", "Terror", "Deportationen", "Vernichtungslager", Kriegserklärer, Genozid-Zielsetzungen, "ethnische Säuberungen" und darauf abgestellte Kriegsführungspraktiken gegeben habe, denn davon ist in seinen 590 Seiten nichts erwähnt. Das sich aus solchen Prämissen ergebende Zerrbild wirkt besonders dadurch grotesk, daß die kriegslüsterne Aktivität des internationalen Judentums mit seiner "Judea declares War on Germany"-Politik seit spätestens dem 24. März 1933 mit dem offen erklärten Ziel der Existenzvernichtung Deutschlands überhaupt nicht erwähnt wurde. Dagegen war auf 590 Seiten -- abgesehen von den humanitären Einsätzen des IKRK -- hauptsächlich die jüdische Opferrolle Thema, und zwar in der von den vorangestellten Prämissen "gefolgerten" Weise. Ein solches Vorgehen hat mit Wissenschaft kaum etwas zu tun!

(3.) "*Die Nazis*" bedienten sich nach Aussagen von **Prof. Favez** im Hinblick auf "*die rassische Ausrottung*" und "*die Gaskammern*" einer "*verschlüsselten Sprache*". Sie erlaube "*unlauteren Geistern noch heute, nicht nur die Wahrheit zu entstellen, sondern auch die erhaltenen Akten des IKRK*". 6) S. 13 + 14

"*Deshalb*" -- der "*Nazis*" wegen -- ist

"*schwer zu ermitteln, was die deutschen Gesprächspartner des IKRK während des Krieges wirklich wußten. Noch schwieriger ist es abzuschätzen, was die Mitglieder des Internationa-*

7) Chaim Weizmann, "Memoiren -- Das Werden des Staates Israel", Zürich 1953, S. 642. -- Vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 26, S. 34 + Nr. 31, S. 37.

len Komitees oder die Delegierten von deren Anspielungen bzw. Erklärungen verstanden haben." 6) S. 14

4.) Seine Einseitigkeit bzw. parteiische "Geschichtsschreibung" steigerte **Prof. Favez** noch durch den Anspruch auf Anerkennung einer *"Sonderstellung der jüdischen Völkermordopfer"*, die sogar

"den Sinn des Weltkrieges darstelle, -- wenn die rassische Neuordnung der Welt das Endziel des nazistischen Wahnsinns war". 6) S. 14

Die Verwendung des Verbs *"war"* hebt das *"wenn"* realiter wieder auf. So mutiert seine Hypothese noch im selben Nebensatz zum Faktum. **Prof. Favez** bestätigte diesen "Tatbestand" anschließend noch mit seiner "Feststellung",

"daß der nazistischen Handlungsweise eine irrationale Dimension, die sich nur Wahnvorstellungen zuschreiben läßt, eigen ist." 6) S. 17



September 1939 in Berlin: Die Kriegsgefangenenkartei der ehemaligen polnischen Wehrmacht wird im DRK-Präsidium geführt, um den Angehörigen Auskünfte über den Verbleib der Kriegsgefangenen und über das Schicksal der Gefallenen und Verwundeten zu geben.

Die Absurdität scheint nicht mehr steigerungsfähig. Der *"Sinn des Weltkrieges"* bedarf keinerlei Untersuchungen über Ursachen und Zusammenhänge! *"Nazistischer Wahnsinn"* erklärt alles! Selbst solche Ausfälle rangieren bei ihm als "Wissenschaft"!

Zusätzlich wäre vom IKRK zu bemängeln gewesen, daß **Prof. Favez** in seinem Biographie-Abschnitt *"Dokumentensammlungen"* 6) S. 569 etliche höchst fragwürdige und mit Fälschungen durchsetzte "Sammlungen" aufgenommen hat, ohne ein einziges Mal irgendwelche Vorbehalte zu hegen oder Authentizitäts-Prüfungen der "Dokumente" für erforderlich zu halten oder gar selbst vorzunehmen. Als Wissenschaftler konnte er dies nicht alles kritiklos akzeptieren, wollte er seiner Aufgabe gerecht werden.

Dennoch kam dieser "anti-nazistische" Geschichtenschreiber über Deutschland nicht umhin, eine Fülle von Fakten aufzuzeigen, die ihm so ganz und gar nicht ins Konzept paßten: So z.B. **daß das vom IKRK 1946 herausgegebene Weißbuch**

"das Schicksal der rassisch Verfolgten praktisch mit Stillschweigen übergeht und nur die KZ-Häftlinge im allgemeinen erwähnt." 6) S. 9

Erstaunlich, daß er nicht nach dem brd-Staatsanwalt rief, dieses Weißbuch wegen Volksverhetzung auf Grund von Weglassen, Leugnen, Verharmlosen und insofern Verunglimpfen des Andenkens Verstorbener mit §§ 74, 76a, 130 + 194 StGB; + §§ 431 - 433 StPO nachträglich beschlagnahmen und vernichten zu lassen, wie es in der BRD seit Jahrzehnten übliche Praxis ist.

Auch erwähnte **Prof. Favez,** daß die Reichsregierung bereits frühzeitig in Friedenszeiten den IKRK-Delegierten die Möglichkeit eingeräumt hatte, die deutschen Konzentrationslager zu inspizieren, obgleich

"es tatsächlich keinen Völkerrechtsvertrag gab, der diesen Häftlingen einen wirksamen Schutz zugesichert oder ein Einschreiten des Roten Kreuzes zu ihren Gunsten gerechtfertigt hätte." 8) S. 3 - 4

Ihre Berichte waren erstaunlicherweise alle positiv. Auf die Idee, die Lagerverhältnisse, Inhaftierungs- und Liquidierungsmethoden, wie sie zur gleichen Zeit im sowjetischen Gulag-System herrschten, einmal zu vergleichen oder die "Judea-declares-War-on-Germany" vom 24. März 1933 anzuprangern und damit den Deutschland spätestens seit jenem Zeitpunkt aufgezwungenen Krieg auch von dieser Seite zu berücksichtigen, ist auch **Prof. Favez** nicht gekommen.

Mit Ausbruch des Waffenganges im September 1939 und Ausweitung in den Zweiten Weltkrieg beendete die Reichsregierung diese Inspektionen der Konzentrationslager wegen fehlender Verträge in bezug auf innerstaatliche Häftlinge, die entweder als Kriminelle oder aus politischen Sicherheitsgründen einsaßen, und ausbleibender Gegenseitigkeit. Die KL-Häftlinge rangierten als zivile Strafgefangene, die in anderen Ländern, sofern nicht ebenfalls in Konzentrationslagern, in normalen Gefängnissen einsaßen. Die "politischen Gefangenen" pflegte man in anderen Ländern -- im Gegensatz zum ns-Staat! -- gleichermaßen als Kriminelle zu behandeln wie die übrigen. So ist das in der Bundesrepublik Deutschland heute noch genauso, wo selbst Wissenschaftler für das als "Verbrechen" geahndete *"Nichtgeschriebene"*, *"Weglassen"*, *"Verharmlosen"* usw. von als "offenkundig" behaupteten *"Taten unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft"* (nicht für Taten "unter der Gewaltherrschaft Anderer"!) hinter Gitter gebracht wurden/werden, nur deshalb, weil ihre Beweisführungen "unerwünscht" waren/sind.[9]

Wir vermißten bei **Prof. Favez** auch die offizielle Feststellung des IKRK, derzufolge

"im großen ganzen das IKRK seine Tätigkeit für die Kriegsgefangenen in Deutschland in zufriedenstellender Weise durchführen konnte." 8) S. 4

8) Internationales Komitee vom Roten Kreuz, "Dokumentation über die Tätigkeit des IKRK zugunsten der in den deutschen Konzentrationslagern inhaftierten Zivilpersonen (1939 - 1945)", Genf 1947, überrsetzt und hrsg. vom Internationalen Suchdienst Arolsen 1974.

9) Vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 73, S. 36 ff.

Der vom IKRK herausgegebene "Bericht über die Tätigkeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zugunsten der in Feindeshand geratenen Partisanen", Genf, Okt. 1946,[10) S. 50 Fußnote] belegt, daß ihm die Deutschen sogar einen Einblick in die Behandlung jener Gefangenen gewährt haben, die kriegsrechtswidrig in Zivil aus dem Hinterhalt an Kriegshandlungen teilgenommen hatten.

Vertraulich

Bericht an das IKRK über den Besuch des Konzentrationslagers Dachau, von Divisionär G. Favre am 19. August 1938

Vorbemerkung

Ich ging davon aus, daß mein Auftrag darin bestand, mir ein möglichst genaues Bild von den materiellen und moralischen Bedingungen für die Häftlinge im Lager Dachau zu machen, und daß es mir als Delegiertem des IKRK nicht zukam, zum Prinzip des Konzentrationslagers Stellung zu nehmen oder zu den Gründen, die die Häftlinge dorthin gebracht hatten. Über letzteren Punkt hatte ich jedoch sehr interessante Unterhaltungen mit Oberführer (General) **Dr. Dermietzer**, Chef des Sanitätsdiensts der SS, und mit **Dr. Grawitz**, dem Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes.

Diese beiden hochgestellten Persönlichkeiten legten natürlich Wert darauf, einem Ausländer und Mitglied des IKRK die neuen Ideen der Führer der nationalsozialistischen Partei zu erklären und wie diese dazu gelangt waren.

Wenn mich diese Erklärungen auch nicht überzeugten, haben sie mir doch geholfen, vieles zu verstehen, was uns in der Mentalität des heutigen Deutschland sonderbar erscheint.

Selbstverständlich kann ich hier nur berichten, was ich gesehen habe und was mir gesagt wurde. Es ist daher nicht auszuschließen, daß mir manche Dinge entgangen sind oder verheimlicht wurden. **Dr. Chessex** und ich haben jedoch den Eindruck, daß man uns nicht zu täuschen versuchte und daß das Gesehene der Wirklichkeit entspricht. Es wäre im übrigen nicht möglich gewesen, gewisse Dinge im Hinblick auf unseren Besuch zu "frisieren", etwa die Lageranlage, die Unterkünfte, die Arbeit und Freizeit der Häftlinge, die sanitären Einrichtungen usw.

Vor dem Besuch des Lagers habe ich gefragt, ob ich mich mit den Häftlingen unterhalten könne. Man bejahte dies unter der Bedingung, daß deutsch gesprochen werde, und ich begriff, daß es besser war, nicht auf einer Aussprache ohne Zeugen zu bestehen.

Unter diesen Umständen konnte ich natürlich nur sehr begrenzt Fragen stellen, und die Antworten waren nicht vollgültig, um so mehr als sie stets sehr knapp waren und sich ausschließlich auf die gestellte Frage bezogen. Trotz dieser Vorbehalte konnte ich jedoch einige interessante Feststellungen machen, denn sie bekräftigen die Auskünfte unserer Begleiter.

Allgemeiner Eindruck

Der erste Eindruck ist nicht ungünstig. Überall herrscht Ordnung, Sauberkeit und sogar eine gewisse Eleganz.

Im Inneren des Lagers, auf dem Hauptplatz und entlang der Straßen, Rasenflächen und Blumen. Der Boden ist überall sehr fest, selbst bei schlechtem Wetter dürfte es keinen Schlamm geben.

Das Lager ist von einem Stacheldrahtzaun umgeben, der mit Starkstrom geladen ist. Auf den ersten Blick wirkt er nicht abstoßend und unterscheidet sich kaum von einem normalen Zaun.

In regelmäßigen Abständen sind Türme errichtet, auf deren Plattform Soldaten mit Maschinengewehren Befehl haben, ohne Warnung auf jeden zu schießen, der in die durch einen tiefen Graben entlang des Zauns bezeichnete "neutrale Zone" vordringt.

Die Lagerwache wird von einem Regiment (Standarte) der SS gestellt, das in unmittelbarer Nähe untergebracht ist.

Diese Truppe, deren Rekrutierungsbedingungen strenger sind als die der Wehrmacht, stellt eine Art »Garde« dar, zwischen Armee und Polizei. Sie macht in jeder Hinsicht den Eindruck einer Elitetruppe.

Das Lager wird noch umgestaltet. Die alten Baracken, die **H. Burckhardt** 1933 sah, sind neu oder umgebaut worden.

Bei unserem Besuch war gerade eine große Duschanlage für 180 Personen fertiggestellt worden. Eine große Wäscherei und eine Desinfektionseinrichtung für die Kleidung waren noch nicht ganz vollendet. Im Inneren des Lagers arbeitete man an einem großen Sportplatz, der den Häftlingen in ihrer Freizeit zur Verfügung stehen wird, und legte einen großen Garten an, um Blumen für den Schmuck des Lagers und der Gebäude zu ziehen.

Häftlinge

Im Lager befinden sich über 6.000 Häftlinge.

Alle werden aus den verschiedensten Gründen für gemeinschädlich angesehen, die daher von der Gesellschaft

10) Komitee des Internationalen Roten Kreuzes (Hrsg.), "Inter Arma Caritas -- Das Werk des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz während des Zweiten Weltkrieges", Genf 1947 + Internet: (http://www.ostara.org/aktuell/rotkreuz.htm).

fernzuhalten sind, bis man Gewißheit über ihre Besserung erlangt hat.

Sie sind in verschiedene Kategorien unterteilt, die man an verschiedenfarbigen, auf die Kleidung aufgenähten Stoffdreiecken erkennt.

Die Juden tragen ein Erkennungszeichen (gelbes Dreieck) neben dem Zeichen für einen anderen Haftgrund, Häftlinge, die nur das gelbe Dreieck tragen, also nur aufgrund ihrer Rasse inhaftiert sind, schienen mir ziemlich selten. Viele tragen das rote Dreieck der aus politischen Gründen Verurteilten.

Alle Insassen sind aufgrund einfacher Polizeiverordnung inhaftiert, die Kriminellen nach Verbüßung ihrer von den ordentlichen Gerichten verhängten Strafen.

Die Dauer ihrer Internierung ist unbestimmt. Sie werden erst freigelassen, wenn man der Meinung ist, daß sie sich reibungslos in die Gesellschaft eingliedern. Nach den erhaltenen Auskünften soll es etwa sechzig Freilassungen pro Monat geben, das heißt rund 1 Prozent, und es soll sehr selten vorkommen, daß ein Freigelassener neuerlich inhaftiert werden muß.

Als ich nach der voraussichtlichen Haftdauer eines gewissen politischen Gefangenen fragte, dessen Name sehr bekannt ist, bekam ich zur Antwort, er könne sofort freigelassen werden, wenn er sich dem Regime anschlösse.

Wenn Inhaftierungen durch einfache Polizeiverordnung und die unbestimmte Haftdauer vielleicht für Kriminelle, Rückfällige und mutmaßlich Unverbesserliche verständlich sein können, fällt es uns schwer, sie nur aus Gründen der politischen Meinung oder der Rasse gelten zu lassen. Die Führung in Deutschland vertritt gegenwärtig die Ansicht, daß sie alle gleich gefährlich für das Gemeinwesen seien und unschädlich gemacht werden müßten.

Haftbedingungen

Unterkünfte. Solid gebaute, helle und gut durchlüftete Baracken, jeweils vier Schlafsäle mit zwei Reihen Etagenbetten. Betten mit Sprungfedermatratzen. 15 bis 20 Häftlinge pro Stube.

In der Mitte jeder Baracke ein Raum, wo sich die Häftlinge in ihrer Freizeit aufhalten können. Dieser Raum ist heizbar.

Jede Stube und jede Baracke hat einen Ältesten aus den Reihen der Häftlinge. Während der Nacht werden die Wachen eingezogen, und die Häftlinge sind im Lager allein.

In jeder Baracke sehr moderne und ganz saubere WC, außerdem Waschbecken.

Ich konnte feststellen, daß die Baracken der Häftlinge besser und bequemer eingerichtet sind als die der Wachmannschaft.

Arbeit

im Sommer von 7 - 11 und 13 - 18 Uhr,
im Winter 8 - 11 und 13 - 17 Uhr.
Samstag nachmittag und Sonntag keine Arbeit.

Die Häftlinge können ihre Freizeit beliebig verbringen (verschiedene Spiele, Sport, Lektüre). Raucherlaubnis in der Freizeit. Eine Bibliothek mit 8.000 Bänden steht zur Verfügung.

Die Häftlinge werden je nach Fähigkeit mit Instandhaltungs-, Bau- und Reparaturarbeiten im Lager und seiner nächsten Umgebung beschäftigt. Andere sind der Küche, Wäscherei, Kantine, Krankenabteilung usw. zugeteilt. Es gibt große, gut ausgestattete Schreiner- und Schneiderwerkstätten, die für den Bedarf des Lagers, aber auch der Armee arbeiten.

Verpflegung.

Das Essen wird in geräumigen, sehr sauberen Küchen zubereitet. Es ist einfach, aber an jedem Wochentag verschieden, reichlich und von genügender Qualität. Es ist ähnlich wie das der Soldaten.

Das Brot wird im Lager selbst gebacken. Die Ration ist ein Pfund pro Tag. Es ist ziemlich schwarz, aber von ausgezeichneter Qualität und ähnelt unserem Kommißbrot.

Im Lager gibt es eine Kantine, die während der Freizeit geöffnet ist, und wo man Schokolade, verschiedene Wurst- und Backwaren, Bohnenkaffee, Tabak, Obst, Seife, Toilettenartikel, Zwirn, Nadeln usw. kaufen kann, alles sehr hübsch aufgemacht.

Jeder Häftling darf von seinen Angehörigen wöchentlich 15 Mark bekommen, um seine Verpflegung aufzubessern und Kleinigkeiten zu kaufen.

Die Kantine, die wir während der Mittagszeit besuchten, hatte ein reiches Angebot.

Behandlung.

Die Häftlinge sind den Offizieren gegenüber grußpflichtig. Wenn ein Vorgesetzter einen Raum betritt, stehen sie stramm, und der Älteste meldet seine Gruppe.

Die Haltung ist militärisch, ohne Übertreibung. Fragen werden kurz und sachlich beantwortet. Der Ton der Offiziere ist korrekt.

Die Häftlinge können ihren Familien schreiben, und zwar abwechselnd einen Brief und eine Karte wöchentlich. Die Korrespondenz kann als Strafmaßnahme eingeschränkt werden, aber nicht länger als drei Monate.

Die Disziplin ist jedoch sehr straff. Die wachhabenden Soldaten zögern nicht, sich bei Fluchtversuchen ihrer Waffen zu bedienen. Im Krankenzimmer haben wir einen Mann gesehen, der von einer Kugel getroffen worden war, die einem seiner Nachbarn galt.

Das Äußere der Häftlinge macht keinen schlechten Eindruck. Ich zitiere hierzu den Bericht von **Dr. Chessex**:

»Im Verlauf unseres Besuchs haben wir mehrere hundert Gefangene gesehen, auf den Baustellen, in den Werkstätten, auf den Versammlungsplätzen. Gewiß vermitteln so viele flüchtig bemerkte Gesichter einen Eindruck des Zwangs und der Traurigkeit, der beklemmend, aber verständlich ist. Die Posten sind da, Gewehr bei Fuß, kaum verborgene Maschinengewehre wachen Tag und Nacht.

Diese Männer sind Gefangene, und die meisten wissen nicht, wie lange ihre Gefangenschaft dauern wird.

Von diesen Eindrücken abgesehen müssen wir jedoch zugeben, in dieser Menge keine Anzeichen der Müdigkeit, der Erschöpfung, der körperlichen Schwäche festgestellt zu haben, die so auffallenden Folgen schlechter Behandlung und allzu schwerer Arbeit. Diese zusammengewürfelte Menge hat ein gesundes und kräftiges Aussehen, das in mancher Hinsicht im Widerspruch zur Umgebung steht.«

Ich bin ganz dieser Meinung.

Strafen.

Die Strafen sind dieselben wie in der Armee. Arrest in Einzelzellen, die geräumig und hell genug sind. Der Häftling kann beliebig lüften. Die Zellen, alle nach demselben Mu-

ster, enthalten eine Pritsche mit Matratze und Decke. Sie sind heizbar und haben ein Waschbecken und ein WC mit Wasserspülung.

Eine Arreststrafe kann nur vom Lagerkommandanten oder seinem Stellvertreter verhängt werden, nachdem sie den Angeklagten persönlich verhört haben. Bei einfachen Arreststrafen erfolgt normale Verpflegung. Sie können durch verschiedene Maßnahmen verschärft werden, zum Beispiel Wasser und Brot bis zu 4 Tagen pro Woche, Entzug der Matratze, Verdunkelung der Zelle.

Im Falle einer Strafverschärfung wird vorher der Arzt befragt. Täglich ist eine Stunde Spaziergang erlaubt, in einem ummauerten, aber teilweise mit Rasen bewachsenen Hof.

Als außergewöhnliche Strafe kann überdies die Bastonade verhängt werden. Diese Strafe soll nur in äußerst seltenen Fällen angewandt werden. Der Lagerkommandant kann sie nur vorschlagen, und eine höhere Instanz trifft die Entscheidung. Sie besteht in zwanzig Stockhieben, die von 2 Unteroffizieren der SS verabreicht werden. Sie ist anscheinend sehr schmerzhaft und flößt große Furcht ein. Ein Arzt muß beim Vollzug anwesend sein.

Schlechte Behandlung.

Da wir keinerlei Anzeichen für schlechte Behandlung festgestellt hatten, wie sie in zahlreichen Presseartikeln berichtet wird, habe ich offen danach gefragt.

Die Antwort war, daß es verboten sei, sich an den Häftlingen zu vergreifen.

Wenn ein wachhabender Soldat einen Häftling schlägt, wird er streng bestraft und aus der SS ausgestoßen.

Sanitätsdienst (Chessex-Bericht)

Zum Abschluß zitiere ich nochmals ***Dr. Chessex***, denn er ist seinerseits zu denselben Schlußfolgerungen gelangt wie ich:

»Wenn wir davon absehen, daß das Prinzip der Konzentrationslager mit ihrer Promiskuität so verschiedener Elemente auf unsere 1% mentalitätfreier Bürger schockierend wirkt, müssen wir doch objektiv zugeben, daß das Lager Dachau im Hinblick auf Einrichtung und Verwaltung ein Muster seiner Art ist.

Die Behandlung der Gefangenen ist zwar streng, kann aber nicht als unmenschlich bezeichnet werden. Besonders die Kranken werden mit Güte, Verständnis und Sachkenntnis behandelt.

Sind alle Konzentrationslager wie das in Dachau?«
(Archiv IKRK, CR 110/4) [6) S 537 - 541]

Jean Claude Favez hat dieses Dokument aus dem Archiv des IKRK-Präsidenten **Max Huber** als "*umfassend und präzise*" bewertet und ergänzt, es sei

"*zusammen mit dem Bericht von* ***Dr. G. Chessex*** *über den Sanitätsdienst in Dachau (nicht abgedruckt) ins Geheimarchiv des Komitees gewandert wie zuvor die knappe Darstellung* ***Burckhardts***.

In dem Schreiben, das er nach Abschluß seines Besuches an ***Himmler*** *richtete, anerkannte Oberst* ***Guillaume Favre***, *einen sehr guten Eindruck von Unterbringung, Hygiene, Behandlung, Verpflegung und Arbeitsbedingungen der Häftlinge empfangen zu haben. Dem geschäftsführenden Präsidenten des DRK [****Dr. Ernst Grawitz****] gegenüber hatte er betont, daß die in der Schweiz über Dachau verbreiteten Gerüchte unzutreffend seien, aber auch auf die psychische Belastung hingewiesen, die eine unbestimmte Haftdauer für die Gefangenen darstelle.*" [6) S. 95 - 96]

Das IKRK vermied es, der Öffentlichkeit von dem deutschen Angebot zur Besichtigung der Konzentrationslager und von diesem Bericht Kenntnis zu geben. Das Auswärtige Amt in Berlin begnügte sich mit Zirkularinformationen an seine Beamten.

Deutschland als einziges Land bereit, Schutzbestimmungen auszuweiten

Nach Gründung im Jahre 1863 hat sich die Hilfsgemeinschaft des Roten Kreuzes aus sehr einfachen Anfängen eines privaten Vereins "Komitee des Internationalen Roten Kreuzes" zu einer stets an Bedeutung gewinnenden, völkerrechtlich anerkannten internationalen Organisation mit ihren unabhängigen nationalen Gesellschaften entwikkelt, der schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts der Ruf einer unumstritten neutralen und moralischen Instanz vorausging.

Der Erste Weltkrieg hat in vielen Problembereichen die Haager Landkriegsordnung vom 18.10.1907 als unzureichend erkennen lassen und insofern dem Internationalen Roten Kreuz frühzeitig eine allseitig für notwendig erkannte Ausweitung seiner Kompetenzen und schon im Frieden auszuhandelnde Konventionen mit erweiterten Aufgaben zugewiesen. Dieser Aufgabe bewußt, legte das IKRK bereits 1921 auf der X. Rot-Kreuz-Konferenz in Genf einen Entwurf zum Schutz von Deportierten, Zivilinternierten, ja der Zivilbevölkerung allgemein vor.

Dieser Entwurf wurde seitens der Versailler Siegermächte, vornehmlich Frankreich, abgelehnt, da ihm nicht nur die Versailler "Friedensbedingungen" zuwiderliefen, sondern auch weitere gegen Deutschland beabsichtigte Sanktionen, um die Erfüllung jener Bedingungen zu erzwingen.

Vertreter von 56 Staaten haben schließlich am 27. Juli 1929 in Genf in einer neuen Konvention ausgebesserte und erweiterte Regelungen vertraglich festgelegt und gegenseitig anerkannt. In einem 2. Abkommen vom selben Tag verpflichteten sich 53 Staaten über die bisher zugesagte Betreuung der Verwundeten und Kranken der Heere im Felde sowie den Schutz der unter dem Zeichen des Roten Kreuzes Tätigen hinaus auch die Kriegsgefangenen mit allseits verbindlichen Verhaltensnormen unter den Schutz

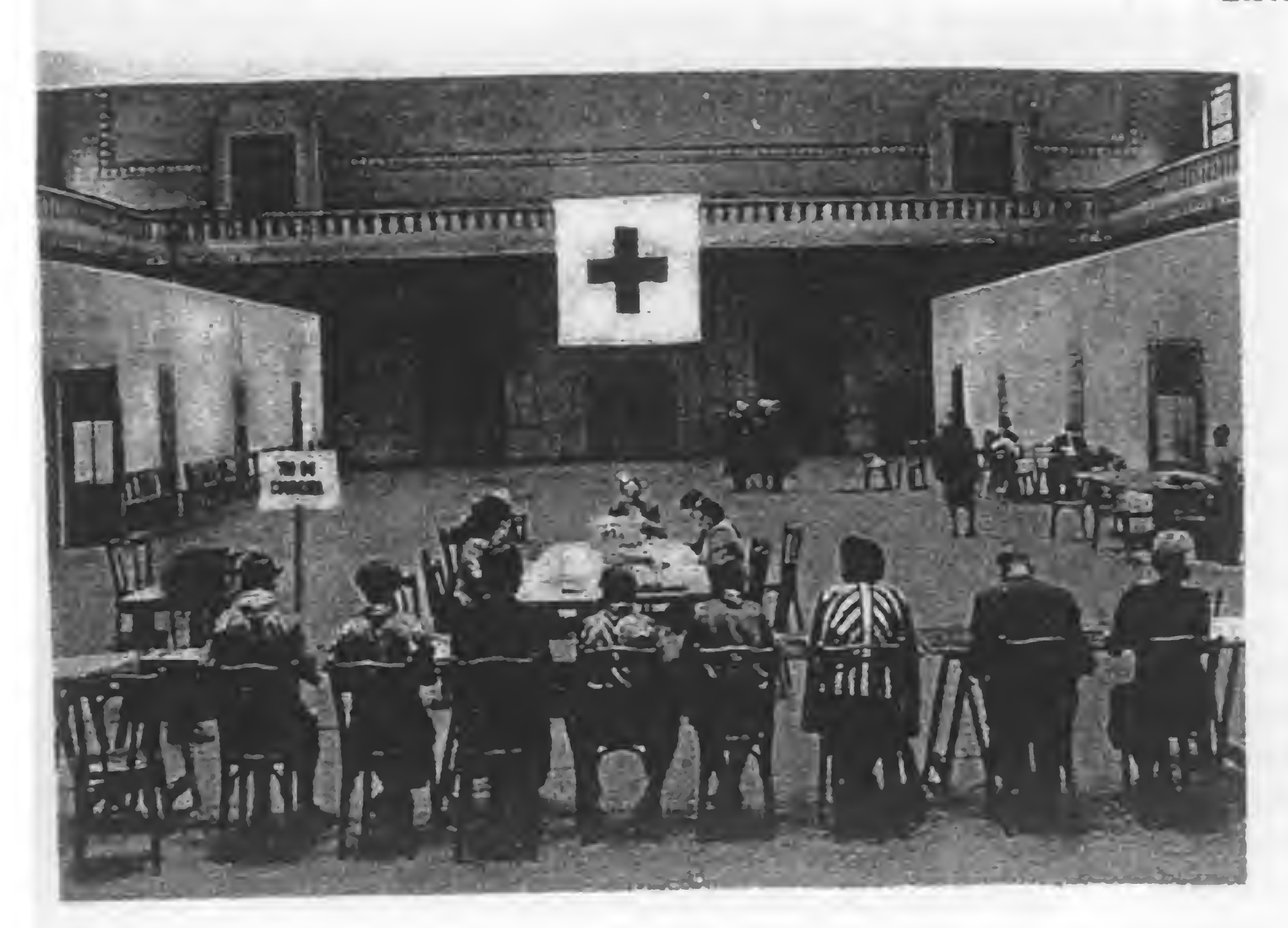
des Roten Kreuzes zu stellen (Kriegsgefangenenabkommen). Auch hierbei handelt es sich um Verbesserungen früherer Abkommen, wie u.a. der Haager Landkriegsordnung. Über den Schutz für die Kriegsgefangenen hinaus sollte das IKRK auch eine diesbezügliche Zentralauskunftstelle schaffen, die auf Gegenseitigkeit beruhende Auskünfte humanitärer Art an kriegführende Mächte erteilen dürfe.

Die bisher vernachlässigten Kategorien der Zivilinternierten blieben indessen nicht vergessen. So legte das IKRK im Oktober 1934 auf der XV. Rotkreuzkonferenz in Tokio einen inzwischen überarbeiteten Entwurf zum Schutz dieser Personengruppen vor. Repressalien gegen die Zivilbevölkerung, Deportationen außer aus militärischen Gründen, Geiselerschießungen sollten untersagt und Zivilinternierten -- "enemy aliens", also zivilen Angehörigen von Feindstaaten -- der Kriegsgefangenenstatus zugestanden werden.

Die XV. Rotkreuz-Konferenz in Tokio nahm diesen Entwurf an und beauftragte das Komitee, die notwendigen Initiativen zu ergreifen, um die Zustimmung der Staaten zu erhalten. Dieser diplomatische Prozeß schleppte sich allerdings über weitere Jahre hin. Erst Ende 1936 waren 15 maßgebliche Staaten um Stellungnahme gebeten worden. Acht dieser Staaten, u.a. Deutschland, Italien, Japan, sogar die Vereinigten Staaten hatten vorbehaltlos zugestimmt. Großbritannien hingegen mauerte mit Vorbehalten gegenüber behaupteter unausgereifter Formulierungen. Frankreichs Widerstand gegen eine solche internationale Übereinkunft der Staaten war unter Verweis auf den spanischen Bürgerkrieg noch massiver als zuvor.

Nachdem auch die XVI. Internationale Rotkreuz-Konferenz in London keinen Fortschritt gebracht hatte, unterbreitete der Schweizer Bundesrat den 53 Signatarstaaten der Konventionen von 1929 fünf verschiedene Entwürfe:

1.) zum Schutz von Zivilpersonen feindlicher Staatsangehörigkeit



Beginn der Zentralstellenarbeit in Genf 1939

2.) zum Sanitätsflugwesen

3.) zu Sanitätsstädten und -plätzen

4.) zur Revision der Abkommen von 1929

5.) zur Verschmelzung des humanitären Völkerrechts mit dem Kriegsrecht.

Man hoffte, im Jahr 1940 zu einer Übereinkunft der Staaten in diesen Sachbereichen zu kommen.

"Im September 1939, als der Konflikt tatsächlich ausbrach, entschied man sich für eine 3. Lösung, die schon ein Jahr früher ins Auge gefaßt war. Am 2. September 1939 schlug der Präsident des IKRK den kriegführenden Mächten vor, entweder den Tokioer Entwurf zu akzeptieren oder auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und für die Dauer des Krieges einen Status für die Zivilinternierten festzulegen, der sich von den gegen Ende des Weltkrieges unterzeichneten und anschließend hinfällig gewordenen bilateralen Abkommen herleiten könnte.

> ***Einzig die deutsche Regierung erklärte sich bereit, ein Abkommen zum Schutz von Zivilpersonen auf der Grundlage des Tokioter Entwurfs zu erörtern.***

Daher unternahm das IKRK am 21. Oktober 1939 einen neuen Versuch mit dem Vorschlag, provisorisch den II. Teil des Entwurfs von Tokio anzuerkennen, nämlich die Gleichstellung von internierten Feindbürgern mit Kriegsgefangenen.

Diese letztere Lösung wurde schließlich von den Deutschen akzeptiert, später von den Regierungen in London und Paris und anderen kriegführenden Staaten." [6) S. 37]

An demselben 21. Oktober 1939 teilte die Reichsregierung dem IKRK mit, die französischen Zivilpersonen in Deutschland seien bislang nicht interniert worden, dies werde allerdings wahrscheinlich, weil Frankreich deutsche Zivilisten bereits verhaftet habe.

In einem amtlichen IKRK-Bericht heißt es weiter:

Die deutsche Regierung erklärt sich bereit,

»Listen von unter der Aufsicht der Wehrmacht internierten Zivilpersonen unter Vorbehalt der Gegenseitigkeit zur Verfügung zu stellen sowie die Internierungsstätten bekanntzugeben.«

Am 29. Dezember 1939 informierte das IKRK das französische Außenministerium darüber,

»daß seine Delegierten in Deutschland die Erlaubnis erhalten haben, die internierten französischen, britischen und polnischen Zivilpersonen zu besuchen«.

"Es stellt fest, daß dies einen Fortschritt auf dem Wege der Gleichstellung der internierten Zivilpersonen mit den Kriegsgefangenen bedeute. Das Komitee bittet die französische Regierung, seine Delegierten zu ermächtigen, die Lager von Zivilpersonen in Frankreich aufzusuchen. Es teilt mit, daß die britische Regierung seinen Delegierten ebenfalls erlaubt hat, die Internierungslager für die deutschen Zivilpersonen in Großbritannien zu besuchen.

Mit einem Memorandum vom 17. Februar 1940 erklärt sich die deutsche Regierung bereit, auf der

Grundlage einer Gegenseitigkeitsgarantie folgende Verpflichtungen zu übernehmen:

»1) Keine Repressalien für Vorkommnisse, für die die internierten Zivilpersonen nicht persönlich verantwortlich sind;

2) keine Masseninternierungen;

3) Internierung von Briten nur nach sorgfältiger Prüfung;

4) jeder Brite kann auf Wunsch die Erlaubnis zur Repatriierung erhalten, sofern er sich seinerseits verpflichtet, während des Krieges keinen Waffendienst zu leisten. Die Repatriierung wird nur Zivilpersonen verweigert werden, gegen die gerichtliche Verfahren laufen;

5) die Lager von Zivilinternierten werden besichtigt werden können.«" [8) S. 39 - 40]

Der IKRK-Publikation war nicht zu entnehmen, wie die britische und französische Regierung darauf reagiert haben. Eigene analoge Vorschläge aus London und Paris sind nicht genannt.

Beachtlich bleibt, daß die ns-Führung sich jeweils entweder als einzige oder als erste Regierung für humane Regelungen der Zivilinterniertenproblematik eingesetzt und den IKRK-Vorschlägen zugestimmt oder diese gar noch ergänzt hatte.

Im humanitären Bereich präsent

"Im humanitären Bereich wie in allen anderen wurde zu jener Zeit die erdrückende Präsenz des Dritten Reiches fühlbar." [6) S. 173]

Die Bedeutung dieses Satzes ist um so mehr zu würdigen, als er von **Prof. Favez** stammt, einem Mann, der in die Archive des IKRK auszog, um dort "die Beweise für die Endlösung" zu finden und der auch des öfteren ohne Begründung und Einzelheiten "*Vernichtungslager*", "*Gaskammern*" und "*Ausrottung*" zusammenhang- und kommentarlos, dem Trend der modernen Zeit folgend, in sein "Forschungsprojekt" eingeblendet hat.[6) S. 309 typischer Fall]

Sogar noch nach Kriegsbeginn hatte die Reichsregierung es den Juden freigestellt und ihnen dabei geholfen auszuwandern. Diese, allen "Ermordungsplänen" eklatant widersprechende und selbst in Übersee bekannte Möglichkeit wurde offengehalten bis zum Kriegseintritt der USA im Dezember 1941. Ab diesem Zeitpunkt haben die Alliierten die Weltmeere für Emigranten gesperrt. Und aufnahmewillige Länder in Europa gab es nicht. In den Jahren von 1939 - 1941 hat Großbritannien die Einreisegenehmigungen nach Palästina stark gedrosselt und die Kontrollen verschärft, während die Vereinigten Staaten die Einwanderungsbedingungen erschwert und ihr Konsularnetz abgebaut haben.

Dies betraf die Zeit, für die **Prof. Favez** folgende Worte fand:

"*Schließlich sah es [das IKRK] sich wie die Schweiz, wie ganz Europa einem siegreichen Deutschland gegenüber. Darüber hinaus einem Deutschland, das ihm nicht grundsätzlich feindselig erschien, im Gegenteil. In der Anwendung der Konventionen zeigte das Reich mehr Rücksicht auf das IKRK als Großbritannien, das vor allem auf die Schutzmächte setzte.*

Im Sommer 1940 unterstützten die Besatzungsbehörden die von **Burckhardt** *initiierte Hilfsaktion für die französische und belgische Zivilbevölkerung. Sie zeigten sich ebenfalls entgegenkommend bei der Errichtung des Vereinigten Hilfswerks.*" [6) S. 173]

So war es gewiß nicht ungewöhnlich, daß das Deutsche Rote Kreuz (DRK)

"*in den Wochen nach der Besetzung Polens und der Errichtung des Generalgouvernements Post und Suchmeldungen auch für die Juden beförderte.*" [6) S. 170]

Den deutschen Besatzungsmaßnahmen in Polen schenkten die Mitglieder des IKRK, "*von einigen Ausnahmen abgesehen keine Beachtung.*" [6) S. 171] Beachtung schenkten sie diesem Geschehen schon, wie das Beispiel der Verhaftung von 160 Professoren in Krakau am 6.11.1939 zeigt, von denen im Frühjahr 1940 "*ungefähr 100*" ohne Intervention des IKRK wieder entlassen wurden.[6) S. 301] Das IKRK hatte sich sogleich nach Beendigung des Polenfeldzuges um intensive Nachforschungen bemüht und seine Suchdienst-Funktionen "*nach jüdischen wie arischen Zivilpersonen*" ausgebaut.

"*Erstaunlicherweise stieß es dabei weder beim Auswärtigen Amt noch beim Deutschen Roten Kreuz auf grundsätzliche Ablehnung, so daß das IKRK mit dem fortschreitenden Verwaltungsaufbau im Generalgouvernement und der Wiedereröffnung der Postämter 25 Wort-Nachrichten (Anschrift inbegriffen) von Zivilpersonen anderer kriegführender Länder an internierte wie nicht-internierte Zivilpersonen im besetzten Polen via Genf übermitteln konnte, bis der Postverkehr mit den neutralen Ländern wiederhergestellt war.*" [6) S. 302]

Auch um die Deportationen von Juden in die Gegend um Lublin war das IKRK besorgt, hielt sich jedoch in der Beurteilung dieses Komplexes zurück, wohl auch deshalb, weil inzwischen die Deutschen den Quäkern aus den USA eine umfassende Hilfsaktion genehmigt hatten[6) S. 305] und es ab 1940 in das Generalgouvernement selbst Hilfsgüter senden konnte.

Angesichts der Nachkriegspropaganda gegen Deutschland ist es angebracht, darauf hinzuweisen: das IKRK hatte

"keine Gewißheit über die nationalsozialistische Vernichtungsabsicht der polnischen Nation gegenüber." [6) S. 313]

Das IKRK-internet teilt mit, daß bereits zwischen dem 23. und 26. September 1939 einer ihrer Delegierten 3 deutsche Lager mit polnischen Kriegsgefangenen besichtigt hat. Über seinen Bericht wurde nichts mitgeteilt. Somit dürfte er wohl positiv ausgefallen sein.

"Ab 1940 entwickelte sich die humanitäre Hilfe an die Bevölkerung des Generalgouvernements. ...

Im Generalgouvernement ... nahm das DRK die Lebensmittel, pharmazeutischen Erzeugnisse und Kleidungsstücke fracht- und zollfrei entgegen und verteilte sie durch Vermittlung des Polnischen Hauptausschusses (Rada Glowna Opiekuncza, RGO) an die Hilfskomitees der verschiedenen Nationalitäten des Landes. Die Empfangsbestätigungen für die Spenden gingen über denselben Weg zurück.

Im Rahmen dieser Aktion konnte auch Juden geholfen werden, und zwar nicht nur jenen, die in Freiheit lebten, sondern teilweise auch in den Ghettos und anscheinend auch in den Arbeitslagern. ...

Wieviel Empfänger es wirklich waren, geht aus den Nachkriegsberichten des IKRK nicht hervor. Sie beschränkten sich auf die Angabe der Verteilungsschlüssel unter den verschiedenen Nationalitäten, die mit dem Deutschen Roten Kreuz und dem Polnischen Hauptausschuß vereinbart worden waren, beispielsweise 61% für die Polen, 22% für die Ukrainer, 16% für die Juden usw.. Letzterer Prozentsatz schwankte übrigens und fiel 1943 auf 10%." [6) S. 309]

Hilfe für Juden wird hier noch bis zum Sommer 1943 bestätigt, wenngleich nur mit 10% der IKRK-Hilfe für das Generalgouvernement im Vergleich mit anderen Nationalitäten. Diese Hilfe wurde der "Jüdischen Unterstützungsstelle (JUS) in Krakau und der Philanthropisch-Medizinischen Gesellschaft TOZ in Warschau übergeben.

Wenn also im Frühjahr 1940 die Berliner Behörden mit dem Leiter einer ständigen IKRK-Niederlassung, **Dr. Roland Marti**, zunächst 2, dann 5, 1944 schließlich 12 Delegierte -- sogar von 30 ist später die Rede --, zusätzlich Verbindungs-Delegierte in den besetzten Ländern zuließen, so mag dies angesichts der die Million übersteigenden Anzahl allein an zu betreuenden Kriegsgefangenen wenig erscheinen, doch war es ein Ansatzpunkt guten Willens, der auch der begrenzten Kapazität der IRK-Organisation Rechnung trug. Die Berliner Behörden verschlossen sich nicht neutralen Inspektionen und ermöglichten bereits 1941 die Aushändigung von 45.726 Tonnen Pakete an Kriegsgefangene, *"was 15 Waggons pro Tag entsprach".* [6) S. 161]

IKRK-Besuch in Buchenwald 1940

Anläßlich eines Inspektionsbesuches im Konzentrationslager Buchenwald am 14. August 1940 verfaßten die IKRK-Delegierten **Eric Descoeudres** und **Roland Marti** nachfolgenden Bericht. Konkreter Anlaß war die Überprüfung der Lebensbedingungen holländisch-asiatischer Geiseln, die als Repressalie für zivile Deutsche, die in Niederländisch-Indien inhaftiert und nach Beendigung des Frankreichfeldzuges und der damit auch für die Niederlande beendeten Kampfhandlungen noch nicht wieder freigelassen worden waren.

"Das Lager befindet sich inmitten eines riesigen Buchenwalds auf einer weiten Anhöhe in der Gegend von Weimar. Man gelangt über eine Betonstraße dorthin und durchquert nacheinander mehrere Posten mit Wachen, Stacheldraht usw.. Das Lager umfaßt eine gewaltige Anlage. Auf der einen Seite befinden sich die Villen der Offiziere, die bis in die kleinsten Einzelheiten von den Häftlingen gebaut worden sind, auf der anderen geräumige Kasernen für die deutschen Truppen, schließlich der größte Teil, das Lager selbst mit seinen zahllosen Baracken, die einen aus Holz und provisorisch, die anderen aus Backstein von endgültiger Art. Viele sind im Bau begriffen und weitere geplant, denn das Lager wird ständig vergrößert.

Wir besichtigen eine Holz- und eine Steinbaracke: beide sind genau gleich angelegt und von tadelloser Sauberkeit. An beiden Enden befinden sich Schlafsäle mit zwei- oder dreistöckigen Betten, Strohsack und 2 bis 3 Decken pro Mann. Kleine Schränke, wo jeder seinen Blechnapf, seine Löffel, sein Tuch usw. unterbringt. Anschließend an jeden Schlafsaal: 1 Eßraum für die Männer. In der Mitte der Baracke schließlich: ganz moderner Waschraum mit genügend kaltem Wasser und WC. In den Schlafsälen sind jeweils rund 40 Männer untergebracht.

Wir haben dann das Anstaltslazarett besichtigt, das uns von seinem Chef, einem deutschen Arzt, gezeigt wurde. Vollständige, ultramoderne Einrichtung, mit septischem und aseptischem Operationssaal, allen Apparaten für ein selbständiges kleines Spital: Röntgen, Diathermie usw.. Alles ist dort blitzsauber, und die Operationserfolge sind nach Aussagen des Chefarztes ausgezeichnet. Er zeigt uns dann auf der Krankenstation einen Magendurchbruch, der vor 10 Tagen operiert wurde und ganz normal ist, Physeme mit Rippensektion, eine Beinamputation usw..

Das Lazarett verfügt über 600 Betten, wo sich derzeit 340 Patienten befinden, darunter ziemlich viele schwere Fälle: Meningitis, Nierenentzündungen usw.. Wir haben Krankensäle besucht, in denen sehr viele Patienten untergebracht sind, ohne jede Isolierung selbst in den schwersten Fällen (zumindest haben wir keine bemerkt). Dagegen ist alles von peinlicher Sauberkeit, das Personal geschult, die hygienischen Bedingungen ausgezeichnet. Badezimmer mit Badewanne, Verbandraum, Apotheke, Laboratorien (mit Mikroskop).

Die Zahnabteilung besitzt 2 Sessel und eine perfekte Ausstattung. Der deutsche Zahnarzt nimmt mit seinen Assistenten alle Eingriffe vor, einschließlich Prothesen, Röntgenaufnahmen usw..

Dann haben wir die Küchen besichtigt, die gleichfalls ultramodern sind mit ihren 13 großen Kupferbottichen. Anschließend ein Kühlraum, in dem 25 halbe Rinder hängen, dann die Wäscherei mit einer erstaunlichen Ausrüstung: Waschmaschinen, Schleudermaschinen, Bügelmaschinen usw.. All das könnte nicht besser und nicht moderner sein.

Das gesamte Personal ist weiß gekleidet, das Haar geschoren. Ob Küche, Wäscherei oder jeder beliebige Raum, alles ist peinlich sauber.

Wir setzen unseren Besuch mit einer Inspektion der weitläufigen Räumlichkeiten fort, wo die Zivilkleidung der Inhaftierten aufbewahrt wird. Pro Mann ein großer Sack, mit allem, was er bei seiner Ankunft im Lager hatte, das ganze auf Formulare in Ordnern eingetragen, die vom Häftling und der Lagerleitung unterzeichnet sind. Alles wird dem Eigentümer beim Verlassen des Lagers zurückgegeben.

Dann besichtigen wir eine der Baracken, wo spezialisierte Handwerker arbeiten. Der Drechsler, der Holzschnitzer, der Hersteller von Porzellanfiguren, der Hersteller von Miniaturschiffen usw., wobei alle diese Leute mit hochmodernen Geräten arbeiten, die bestens auf ihre Spezialisierung abgestimmt sind.

Die Bücherei mit ihren 3.500 Bänden nimmt eine andere Baracke ein, in der sich auch eine kleine Ambulanz befindet. Die Häftlinge haben die Möglichkeit, abends während ihrer Freizeit zu lesen.

Alle Baracken sind von Blumenbeeten und Rasenflächen umgeben. Unterhalb befindet sich ein riesiger Gemüsegarten und eine ganze Gartenbauanlage mit der heiteren Note vielfarbiger Blumenrabatten.

In der Nähe ein großer Sport- oder Fußballplatz, wo sich die Häftlinge ertüchtigen. Jenseits des Stacheldrahts und der Wachtürme erblickt man durch die Lichtungen des Buchenwalds die thüringische Ebene in der Ferne.

Die Leiter führen uns dann durch die dem Lager angeschlossenen Gebäude; ein Empfangsbau, prächtig vom Bau und der Innenausstattung her mit Holzverkleidungen, Massivholzmöbeln, schmiedeeisernen Verzierungen, Kronleuchtern und vielen anderen Gegenständen. Das Haus und die ganze Einrichtung sind ausschließlich das Werk der Gefangenen, ohne jede Hilfe von außen. Dasselbe gilt für die 10 Villen der Offiziere, die gänzlich von den Häftlingen aus Holz und Steinen der Gegend errichtet worden sind, mit Blumengärten usw..

Wenige Minuten vom Lager entfernt sind wir in eine angenehme Welt des Vergnügens versetzt, mit all diesen schmucken Villen im Buchengebüsch.

Zum Abschluß besuchen wir die Gefangenen der Tiergattung: 4 Bären, Affen und Raubvögel.

Ich komme nun zu den Häftlingen selbst. Wie gesagt, beläuft sich ihre Zahl auf ungefähr 7.000, die in verschiedene Kategorien unterteilt sind: Juden, politische Gefangene, sogenannte Asoziale, die zur Arbeit erzogen werden sollen usw.. Sie tragen alle dieselbe Kleidung, die gleich beim Betreten des Lagers auffällt: blau-weiß gestreifte Jacke und Hose aus Tuch und blaue Mütze. Sie haben das klassische Aussehen von Sträflingen, und man sieht sie überall arbeiten, an den Straßen, beim Transport von Steinen, bei der Säuberung der Alleen, in den verschiedenen Gebäuden usw.. Alle sind kahlgeschoren und von auffallender Unpersönlichkeit.

Während unserer Lagerbesichtigung sehen wir die meisten von ihnen riesige Steine schleppen, die sie zu einer im Bau befindlichen Straße bringen. Sie kommen in Viererreihen an uns vorüber, ziehen beim Anblick des Kommandanten mechanisch und ruckartig die Mützen, eine endlose Reihe abgestumpfter Wesen, offenbar gleichgültig gegenüber allem, resigniert. Sie gehorchen wie Automaten den knappen Kommandos, die ihnen über den Lautsprecher des Lagers gegeben werden.

Etwas später finden wir sie alle auf dem Hauptplatz des Lagers versammelt, nach Kategorien getrennt. Wir lassen uns von der Lagerleitung die verschiedenen Klassen erklären, die Erkennungszeichen auf der Kleidung tragen: Polen, Tschechen, Juden (mit dem fünfzackigen [sic!] Stern) usw..

Von ihrer Tribüne aus erteilt die Lagerleitung den angetretenen bewegungslosen Häftlingen kurze Befehle über Lautsprecher, und bald läßt man uns vom Häftlingsorchester ein Musikstück vorspielen. Ein ergreifendes, unvergeßliches Schauspiel, das unseren Gastgebern ganz natürlich erscheint, auf uns aber einen tieftraurigen Eindruck macht." 6) S. 337 - 340

Jean-Claude Favez resümiert:

"Die Schützlinge des IKRK waren keine gewöhnlichen Häftlinge. Sie unterstanden dem Auswärtigen Amt, nicht der Polizei oder der SS. Ihre Haftbedingungen unterschieden sich nicht wesentlich von denen der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten. So war das Ergebnis der Inspektion vom 14. August 1940 nicht negativ.

Während des Winters jedoch alarmierten mehrere Todesfälle die holländischen Behörden. Das Komitee wurde eingeschaltet und erhielt die Genehmigung zu einer weiteren Besichtigung im Juni 1941, die die vorherige Beurteilung bestätigte, zumindest, was die materiellen Verhältnisse anging." 6) S. 340

Wenige Monate später wurden diese Repressalienhäftlinge nach Holland verlegt, wo sie allerdings offenbar schlechtere Bedingungen vorfanden. Über ihr weiteres Schicksal berichtet **Favez** nicht, hingegen verweist er auf die zunehmende Verhärtung der durch die allgemeine Kriegsentwicklung bedingten Gegensätze zwischen Widerstandskampf aus den Reihen der Bevölkerung und Repressalien der deutschen Besatzungsmacht. Die vielen hier zu nennenden Einzelheiten füllen ein anderes Themengebiet der Kriegsgeschichte aus und sind insofern hier nicht zu behandeln. Das IKRK jedenfalls sah sich genötigt, sich auf Hilfslieferungen zu beschränken. 26.000 Pakete konnte es an holländische Zivilhäftlinge und Deportierte bis Kriegsende ausliefern.

UdSSR-Praktiken

"Das [sowjetische] Regime bekämpfte abweichendes Verhalten mit Feuer und Schwert. Wer die Sprache der Bolschewiki nicht zu sprechen verstand, wer ihre Rituale und Glaubensbekenntnisse ablehnte, verwandelte sich in einen Feind.

Das Regime verfolgte nicht nur »Klassenfeinde«, es stigmatisierte ethnische Minderheiten und ließ sie deportieren, wo sie ihm als Feinde erschienen. Nicht einmal nach den Schrecken des Großen Terrors der dreißiger Jahre kam die sowjetische Gesellschaft zur Ruhe. Denn die Terrorisierung der Bevölkerung setzte sich auch in den Jahren des Zweiten Weltkrieges fort. Das zeigte sich nicht zuletzt in der menschenverachtenden Behandlung sowjetischer Soldaten und dem Strafsystem, mit dem das Regime Armee und Gesellschaft für den Krieg zu mobilisieren versuchte. ..." 11) S. 7

Auf die Initiativen des IKRK während des sowjetisch-finnischen Krieges (30.11.1939 -12.3.1940) 1940 zur Hilfeleistung für die Kriegsgefangenen hatte zwar die finnische, nicht aber die sowjetische Regierung, die seit 1929 eine Unterzeichnung der Rot-Kreuz-Konventionen verweigert hatte, reagiert. Der rote Gewaltherrscher in Moskau betrachtete und behan-

11) Jörg Baberowski, "Der Rote Terror -- Die Geschichte des Stalinismus", Stuttgart - München 2003.

delte die Muschiks seines Imperiums, die in fremde Kriegsgefangenenschaft, ganz gleich aus welchen Gründen, geraten waren, als todeswürdige Landesverräter. Mit Deutschland hatte dies nichts zu tun.

"Die nach dem Friedensschluß mit Finnland am 12. März 1940 repatriierten sowjetischen Kriegsgefangenen wurden nicht etwa individuell angeklagt, sondern unterschiedlos und summarisch allein ihrer Gefangengabe wegen vom NKWD festgenommen. Man hat nie wieder etwas von ihnen gehört, sind sie doch alle bis auf den letzten Mann erschossen worden." [11 a) S. 86]

Noch etwas Grauenhaftes und Singuläres wurde im März 1940 in Moskau veranlaßt:

"Am 5. März 1940 gab das Politbüro dem NKWD den Auftrag, 25.700 Offiziere, Beamte, Gutsbesitzer, Polizisten, Spione, Gendarmen und Gefängniswärter, die sich in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern, in ukrainischen und weißrussischen Gefängnissen befanden, zu erschießen. Es sollte weder Untersuchungsverfahren noch eine Anklageerhebung geben. ...

Was hier geschah, blieb nicht auf die polnischen Ostgebiete beschränkt, denn auch im finnisch-sowjetischen Krieg und nach Annexion der baltischen Republiken im Juni 1940 übten die Bolschewiki maßlosen Terror gegen die intellektuellen Eliten der eroberten Territorien aus." [11) S. 211]

Anfang 1940 -- 1½ Jahre vor Beginn des Rußlandfeldzuges! -- registrierte das NKWD alle Polen, "Klassenfeinde" und Ausländer u. a. in der Provinz Lemberg.

"Im Februar des gleichen Jahres begannen die Deportationen, die sich bis in den Monat April fortsetzten. Niemand konnte sich entziehen, der auf den Listen des NKWD verzeichnet war, mußte Haus und Hof für immer verlassen. Auf Kinder, Greise und Kranke nahmen die Schergen des Regimes keine Rücksicht. Niemand sollte zurückbleiben, um Kunde von dem zu geben, was hier geschah.

Der rote Terror hatte unmittelbar nach dem Einmarsch der sowjetischen Armee nach Ostpolen begonnen. Er traf anfangs vor allem die Besitzenden und Gebildeten: Amtsträger und Offiziere, Grundbesitzer, Polizisten und Richter, Lehrer und Intellektuelle. Und weil sich die Gewalt vor allem gegen die polnischen Eliten richtete, beteiligten sich an manchen Orten auch ukrainische Bauern und Juden an den Verhaftungen und Erschießungsaktionen. ...

Die Deportierten wurden in enge Viehwaggongs gesperrt, in denen sie mehrere Tage zubringen mußten, bevor der Zug sich in Bewegung setzte. Oftmals begann das Sterben bereits am Bahnhof auf dem Transport in den ungeheizten Zügen." [11) S. 211]

"Terror" hieß auch hier: Deportationen zu Hunderttausenden. -- Mit Deutschland und seiner Politik hatte das nichts zu tun.

"Von 250.000 polnischen Kriegsgefangenen sind 148.000, von 1,6 bis 1,8 Millionen deportierter polnischer Zivilpersonen 600.000 in der Sowjetunion zugrundegegangen, und von 600.000 in die Sowjetunion deportierten polnischen Juden verschwanden 450.000 spurlos." [11 a) S. 139]

Nach Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges am 22.6.1941 gelang es dem IKRK zwar anfangs, die sowjetische Zustimmung für einen Austausch von Gefangenen-Listen zu erreichen, doch blieben die erste von deutscher Seite gelieferte Liste mit 200 handgeschriebenen Namen sowie weitere Listen von Achsenpartnern ohne Gegenleistung, womit dieser Kontakt beendet war.[10) S. 106]

"Die deutschen Militärbehörden erklärten sich grundsätzlich mit der Sendung von Liebesgaben an die russischen Kriegsgefangenen einverstanden, ließen jedoch keine Teilnahme des IKRK an der Verteilungskontrolle durch dessen Delegierte zu. ...

Die britische Regierung war zu Lieferungen für Rechnung ihres Verbündeten bereit, und das kanadische Rote Kreuz bot Vitamine an. Die Blockaderegeln aber forderten eine Überwachung der Verteilung durch das IKRK. Wenn überhaupt, so war das Einverständnis der deutschen Behörden nur dann zu erwarten, wenn die Sowjetunion den Grundsatz der Gegenseitigkeit anerkannte." [10) S. 106]

Von der sowjetischen Politik im Jahre 1941, alle deutschen Kriegsgefangenen kurzerhand zu ermorden, "wußte" dieser Bericht des IKRK nichts.

"Deutsche Kriegsgefangene wurden erschossen und an den Rückzugsstraßen liegengelassen, um Gegenmaßnahmen an sowjetischen Kriegsgefangenen zu provozieren, die ihrerseits, wie man hoffte, dann »den Hang der Rotarmisten zum Überlaufen« bremsen würden«. ...

Doch das Oberkommando der Wehrmacht hat ... frühzeitig Vergeltungsmaßnahmen verboten. ...

Wehrmachtsangehörige, insbesondere Offiziere, deren Mitgliedschaft in der NSDAP bekannt geworden war, wurden meist ebenfalls sofort liquidiert." [11 a) S. 87 - 88]

Stalin ging über die Sippenhaft hinaus und ließ sogar Kriegsgefangenenlager mit seinen eigenen Soldaten bombardieren:

"Rotarmisten, die es vorzogen, sich gefangennehmen zu lassen, statt zu kämpfen und zu sterben, sollten mit allen Erd- und Luftmitteln vernichtet werden. Demgemäß wurden überfüllte Kriegsgefangenenlager, so bei Orel und Novgorod-Severskij von der sowjetischen Luftwaffe angegriffen und bombardiert." [11 a) S. 73 - 74]

Da **Stalin** 1945 als Sieger und "Befreier" in Mitteleuropa einrückte, blieben seine Terrormethoden und über 60 Millionen politische Mordopfer unerwähnt und ungesühnt, wie überhaupt alle Verbrechen auf alliierter Seite, die noch mit Opfern von Millionen über das Kriegsende hinausgingen.

Hingegen blieben die deutschen Kriegszeit-Deportationen dauerhaftes Anklagethema gegen das gesamte deutsche Volk, verbunden mit als "offenkundig" behaupteten Massenmordplänen "von Anfang an" (seit 1923?, seit 1933?) und "industriell durchgeführten Vergasungen", deren Anzweiflung und nähere Untersuchung mit Gefängnis geahndet wird.

Diese Hinweise sind in der vorliegenden Abhandlung notwendig, da dieses Geschehen für Deutschland während der Kriegszeit zur Realität gehörte, doch weder vom IKRK in Berichten erfaßt worden war, noch von **Prof. Favez** berücksichtigt wurde.

---

11 a) Joachim Hoffmann, "Stalins Vernichtungskrieg 1941 - 1945", München 1995.

Veränderte Lage nach erzwungener Ausweitung des Krieges und Genozid-Plänen der Alliierten

Die Befürwortung der Auswanderung durch die Reichsregierung geschah trotz der mehrfachen Kriegserklärungen des internationalen Judentums an Deutschland, deren Ziel, Deutschland in seiner Existenz zu vernichten, unverhohlen bekanntgemacht worden war!

Jene seit 1933 sattsam bekannten Völkermordparolen gegenüber Deutschland drangen zu jener Zeit indessen immer stärker auch in der offiziösen, schließlich offiziellen britischen wie US-Öffentlichkeit durch. Kein Staatsanwalt hatte in all den Jahren jene Volksverhetzer gezügelt, weil sie die vorgeschobenen Sprecher ihrer Staatsführungen waren!

Der Historiker **Joachim Nolywaika** hat in bezug auf Inhalt und Bedeutung des von US-Präsident **F.D. Roosevelt** stark geförderten Buches des Präsidenten der jüdischen "Friedensliga" folgende wesentliche Zusammenfassung für notwendig befunden:

> *"Während der zweiten Hälfte des Jahres 1941 nahm die Lösung des Juden-Problems eine bedrohliche Wende. Der Krieg gegen die Sowjetunion hatte begonnen, und das berühmte Buch des amerikanischen Schriftstellers **Theodore Nathan Kaufman(n)** mit dem Titel: »Germany must perish« (»Deutschland muß sterben«) war erschienen.*
>
> *In diesem Buch setzt **Kaufman(n)** ganz schlicht auseinander, daß alle Deutschen auf Grund der alleinigen Tatsache, daß sie Deutsche sind, selbst wenn sie Antinazi, Kommunisten, Judenfreunde seien, nicht zu leben verdienen und daß man nach dem Krieg 20.000 Ärzte einsetzen werde, von denen jeder täglich 25 deutsche Männer oder Frauen zu sterilisieren hätte, so daß es nach 3 Monaten keinen zeugungsfähigen Deutschen in Europa mehr gäbe und das deutsche Volk in 60 Jahren auf dem Kontinent völlig ausgelöscht sein würde. Er versicherte außerdem, daß dies auch die Ansicht der deutschen Juden sei.*
>
> ***Hitler** ließ dieses Buch über alle Rundfunksender verlesen. Man kann sich denken, was für einen Eindruck es auf die öffentliche Meinung Deutschlands machte, und sich jetzt erst eigentlich eine Volkswut gegen die Juden breitmachte. In dieser Atmosphäre überstürzten sich die Ereignisse in Richtung auf den »totalen Krieg« -- dieser Ausdruck wurde jetzt zum allgemeinen Schlagwort. In den Augen aller Deutschen war es **Kaufman(n)**, der den Gedanken an solche Maßnahmen aufgebracht hatte und der eingestanden hatte, daß seine Rassegenossen eine solche Behandlung für ihre deutschen Gegner vorbereiteten. Dieses Vorhaben war brutal und mörderisch, darüber waren sich alle einig."* [12]

Nachdem **Stalin**

a) bereits 1935 alle deutschstämmigen russischen Staatsbürger innerhalb einer 100-Kilometer-Grenzzone zwangsweise umgesiedelt,

b) ab September 1939 sowohl in Ostpolen,

c) danach auch im Baltikum "Klassenfeinde" zu Hunderttausenden deportiert

d) und bereits im Juli 1941 die gewaltsame Aussiedlung der über 500.000 Wolgadeutschen befohlen hatte,

reagierte die Reichsregierung mit Androhung und ab Oktober 1941 mit Beginn von Deportationen der Juden in die Ostgebiete.

Abgesehen von den jüdischen Kriegserklärern gegen Deutschland -- ihnen gegenüber hatte sich **Hitler** vom September 1939 - 1941 weitgehend zurückgehalten -- waren **Theodore Nathan Kaufman** und **Stalin** die eigentlichen Auslöser verschärfter judenfeindlicher Reaktionen in Deutschland, die von dem Feindagenten und gleichzeitigen deutschen Abwehrchef Admiral **Wilhelm Canaris** mit seinem Drängen auf die Einführung des "Judensterns" unter Hinweis auf Geheimdiensterkenntnisse über konspirative jüdische Kampfeinsätze noch intensiviert wurden.

Da sich **Prof. Favez** bei seinen Untersuchungen nahezu ausschließlich auf das Beziehungsverhältnis zwischen Deutschland und dem IKRK beschränkt hat, sei eingeflochten, daß durch diese Art der Scheinwerferbeleuchtung gleichzeitig der Eindruck vermittelt wird, als sei sich das IKRK von Anfang an bewußt gewesen, seine besonderen Anstrengungen auf die Opfer "des Tätervolkes" zu konzentrieren, denn Internierte, Konzentrationslager, Deportationen, Geiseln anderer Regierungen kommen hier ebensowenig zur Sprache wie Initiativen des IKRK auf analoge Verhältnisse jenseits der deutschen Grenzen. Dies Verschweigen hier darf jedoch nicht darauf schließen lassen, daß es analoge Zustände in den anderen kriegführenden Ländern nicht gegeben habe.

Jene Imperialstaaten hatten indessen dafür gesorgt, was durch die Weiträumigkeit ihres Territorialbesitzes begünstigt wurde, sich von international-neutraler Inspektion völlig abzuschotten. Aus diesem Grund gab es bei ihnen auch nichts zu "bemängeln". Dies galt nicht nur für die Sowjetunion und ihre Satelliten. Mit der Reichhaltigkeit ihrer Mittel und Einflüsse konnte man die Aufmerksamkeit der "öffentlichen Meinung der Welt" auf die "bösen" anderen lenken. Vernichtungsschlägen gegen die Existenz ihrer Völker waren sie gar nicht erst ausgesetzt. So waren die Bedingungen, denen hauptsächlich Deutschland bis zum bitteren Ende gegenüberstand, unvergleichlich. So war es nur natürlich, daß sich angesichts der stets schwächer werdenden deutschen Position und der gleichzeitig immer brutaler werdenden Kriegsführungspraktiken der Alliierten auch gegen Frauen und Kinder die Ausmaße der Not hier immer größer wurden und das Hilfsengagement des IKRK sich hierauf konzentrieren mußte.

Die von den Alliierten bewußt betriebene Ausweitung des

---

12) Joachim Nolywaika, "Die Sieger im Schatten ihrer Schuld -- Recht auf Wahrheit und Gerechtigkeit für Deutschland", Rosenheim 1994, S. 181.

Krieges, Brutalisierung der Kampfmethoden bei gleichzeitiger Einbeziehung des gesamten deutschen Volkes in die Vernichtungszielsetzung und Verhinderung einer Beendung dieses Grauens war allen Zeitzeugen bereits damals erkennbar. Deren Völkermordpläne gegen Deutschland beherrschten die Überschriften ihrer Zeitungen. Männer wie **Theodore Nathan Kaufman(n), Henry Morgenthau, Louis Nizer, Earnest Hooton, Ilja Ehrenburg, Sefton Delmer, Samuel Untermayer, Stephen Wise, Chaim Weizmann** -- alle seit spätestens Anfang 1933 gegen Deutschland kriegführende Juden! -- waren ihre Wortführer. Ihre "*blutdürstig*" handelnden "Staatsmänner" wie **Winston Churchill, Franklin Delano Roosevelt** [13] und **Joseph Stalin** legalisierten und feuerten dieses Treiben an. Eine Vielzahl besonders bestialisch operierender sowjetischer Partisanenkommissare hat der deutschen Führung zusätzlich eine völlig neuartige Verhaltensdimension insbesondere den Juden gegenüber aufgezwungen. Sie waren als internationale Kriegserklärer aufgetreten, führend als Mordhetzer gegen Deutschland tätig und verpflichteten ihre Glaubensbrüder in Deutschland und den von seinen Truppen besetzten Ländern, aktiv an diesem Kampf mit allen heimtückischen Mitteln teilzunehmen. Da dieser Kampf mit allen Mitteln der Konspiration geführt wurde, waren hier die Frontlinien nicht mehr auseinanderzuhalten. So schossen auch deutsche Entscheidungen weit über das Ziel hinaus und haben viele Unschuldige getroffen und Unheil angerichtet. Doch wer will in einem solchen Krieg darüber rechten? [14] Auf keinen Fall können es Führungskader der benannten Feindstaaten!

Nicht eine deutsche "Endlösung"-Zielsetzung war ursprünglich oder auslösend, sondern jene "heiligen Krieger" gegen das deutsche Volk, die bereits seit 1914 und ungeachtet des Friedens von Versailles seit 1919 ihren Krieg, wenn auch "mit anderen Mitteln", fortsetzten. Winston Churchill bekannte dies als britischer Kriegspremier ganz klar, als er den Zweiten Weltkrieg als "*30-jährigen Krieg gegen Deutschland, beginnend ab 1914*" bezeichnete.[15)]



Deutschland 1940: Ein IKRK-Delegierter im Gespräch mit einem französischen Kriegsgefangenen im Stammlager (Stalag) XVIIA. -- © ICRC/Ref. hist-171/8

Es waren nicht die durchschnittlichen Engländer, Franzosen oder us-amerikanischen Bürger, die sich weltstrategisch engagierten, sondern bekanntlich andere, die sogar der polnische Botschafter in Washington, **Jerzy Potocki,** in seinem berühmten Brief vom 12.1.1939 an seinen Außenminister in Warschau als die führenden Männer der us-amerikanischen Politik spezifiziert hat, "*die zum Kriege hetzen*" und "*die im Grunde doch durch unzerreißbare Bande mit dem internationalen Judentum verbunden sind*".[16) S. 347 - 348]

Wer Gerechtigkeit und Humanität will, kann nicht anschließend nur den Besiegten anklagen und so tun, wie auch **Prof. Favez**, als wisse man von den Tätern der anderen Seite und ihren Verbrechen nichts.

Jedenfalls waren es diese Verhältnisse, die dazu geführt haben, daß das IKRK in Genf im Verlauf der folgenden Kriegsjahre vielfach keine Informationen mehr über jüdische Deportierte erhielt, weil die Reichsregierung diese als zivile politische Kriegsgegner einstufte, die nicht den Regeln der Genfer Konventionen unterlagen.

Wenn auch das IKRK, offensichtlich wegen totaler Zwecklosigkeit, die Vertreibungs- und Genozid-Pläne der Alliierten gegenüber dem deutschen Volk nicht offiziell verurteilt hat -- wozu es aus humanitären Gründen gewiß Anlaß gehabt hätte --, so hat es doch mehrfach "*in beschwörenden Appellen*" [17) S. 69] gegen den zivilen Bombenkrieg protestiert: am 12. Mai 1940, 23. Juli 1943 und 15, März 1944.[6) S. 221 + 230]

"*Als der Luftkrieg seinen Höhepunkt erreichte, richtete das IKRK am 15. März 1944 einen letzten Appell an die Kriegführenden. Gleichzeitig machte es konkrete Vorschläge für die Schaffung von Schutzzonen nicht nur für die Verwundeten und kranken Militärpersonen, sondern auch für verwundete und kranke Zivilisten, sowie für Kinder, Greise, Schwangere und Mütter kleiner Kinder. Wieder war die Reaktion der Mächte im allgemeinen negativ.*" [10) S. 84]

Konkret: Die Alliierten lehnten es ab, darauf zu reagieren!



USA zwischen 1942 + 1945: IKRK-Delegierter Alfred Cardinaux interviewt einen deutschen Kriegsgefangenen. -- c ICRC/ Ref. hist-3187/23a

13) "Die Jalta Dokumente", Göttingen 1956, S. 55, 133, 164, 166, 171, Eingeständnis **F.D. Roosevelts** am 4.2.1945, *"noch blutdürstiger zu sein als zuvor"*. Auch Churchill und Stalin hatten vor Millionen Toten ihrer Politik keine Skrupel -- Vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 19, S. 22.

14) Zur Behandlung von "enemy aliens" in anderen Ländern vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 65, S. 30.

15) "Schriftwechsel zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin 1941 - 1945", Moskau 1957, Band I, S. 204, Schreiben Churchills an Stalin vom 27.2.1944.

16) Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965.
Zur Authentizität der im Deutschen Weißbuch, Nr. 3 "Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges", Berlin 1940, also auch dieses Dok. Nr. 6, abgedruckten Fundstücke aus dem erbeuteten Archiv des polnischen Außenministeriums siehe "Wahrheit für Deutschland" S.107.

17) Hans Haug, "Menschlichkeit für alle -- Die Weltbewegung des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds", Bern - Stuttgart - Wien 1993.

Untersuchungen zur Judenfrage

Bemerkenswert ist, was **Prof. Favez** im Verlaufe seiner Archiv-Forschungen über die Zentralauskunftstelle des IKRK und hier insbesondere in der Registratur "Lager und Bestände" ab 1939 festgestellt hat: Deren Verzeichnis

"enthält alle über die Kriegsgefangenen- und Interniertenlager gesammelten Informationen, ob die Lager besichtigt wurden oder nicht. Es gab dem IKRK einen Überblick über die Haftbedingungen, die für die verschiedenen Kategorien der Gefangenen und Internierten zur Anwendung kamen.

Von 1944 an wurden auf Weisung des Komitees die Juden und Deportierten mit verstärkter Aufmerksamkeit behandelt und monatliche Listen ihrer Gewahrsamsorte erstellt statt vierteljährlicher wie für die Kriegsgefangenen und Zivilinternierten." 6) S. 156

Dennoch hat das IKRK den ganzen Krieg über niemals zugunsten "der rassisch Verfolgten" bzw. der "aus rassischen Gründen Deportierten" bei der Reichsregierung interveniert! Selbst der Weltöffentlichkeit gegenüber hat es keinen Protest kundgetan! Es hat auch nicht

"die neutralen Mächte verstärkt darauf gedrängt, mehr für die Rettung der Juden zu leisten, etwa durch Lockerung der Blockade oder durch großzügigere Aufnahme von Flüchtlingen." 17) S. 70 - 71

Schwierigkeiten für hilfreiche Einwirkungen ergaben sich dort, wo die Gewährleistung der Gegenseitigkeit versagt blieb oder Kampfmethoden der Gegner oder Sicherheitsprobleme humanitäre Gesichtspunkte zurückdrängten.

Hierbei ist zu bedenken, daß der eine Kriegsgegner, die Sowjetmacht, überhaupt keine Genfer Konvention anerkannt hatte, und die mit ihr Verbündeten sich von Kriegsbeginn an über alle Zusagen hinwegsetzten, wenn sie es für richtig hielten, und den Krieg ebenfalls mit äußerster Heimtücke und Grausamkeit auch gegen Frauen und Kinder nach Völkermord-Prinzip führten.

Abgesehen vom völkerrechtswidrigen zivilen Luftkrieg erwähnte **Prof. Favez** lediglich die "Handschellenkrise", die kanadische Truppen bei ihrer Landung in Dieppe im August 1942 ausgelöst haben, als sie deutschen Kriegsgefangenen Handschellen anlegten,

"sowie die Bombardierung eines Feldlazaretts der Achsenmächte in Libyen durch die britische Luftwaffe stellen nicht nur flagrante wiederholte Verstöße gegen die Abkommen dar, ..." 6) S. S. 195

Über derartige Verstöße wäre sehr viel mehr zu sagen gewesen. Dem Buch des Schweizer **Prof. Favez** ist nicht zu entnehmen, ob er diese Themen ausgespart hat oder ob es Unterlagen darüber im IKRK-Archiv nicht gibt.

IKRK-Präsident **Max Huber** betrachtete indessen die "Handschellenaffäre", auf die deutscherseits gleichartig reagiert worden war,

"als die schwerste Krise, mit der das IKRK seit 1939 zu tun hatte. Er befürchtete wirklich eine Kündigung der Abkommen durch Hitler. Sie stellt daher, wie er Ende Oktober selbst sagt, seine größte Sorge dar, neben der alle anderen an Bedeutung verlieren." 6) S. 196

Diese Einschätzung durch **Max Huber** -- August 1942 -- gibt Anlaß, sich in Erinnerung zu rufen, daß während des gesamten Zweiten Weltkrieges keine der westlichen Mächte irgendein Verhalten der deutschen Truppen oder der Reichsregierung jemals bewogen hatte, die Rote-Kreuz-Abkommen mit Deutschland zu kündigen oder gar Gas als "Vergeltung" gegen Deutschland einzusetzen, wie es **Winston Churchill** seit 1940 wiederholt angedroht hat.[18)]

Zu ergänzen wäre, daß auch keine der alliierten, gegen Deutschland und das deutsche Volk gerichteten Völkermordpläne oder völkerrechtswidrigen Kriegführungsmethoden jemals mit der späterhin umschriebenen "*Vernichtungspolitik gegen die europäischen Juden*" begründet worden waren, und daß die britische sowie die us-amerikanische Regierung noch nach Kriegsende von der "*Sorge um die Beweise*" getragen waren, weil sie selbst um die Lügen ihrer Kriegspropaganda Bescheid wußten.[19)]

Immerhin war die Reichsregierung nach Ausbruch des Polenfeldzuges bei gleichzeitig erneuter Bekräftigung der Kriegserklärung des Internationalen Judentums durch den Jüdischen Weltkongress mit der Zielsetzung der Existenzvernichtung Deutschlands und selbst nach Beendung des Frankreichfeldzuges 1940 den deutschen Juden gegenüber noch sehr zurückhaltend verblieben. Dies ergibt sich nicht nur aus der weiterhin ermöglichten Auswanderung, sondern auch aus den "normal" fortgeführten hunderten von Telefonanschlüssen jüdischer Geschäfte, Vereine, Organisationen und Institutionen im Berliner Telefonbuch von 1940.[20)]

Da jüdische Organisationen in Polen unmittelbar mit Kriegsbeginn im Untergrund sich zum heimtückischen Guerillakrieg gegen die deutschen Truppen entschlossen hatten –

"Sabotage in Polen begann sofort nach der Beset-

---

18) David Irving, "Churchill -- Kampf um die Macht", Berlin 1990, S. 182 ff. -- Vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 68, S. 17 über die Vorbereitungen der britischen und us-Truppen anläßlich der Eroberung von Italien im Herbst 1943, Giftgas als "Erstschlag" einzusetzen. Gleichermaßen wollte **Winston Churchill** den bakteriologischen Krieg noch 1945 gegen Deutschland beginnen. Vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 19, S. 29 - 30 + die USA betreffend: Nr. 34, S. 18 - 20.

19) Joseph Bellinger, "Himmlers Tod -- Freitod oder Mord?", Kiel 2005, S. 35. -- Vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 96, S. 6.

20) Vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 15, S. 29.

zung des Landes und weitete sich mit stets wachsender Intensität aus" --, 21) S. 228, - 232

mußten sie dort mit im Krieg üblichen Gegenmaßnahmen rechnen. Diese dann allerdings als Konsequenz einer nebulösen "deutschen Doktrin" und "Vernichtungspolitik" auszugeben, ist unsachlich, ja infam.

Prof. Favez verwies darauf:

"Zweimal gelang es dem Vereinigten Hilfswerk über das DRK, Medikamente und Stärkungsmittel im Wert von einigen Tausend Schweizer Franken zu schicken, im Dezember 1942 an den Jüdischen Rat von Amsterdam, im September 1943 an die Lager Westerbork und Vught." 6) S. 347

Nun verweist jedoch **Prof. Favez**, wenn auch in verschnörkelter Ausdrucksweise, in der er "*die fast völlige Ausrottung der deutschen Juden*" unterbringt, auf die "*Paradoxie*", daß die "*von den Nazis erzwungene Zentralorganisation der deutschen Juden überleben sollte*" mit der Folge, daß dem Hilfsdienst des IKRK (CID = Abteilung diverse Zivilinternierte)

"nichts anderes übrig blieb, als seine Kartei [für im deutschen Herrschaftsbereich zu betreuende deutsche Juden] zu vergrößern, die bereits im Frühjahr 1943 an die 40.000 Karteien umfaßte." 6) S. 210

Wenn es auch sprachlich korrekt sein mag, daß eine Organisation "überleben kann", so muß sich jedoch die Notwendigkeit, deshalb eine Kartei vergrößern zu müssen, nur auf lebende Personen beziehen.

Sagen wir es doch direkt:

"*Bereits im Frühjahr 1943*" hat das IKRK von lebenden deutschen Juden in sich vergrößernder Zahl erfahren, über die es bis dahin keine Informationen mehr hatte! Warum vermeidet **Prof. Favez** die deutliche Sprache und verläßt sogleich diese Spur wieder, statt ihr bis Kriegsende nachzugehen? Daß ab 1943 bis Kriegsende Informationssperren und -schwierigkeiten zu verzeichnen waren, ergab sich zwangsläufig aus der verschärften Kriegslage durch das Vordringen der Sowjets in Ost-Mitteleuropa sowie den zivilen Bombenkrieg. Der Kampfeinsatz eines jeden war wichtiger als zeitaufwendige Auskunftskorrespondenz! Das IKRK hat sich jedenfalls in dieser Sachlage zu keiner Intervention bei den Deutschen veranlaßt gesehen. 6) S. 211

Reaktionen des IKRK auf "Erklärungen" und Gerüchte

Beachtlich ist das Eingeständnis von **Prof. Favez**, daß es angesichts der Fülle von familiären Nachforschungen und Rückmeldungen seitens des IKRK und DRK keinerlei Anlaß für "*besondere Kommentare*" gegeben habe. 6) S. 121 Dies ist ein Beleg dafür, daß das IKRK keine Erkenntnisse von dem hatte, was man ihm nach Kriegsende einzureden sich bemühte.

Prof. Favez versuchte im folgenden nachzuweisen, wie umfangreich das IKRK spätestens seit 1942 aus alliierten und speziell jüdischen Quellen Informationen über deutsche Massenmorde zugeleitet bekommen hat, also "hätte wissen müssen, was geschah".

Er erwähnt sogar den Bericht des IKRK-Delegierten **Dr. Roland Marti** von Mitte Februar 1942 "*über die grausame Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen in einem Lager*". Um welches Lager es sich gehandelt haben soll, blieb ungenannt. Auf die Angaben "*eines deutschen Offiziers*" verweisend (Name blieb unbekannt) soll **Marti** nach Genf geschrieben haben:

"Allgemein werden jetzt kleine Gruppen russischer Kriegsgefangener sofort getötet (erschossen, wenn sie sich ergeben). Nur geschlossene Formationen werden erhalten. Die Truppen der SS verwendet man speziell für die Säuberungen. Diese Truppen töten ausnahmslos alle Zivilpersonen in den besetzten Gebieten, im Gegensatz zur Wehrmacht, die die Zivilbevölkerung lieber für nützliche Arbeiten einsetzt. Die Truppen der SS töten auch ausnahmslos alle Gefangenen." 6) S. 133

Dieser "Bericht" hätte für **Prof. Favez** Anlaß einer ernsthaften Überprüfung sein müssen. Die Pauschaldefinitionen wie "*die Truppen der SS*", -- "*töten ausnahmslos alle Zivilpersonen*" -- "*ausnahmslos alle Gefangenen*" (also auch jene, die in "Formationen" überlaufen?) sind für den Bericht eines akademisch gebildeten IKRK-Delegierten so absurd, daß man von dem Forscher **Prof. Favez** hätte erwarten müssen, daß er diesen "Bericht" spezifiziert vorgestellt und auch in den Anschlußdokumenten des IKRK-Archivs ermittelt hätte, wie man denn dort darauf reagiert hat. Doch vergeblich. **Favez** wechselte nach Absetzen eines für den Leser nicht nachprüfbaren Quellenhinweises sogleich wieder das Thema.

Greuelberichte dieser Art sind dem IKRK während des Krieges zu Hauf zugetragen worden. Es gehörte gewiß Seelenstärke dazu, um sich dagegen zu immunisieren.

Präsident und Mitglieder des IKRK waren sich darüber einig, daß sie über das Geschehen in den deutschen Besatzungsgebieten keine eigenen Ermittlungen anstellen konnten oder Anlaß hatten, "*dem Ersuchen des American Jewish Congress über die Massenmorde in Europa nachzukommen.*" 6) S. 214 Daher konnten sie ohne ausreichende Sachkenntnis auch keine einseitigen Verurteilungen aussprechen.

Sogar **Gerhart Riegner** vom Jüdischen Weltkongreß in Genf war mit ihnen darin einig, eine solche Verurteilung Deutschlands in der Judenfrage so lange zu vermeiden,

"bis es keine Hoffnung mehr gab, etwas anderes unternehmen zu können. Aber dieser Augenblick traf aus verschiedenen Gründen nie ein." 6) S. 213

21) Jacob Apenszlak + Co-Editors/American Federation for Polish Jews Inc. (Hrsg), "The Black Book of Polish Jewry -- An Account of the Martyrdom of Polish Jewry Under the Nazi Occupation", Frankfurt/ M 1995 mit einer Einführung von Arno Lustiger, Syndikat Buchgesellschaft. -- Vergl. ***HT*** Nr. 87, S. 37.



Ein IKRK-Delegierter (in Zivil) beim Besuch eines deutschen Kriegsgefangenenlagers.

Die alliierten Regierungen "praktizierten ein ähnliches "*Zurückhalten von Nachrichten.*"

Im Klartext: Man hatte keine definitive Kenntnis von dem, was man nach Kriegsende als "offenkundig" bezeichnete!

Selbst nach der "Internationalen Erklärung" der Vereinten Nationen" -- die ihrerseits eine Organisation der Feindstaaten Deutschlands, Italiens und Japans war -- vom 17.12.1942 und den anschließend "*eingehenden Anfragen und Bitten um Bestätigung*" beteuerte das IKRK, solche "***Bestätigungen nicht geben zu können.***" 6) S. 135 + 139

"*Um dieselbe Zeit (Herbst bzw, Oktober 1942) gab der Vatikan auf Anfrage der Regierung* ***Roosevelt*** *eine ähnliche Erklärung ab*". 6) S. S. 135

Favez ergänzte allerdings diesen letzten Satz mit der Behauptung: "*bevor er im November [1942] die Vernichtung polnischer Juden durch die Nazis bestätigte.*" Diese Feststellung hätte ihrer Bedeutung wegen belegt werden müssen. **Favez** jedoch tat dies **nich**t, sondern hat schnellstens das Thema wieder verlassen.

Allein schon das Datum widerlegt die letzte Behauptung von **Favez**: Herbst/Oktober/November 1942, **v o r** der propagandistischen "Internationalen Erklärung der Vereinten Nationen" vom 17.12.1942 und ein ganzes Jahr **bevor** die britische Regierung der US-Regierung bestätigte, **keine beweiskräftige Kenntnis darüber zu haben**! [22)] Die UNO hätte gewiß allzu gerne auf eine solche "*Bestätigung des Papstes über die Vernichtung polnischer Juden durch die Nazis*" hingewiesen, -- hätte es sie denn gegeben. Sie wäre Dauerthema der Weltpresse geblieben! Doch es hat sie nicht gegeben. **Prof. Favez** hat geschwindelt!

Favez fand in den Archiven des Komitees "***nicht die Spur einer Reaktion auf den Appell***" der UN,[6) S. 139 + S. 227] obgleich es im Gegensatz zu den anglikanischen Bischöfen abgelehnt hatte, diesem Appell zu folgen und Deutschland wegen Völkerrechtsverletzungen anzuprangern. Wo auch immer solche Unterlagen geblieben sein mögen: in Genf hatte man offensichtlich zeitig durchschaut, daß es sich bei jener "Internationalen Erklärung der UN" um eine reine Propagandamaßnahme ohne sachliche Erkenntnisgrundlagen handelte!

Selbst das britische Kabinett war sich noch 1943 "*seiner Informationen nicht sicher*" und widersetzte sich dem Drängen jüdischer Organisationen, "*die nationalsozialistischen Massaker offiziell zu verurteilen*" und auch den Begriff "*Gaskammer*" zu verwenden.[22) + 6) S. 228]

Die Distanzierung des IKRK von der UN-Erklärung ist um so erstaunlicher, als sein Statut (im Artikel 4 c), das 1939 neu formuliert worden war, es verpflichtete,

"jede Klage bezüglich angeblicher Verstöße gegen die Prinzipien des Roten Kreuzes anzuprangern, Erklärungen zu verlangen und die Einstellung solcher Verstöße zu fordern [habe], wenn sie existieren; es darf jedoch nicht einfach verurteilen."

Offensichtlich hat das IKRK die UN-Erklärung vom 17.12.1942 geprüft und ist zu der Erkenntnis gekommen, daß ihr keine nachweisbaren Fakten zugrunde lagen. Dies jedenfalls entsprach auch der Sachlage, da jene Erklärung von den alliierten Mächten ausschließlich für Kriegspropagandazwecke gedacht war.

Artikel 5 ersuchte das IKRK, jegliche humanitäre Initiative zu ergreifen, die seiner traditionellen Rolle entspricht. Dieser Pflichtenkatalog hat im Hinblick auf die ausgebliebene Verurteilung der "Endlösungs"-thematik im Gegensatz zum mehrfach eindringlich verurteilten zivilen Bombenkrieg (12. Mai 1940, 23. Juli 1943 und 15. März 1944) eine besondere historische Bedeutung.



Ein hohes Spendenaufkommen von neutralen und westalliierten Hilfsorganisationen ermöglichte es dem IKRK, seine Depots ständig wieder aufzufüllen.

22) Foreign Relation Documents of the United States 1943 Vol I, p. 416 + 417, Messages von Staatssekretär Hull, Washington am 27. + 30. August 1943 an Sowjetbotschafter Standley. -- Vergl. ***HT*** Nr. 15 "Kenntnismängel der Alliierten" + ***HT*** Nr. 100 S. 13 - 14.

Leistungen des IKRK

Neben Adressen- und Beschwerdenvermittlung führten mehr als 300 Delegierte in 76 Residenturen des IKRK mit Hunderten von örtlichen Mitarbeitern weltweit während der Kriegsjahre allein 11.000 Besuche von Kriegsgefangenenlagern durch und sandten ihre Berichte mit Vorschlägen und Kritik den für die Kriegsgefangenen zuständigen Dienststellen, aber auch den Heimatstaaten der Lagerinsassen.

"Das IKRK erreichte, daß seine Delegierten Zutritt zu allen Örtlichkeiten und Räumen erhielten, wo sich Kriegsgefangene befanden und daß sie sich im allgemeinen ohne Zeugen mit den Gefangenen und ihren Vertrauensleuten unterhalten konnten. [17) S. 64]

Ausgenommen hiervon waren die russischen Kriegsgefangenen wegen verweigerter Gegenseitigkeit durch die Sowjets sowie die zivilen Deportierten.

Der Arbeitsaufwand des IKRK hat während des Krieges einen enormen Umfang angenommen. Der Personalbestand in Genf war gegen Ende des Krieges auf 3.921 Mitarbeiter angestiegen, fast die Hälfte von ihnen waren Freiwillige. Allein nach Deutschland war ein Delegiertenstab von 30 Mann entsandt worden. Freilich konnten sie nicht Millionen Gefangene, die sich der Wehrmacht ergeben hatten (600.000 Polen, fast 2 Millionen Niederländer, Belgier, Franzosen, Engländer 1940, etwa 5 Millionen Rotarmisten) alle betreuen.

Über 16 Millionen Kilometer sollen IKRK-Delegierte per Schiff, Bahn, Flugzeug oder Straße zurückgelegt haben.

"Herbst 1939: 1.000 Botschaften je Tag; Ende 1940 insgesamt schon fast 1 Million. 2 Jahre später über 6 Millionen, und wieder nach 2 Jahren, Ende 1945 = 23,5 Millionen. In diesen Schwankungen spiegeln sich die Hauptphasen des Krieges wider." [10) S. 36]

"8.000 Besichtigungen von Kriegsgefangenen- und Interniertenlagern, 36 Millionen beförderte und in den Lagern verteilte Pakete; 23,5 Millionen Zivilbotschaften; 120 Millionen Mitteilungen von Kriegsgefangenen an ihre Familien und umgekehrt. ..." [10) S. 7]

Dem IKRK bzw. der Schutzmacht Schweiz gelang es dreimal, auch einen Interniertenaustausch zu erreichen, in den insgesamt einige hundert Deutsche aus dem britischen Mandatsgebiet Palästina und dorthin strebende Juden einbezogen waren.[6) S. 273] Das IKRK vermittelte während des Krieges zusätzlich die Repatriierung von 36.000 Personen, davon die Hälfte Kriegsverwundete, die andere Hälfte Zivilisten, vorwiegend Sanitätspersonal.

"Beim Internationalen Suchdienst Arolsen befinden sich heute 96.184 Empfangsbestätigungen, zu denen noch 20.070 zusätzliche Unterschriften auf einem Teil der Scheine zu rechnen sind. Das beweist aber noch nicht, daß es sich um die Gesamtheit der nach Genf gesandten Quittungen handelt. Außerdem ist ein Teil der Namen mehrfach verzeichnet, weil manche Häftlinge ja regelmäßig Sendungen erhielten.

Schließlich geben die Quellen des IKRK die Anzahl der zwischen November 1943 und Mai 1945 versandten Pakete zwischen 750.000 und 1.112.000 an, welch letztere Zahl aus dem Rechenschaftsbericht von 1948 hervorgeht." [6) S. 208]

Diese Zahlen beziehen sich auf die »arischen« und »nichtarischen« Häftlinge in Konzentrationslagern und Gefängnissen während des Krieges im deutschen Herrschaftsbereich bis zum 8. Mai 1945.

"Zur Verbesserung der Zahnpflege wurden in Lagern in Deutschland über 60 »Cabinets dentaires« (Zahnlabore) eingerichtet." [17) S. 65]

Weltweit hatte das IKRK 400.000 bis 450.000 Tonnen Hilfsgüter im Wert von 3 Milliarden Schweizer Franken auf den Weg gebracht, darunter nicht nur Lebensmittel und Arzneimittel, sondern auch Wäsche, Bücher (1,5 Millionen Exemplare), Musikinstrumente und Gegenstände für Spiel und Sport.[17) S. 66]

Das vom IKRK 1941 zusätzlich gegründete Vereinigte Hilfswerk ergänzte diese Lieferungen von 1941 bis 1945 mit 935.518 Tonnen. Vom 12. November 1943 bis zum 8. Mai 1945 fanden ungefähr 751.000 Pakete = 2.600 Tonnen Hilfsgüter ihren Weg zu den Deportierten in den Konzentrationslagern.[8) S. 28]

"Die einzigen Häfen, über die Waren aus überseeischen Ländern die Schweiz erreichen konnten, waren Genua und Marseille, und sie waren für die Alliierten gesperrt. Selbst die neutralen Schiffe waren gefährdet. Man zog es daher vor, die Sendungen in Lissabon als neutralem Hafen zu sammeln und von dort wieder nach Marseille oder Genua zu verfrachten. " [10) S. 63]

Im Jahr 1942 hatten 8 Delegierte im deutschen Herrschaftsbereich 502 Lager aufgesucht, davon 214 Kriegsgefangenenlager einschließlich gesonderte Offizierslager, 15 Lager mit Zivilinternierten, 94 Lazarette und 219 Arbeitskommandos.

Intensiven Bemühungen des IKRK gelang es, für Partisanen und sonstige zivile Widerstandskämpfer, vor allem Polen, Franzosen, Jugoslawen und Griechen, jedenfalls "*in manchen Fällen*" Besuchserlaubnis für seine Delegierten sowie RK-Unterstützung zu erreichen.[17) S. 65]

Die alliierte Blockade konnte vom IKRK auch 1944 nur in Einzelfällen für Hilfsgüter überwunden werden. Sie hat sein Engagement wesentlich eingeschränkt. Als Ausnahmen sind zu nennen: 260.000 vom Amerikanischen Roten Kreuz gespendete Pakete konnten passieren, die Fracht des im Mittelmeer gesunkenen Dampfers "Cristina" wurde zur RK-Verwendung freigegeben, außerdem etliche Geldspenden anderer amerikanischer Organisationen.

Über Schweden/Göteborg und Lübeck konnte das IKRK noch ab Anfang März 1945, per Schiff, Eisenbahn und LKW über 100.000 Standard-Lebensmittelpakete an Gefangene in Lagern oder auf Evakuierungsmärschen zur Verteilung bringen. Gleichzeitig starteten von der Schweiz 19 LKW zu Kriegsgefangenenlagern ins Sudetenland.

IKRK-Bericht über Theresienstadt vom 23.6.1944

"Diese jüdische Stadt ist erstaunlich"

Aus dem Bericht der IRK-Delegierten in Berlin **Dr. M. Rossel, Corie** und **Sven Meyer** erfährt der Historiker zwar nicht alles, doch immerhin Wesentliches, teils in der Zusammenfassung original, teils vom Autoren **H.G. Adler** in kommentierten Auszügen:

"Ghetto Theresienstadt, besucht am 23.6.44.
Zusammenfassung.

Wenn unser Bericht bestimmte Fragen offen lassen mußte, so entschuldigen wir uns dafür; wir haben alle einander widersprechenden Auskünfte geordnet und zusammengefaßt, oft waren die einfachsten und elementarsten Dinge schwer zu erfahren. Die Photographien wurden trotz des Mißfallens der SS aufgenommen.

Wir werden sagen, daß unser Erstaunen außerordentlich war, im Ghetto eine Stadt zu finden, die fast ein normales Leben lebt; wir haben es schlimmer erwartet. Wir sagten den mit der Begleitung beauftragten Offizieren der SS-Polizei, daß die Schwierigkeit, auf die wir stießen, um die Bewilligung zum Besuch Theresienstadts zu erhalten, am überraschendsten ist.

Diese jüdische Stadt ist tatsächlich erstaunlich. Es mußte eine Einheit, ein Gemeinschaftsgeist unter Juden geschaffen werden, die aus verschiedenem Milieu gekommen sind, verschiedene Sprachen reden, aus verschiedenen Bedingungen, verschiedenen Vermögensverhältnissen. Das ist sehr schwer gewesen. Das Ghetto von Theresienstadt ist eine kommunistische Gesellschaft, die von einem »Stalin« von hohem Wert geleitet wird: **Eppstein.**

Die dortigen Juden, nach der Meinung ihres eigenen Judenältesten, gehören zwei Typen an:

1. -- Die Passiven, Vegetativen, Leute, die leben, um sich zu erinnern und auf ein Ende dieses Krieges zu hoffen. Das sind selbstverständlich vor allem die bejahrten Personen.

2. -- Die Aktiven, die Jungen, die -- der jüdischen Einheit bewußt und für den Geist der Gemeinschaft aufgeschlossen -- sich mutig an die Arbeit begeben, ohne zu sehr rückwärts zu blicken und ohne zu sehr sich über die nahe Zukunft zu täuschen.

Unser Bericht wird das Urteil niemandes ändern: jedem steht es frei, die vom Reich eingenommene Stellung, die jüdische Frage zu lösen, zu verdammen. Wenn dieser Bericht dennoch das Geheimnis rund um das Ghetto Theresienstadt ein wenig zerstreut, so ist es genügend.

Gez.: **Dr. M. Rossel**
Delegierter des I.R.K." 23) S. 312)

Es ist schade, daß **H.G. Adler** diesen 15-Seiten-Schreibmaschinen-Bericht in französischer Sprache nicht zur Gänze veröffentlicht hat, statt dessen nur seine Zusammenfassung. So bleibt der Öffentlichkeit Vieles vorenthalten.[23a)] Dennoch hat er einige beachtliche Einzelheiten nachgetragen:

Nach knappen Hinweisen auf die Stadtgeschichte und Organisation des Ghettos schlug **Dr. Paul Eppstein** einen Rundgang vor.

"Sie werden eine normale Provinzstadt besuchen! ... Theresienstadt sei zu Beginn ausschließlich ein Lager für alte Menschen gewesen, womit der starke Anteil von Greisen erklärt wurde. Geburten im Ghetto seit Beginn (Juli 42) ungefähr 400."

H.G. Adler vermerkt:

"Die Wahrheit wäre gewesen: Höchstens 230 Geburten von November 1941, doch nicht bis zum Besuchsmonat Juni 1944, sondern bis zum Kriegsende; die erzwungenen Fruchtabtreibungen wurden freilich nicht verraten."

Der Leser nimmt wegen fehlender Beweisführung seine "Berichtigung" skeptisch auf, zumal er den ungenauen Begriff "*höchstens*" verwendet. Weder hat er Genaues ermittelt, noch Auskunft über seine Untersuchung erteilt. Als besonders unseriös fällt die beweislos gebliebene Behauptung über "*erzwungene Fruchtabtreibungen*" ins Gewicht. Wer soll sie erzwungen haben, wenn eine ganze Stadt unter jüdischer Verwaltung stand, also auch die Krankenhäuser mit ausschließlich mit jüdischem Personal ausgestattet waren, Bewacher sich nur außerhalb der Stadt aufhielten und Geburten sogar zugegeben worden sind? Besonders hier war **H.G. Adler** aufgerufen, Einzelheiten zu benennen!

Im Bericht von **M. Rossel** heißt es weiter:

"Das Lager von Theresienstadt ist ein »Endlager«. Normalerweise wird keiner, der einmal hergekommen ist, weiterverschickt. .... Das Ghetto besteht seit Juli 1942. Die SS-Polizei gewährt den Juden die Freiheit, ihre Organisation nach eigenem Gutdünken einzurichten. ...

Diese Stelle [das Amt des Judenältesten] wird in befriedigender Weise von Herrn **Eppstein** ausgefüllt, der eine sehr ausgedehnte Vollmacht hat. Er kontrolliert praktisch alle Organisationen der Stadt. Er entscheidet endgültig und beruft sich nur selten auf den Judenältestenrat."

H.G. Adler kommentiert:

*"Über die Wohnverhältnisse zeigt sich **Rossel** befriedigt: Das Problem der Überfüllung einer Garnisonsstadt von angeblich 12 - 15.000 Einwohnern (ein Blick in eine statistische Unterlage hätte **Rossel** belehrt, daß früher in T. einschließlich Militär etwas über 7.000 Menschen lebten) sei durch Wohnbaracken gelöst worden, deren Geräumigkeit **Rossel** hervorhebt. Auch mit den Zivilhäusern war er zufrieden."*

"Diese Quartiere sind komfortabel, wenn auch eng, oft auf 2 bis 3 Familien aufgeteilt. ...

Mobiliar: Überall sind Möbel jetzt in zureichender Menge. Die Tischlerei fabriziert Möbel nach einem Standardtypus, sehr praktisch. Jede Familie wird bald darüber reichlich verfügen. Es gibt genügend Gardinen, Teppiche und Tapeten, um diese Quartiere angenehm zu machen.

Bettzeug ausreichend; die Überzüge können regelmäßig gewechselt werden, die Wolldecken sind ausgezeichnet." 23) S. 313

Beeindruckt war **Rossel** von den Kinderheimen, der vierteljährlich durchgeführten Desinfektion der bewohnten Räume, "*obwohl es gegenwärtig kein Ungeziefer gibt*".

23) H.G. Adler, "Die verheimlichte Wahrheit -- Theresienstädter Dokumente", Tübingen 1958.

23a) Man vergl. jedoch Nachträge in ***HT*** Nr. 100, S. 10 - 13.

H.G. Adler hält dem einen nicht näher bezeichneten "Tätigkeitsbericht des Referates Anstaltsfürsorge" vom selben Besuchsmonat Juni 1944 über die Zustände im "Krankenhaus E IIIa" entgegen, demzufolge dort eine unerträgliche Wanzenplage geherrscht habe. Warum bleibt er unpräzise und verweist auf etwas Anonymes?

H.G. Adler hat offensichtlich nicht eruiert, ob dieser "Tätigkeitsbericht" authentisch und zeitgerecht verfaßt, von jemandem bestätigt worden war und objektiv die tatsächlichen Verhältnisse sachgerecht geschildert hat oder nicht. Eine Überprüfung und Berichterstattung hierüber wäre schon aus dem Grund unerläßlich gewesen, weil es sich hier um die Aussage eines im Krieg parteiisch eingestellten, ja betroffenen Verfassers gehandelt haben dürfte, der zudem nur mit einem Satz zitiert wird. Kein ernsthafter Historiker kann eine so unfundierte Darstellung zum geschichtlichen Faktum erklären.

Der neutrale IRK-Delegierte **Dr. Rossel** hielt auch die Ernährung für gut:

> "Ins Ghetto kommen sogar manche Sachen, die man fast unmöglich in Prag finden kann. Wir schreiben diesen Umstand der Tatsache zu, daß die von der SS-Kommandantur beglaubigten Aufträge befriedigt werden, um sich nicht der Gefahr auszusetzen, SS-Behörden unzufrieden zu stellen."

H.G. Adler zitiert den IRK-Delegierten weiter: Es habe den Bewohnern freigestanden, sich ihr Essen privat zuzubereiten, doch würden jene der Kasernen und Baracken vielfach "*die sehr geräumigen Kantinen*" vorziehen, "*wo es wie in jedem Restaurant zuginge*". **Dr. Rossel** habe auch die Fleischerei, Bäckerei und die Gärten gelobt, die "*ein Maximum von Grüngemüse liefern*", ebenfalls die reichlich ausgestatteten Läden für Kleider, Schuhe und die Wäscherei.

Seltsam stößt die Formulierung von **H.G. Adler** auf, als habe es in ganz Theresienstadt nur eine Fleischerei, eine Bäckerei und eine Wäscherei gegeben. Gleichermaßen eigenartig ist, daß er sich selbst darüber nicht gewundert habe. Was soll die Erwähnung einer guten Fleischerei, Bäckerei und Wäscherei, wenn sie doch total unzureichend sein müßten, eine über 35.000 - 40.000 Menschen umfassende Bevölkerung zu versorgen? [23b] Dieser Umstand wäre für eine Berichterstattung doch viel gravierender, als der Hinweis auf den Zustand eines Einzelbetriebes! Daher erweist sich die Servierung nur von zusammenhanglosen Einzelpassagen aus dem **Dr. Rossel**-Bericht, die zu überprüfen der Leser nicht in der Lage ist, als eine äußerst fragwürdige Methode zur historischen Aufklärung. -- Selbst die jüdische Enzyklopädie bestätigt: in Theresienstadt

"*gab es ein umfassendes Programm kultureller Aktivitäten, wozu mehrere Orchester, eine Oper, eine Theatergruppe sowie Kabaretts gehörten, Vorlesungen und Seminare wurden abgehalten, eine Bibliothek mit 60.000 Büchern wurde eingerichtet.*" [23b]

Anschließend seien die Arbeits- und wirtschaftlichen Verhältnisse zur Sprache gebracht worden, in welcher Form verschweigt uns **H.G. Adler**. Über den Postverkehr vermerkte **Dr. Rossel** widersprüchliche und seiner Meinung nach auch unkorrekte Auskünfte.

> "Der Postdirektor sagt uns, daß es keine Beschränkung in der Anzahl von Karten und Briefen gibt. Wir wissen dennoch,daß die Postverbindung mit der Außenwelt schlecht ist; auch die dänischen Delegierten sagen uns, daß die Postverbindungen mit Theresienstadt beklagenswert sind. Der Postdirektor kann uns keine befriedigende Auskunft über diesen Stand der Dinge erteilen. ...
>
> Man kann dem Judenältesten jede beliebige Anfrage nach Adressen schicken. Er sagt uns, er habe die Freiheit zu antworten, ob sich die betreffenden Personen im Ghetto befinden. Wir haben ihm die Namensliste übergeben, die uns das IRK mitgeteilt hat. Nach Versicherung Herrn **Eppsteins** werden wir die Antwort bald erhalten." [23) S. 314]

Anschließend verwies **Dr. Rossel** auf "*besonders zufriedenstellend erscheinende sanitäre Verhältnisse*".

> "Es gibt sicher selten Bevölkerungen, die [medizinisch] so überwacht sind wie die von Theresienstadt."

In der Tat hatte die jüdische Verwaltung in Theresienstadt einer vorangegangenen hohen Sterbequote infolge von Seuchen entgegenwirkend

"*Ende 1943 ein Netz von Hospitälern mit 2.161 Betten aufgebaut und begann mit regelmäßigen medizinischen Vorsorgeuntersuchungen und mit Impfungen gegen ansteckende Krankheiten.*" [23b]

Dr. Rossel kritisierte aber auch die Lebensbedingungen für das Familienleben infolge der Überfüllung des Lagers. Ihm wurde nicht verheimlicht, daß im Lager geschlossene Ehen nach deutschem Recht nicht anerkannt würden.

> "Der Judenälteste beschloß und die SS-Polizei autorisierte die freiwillige Fruchtabtreibung. Auf einfaches Ersuchen der Frau hin wird die Abtreibung von Gynäkologen durchgeführt. Übrigens werden empfängnisverhütende Mittel ohne Schwierigkeit zur Verfügung gestellt. Jeder Frau, die ihr Kind pflegen will, steht es selbstverständlich frei, dies zu tun. ... Die Erziehung wird gleichfalls sehr sorgfältig in Klassen zu 4 bis 5 Schülern nach den modernsten pädagogischen Methoden durchgeführt."

H.G. Adler erwähnt anschließend eine "*Bemerkung über die jüdische Polizei und das Gerichtswesen*", doch leider vermeidet er auch hier konkret mitzuteilen, ob denn die Bemerkung positiv oder negativ ausgefallen war. Offenbar hat sich **Dr. Rossel** über die jüdische Polizei ebenso positiv geäußert wie über das Gerichtswesen, von dem selbst **H.G. Adler** durchblicken läßt, daß die IRK-Delegation an einer Gerichtsverhandlung hatte teilnehmen können und den Eindruck gewann, daß es hier zuginge wie in anderen Ländern auch. Danach sei der Bericht mit der "Zusammenfassung" abgeschlossen worden.

H.G. Adler gestand in der Einleitung seines Buches zu, daß im Juni 1943 Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes "*einen wertvollen Beitrag zur Teilerkenntnis der Wahrheit leisteten*".[23) S. 5] Er bestätigte auch, daß sich **Dr. Rossels** Angaben "*in den Hauptzügen mit den Berichten von **Hyass** und **Henningsen** decken*" (zwei dänische IRK-Delegierte)[23) S. 313] und "*den Delegierten des IRK ein bis ins letzte Detail genau vorbereitetes und einstudiertes Programm in T geboten wurde*".[23) S. 307] Zwei Seiten danach verstieg er sich

23b) Eberhard Jäckel, Peter Longerich, Julius H. Schoeps (Hrsg,) (Original in Israel erarbeitet), "Enzyklopädie des Holocaust -- Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden", Bd. II, Aron Verlag o.J. + o.O., S. 1402 - 1407.
-- Die Belegzahlen von Th. schwankten erheblich. Hier ist von einer Belegstärke im Sept 1942 = 53.004 die Rede, im Herbst 1944 von 11.068.

jedoch ohne Beweisführung in den Vorwurf, der Bericht sei "*weitgehend teils falsch, teils irreführend und verrät nicht, auf welchen Grundlagen er aufgebaut ist*". Er sei "*ohne Studium erreichbarer Unterlagen, aber auch der Gesamtverhältnisse*" verfaßt, die meisten Angaben seien unzutreffend.

"*Eine vierteljährliche obligatorische Desinfektion gab es nie, und gewöhnlich wurde monatelang vergeblich um eine Desinfektion verwanzter Räume angesucht.*" [23) S. 316]

Es muß demnach doch wohl Desinfektionen gegeben haben, denn "*monatelanges Ansuchen*" widerspricht nicht unbedingt vierteljährlicher Durchführung. Stets mögen Unzufriedene 2 Monate protestierend gewartet haben. Wo lag nun hier wieder die "Schuld", -- bei den Deutschen, der jüdischen Verwaltung oder den Bewohnern selbst, die es an Selbsthilfe haben fehlen lassen? Für **H.G. Adler** waren die Deutschen schuld, die sich mitten im Krieg in erster Linie darum hätten kümmern müssen.

Auch der nachfolgende Einwand von **H.G. Adler** muß nicht unbedingt stimmen:

"*Die Anfragen des IRK nach dem Aufenthalt bestimmter Personen wurden nie beantwortet und kamen beim IRK-Besuch vom 6. April 1945 erneut zur Sprache.*"

Man müßte die Protokolle dieser Einlassung überprüfen, um feststellen zu können, ob es sich um die früheren oder spätere Anfragen handelte. Aus dem Buch von **H.G. Adler** ist das nicht zu ermitteln.

Auch die weiteren Behauptungen stellt **H.G. Adler** beweislos in den Raum: Herr **Eppstein** habe über die künstliche Abtreibung falsche Auskünfte erteilt. Genau Gegenteiliges sei richtig. Was das heißen soll, läßt **H.G. Adler** offen. Der Beweis- und Erläuterungsvermerk: "*s. 16. K*", der wohl als Hinweis auf das 16. Kapitel zu deuten wäre, erweist sich als nicht ermittelbar, denn das 16. Kapitel befaßt sich mit ganz etwas Anderem.

Dieser verworrene, ins Nichts führende "Beweishinweis" ist nicht der einzige in diesem Buch, der die Wahrheitsfindung so schwierig macht und an dem Willen für echte Aufklärung zweifeln läßt.

Ebenso unerfreulich steht es um die Behauptung **H.G. Adlers**, Herr **Eppstein** habe **Dr. Rossel** in bezug auf die Verhütungsmittel belogen, denn -- so **H.G. Adler** -- es wurden solche "*nie verteilt, hingegen stets aus dem Gepäck Ankommender beschlagnahmt*". Auch hier verweigert der Autor die Beweisführung und geht nicht der Frage nach, warum der Judenälteste den IRK-Delegierten ausgerechnet in einer solchen Angelegenheit belogen haben sollte, woraus allenfalls gefolgert werden könnte, als sei den Deutschen an mehr jüdischen Kindern gelegen gewesen. Die gleiche Frage stellt sich beim von **H.G. Adler** in Abrede gestellten legalen Unterricht für Kinder, der "*immer unmöglich*" gewesen sei,[23) S. 316] obgleich sich doch deutsches Überwachungspersonal gar nicht in Theresienstadt aufgehalten hat und Unterricht legalisiert war.

Die Kritik **H.G. Adlers** an der den IKRK-Delegierten auferlegten Geheimhaltungspflicht ist gänzlich unangebracht, denn gerade sie gewährleistete eine neutrale Berichterstattung in Kriegszeiten und entsprach den Gebräuchen, die es dem IKRK ermöglichte, überhaupt zwischen den Fronten tätig sein zu können.

War der Leser nun in Spannung versetzt, was denn Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes im Juni 1943 an "*Wertvollem zur Teilerkenntnis der Wahrheit in Theresienstadt*" beigetragen haben,[23) S. 5] so wird man auf eine bis dahin unveröffentlichte "*Aktennotiz*" von **Gerhart Riegner**, dem Repräsentanten des Jüdischen Weltkongresses in Genf, verwiesen. Dieser habe von einem gerade aus Berlin zurückgekehrten Vertreter des IKRK -- Herrn **André de Pilar** --, gehört, was dieser von aus Theresienstadt heimgekehrten DRK-Mitgliedern -- es soll sich um den Chef des DRK-Auslandsdienstes **Hartmann** handeln -- gehört habe. **Prof. Favez** begnügte sich damit, das Gehörte als "*düstere Eindrücke*" zu beschreiben.[6) S. 146]

H.G. Adler wußte darüber mehr: "*wertvolle Teilerkenntnis*" sei, daß die Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes, die sich im Juni 1943 für 2 Tage in Theresienstadt aufgehalten hatten, "*bestürzt*" gewesen seien, -- obgleich "*die ns-Desinformationspropaganda*" genau Gegenteiliges verkündete.[6) S. 206] Zwei Drittel der 43.800 Juden seien mit Arbeiten beschäftigt, ein Drittel sei völlig arbeitsunfähig. Das Durchschnittsalter betrage 60 Jahre.

"*Die Lage im Ghetto sei grauenhaft, es fehle an allem. Die Leute seien furchtbar unterernährt, die medizinische Hilfe sei völlig ungenügend. Die Wohnungsverhältnisse seien grauenhaft...*

Immerhin sei die innere Organisation des Ghettos so, daß getan wird, was getan werden könne. Es gebe öffentliche Küchen, Kinderheime, Spitäler. In der Stadt seien auch einige Läden, wo man einiges kaufen kann. Im Ghetto selbst zirkuliert ein besonderes Ghetto-Zahlungsmittel ...

Sämtliche Liebesgabensendungen seien in Theresienstadt eingetroffen. Die Pakete aus Portugal kämen gut an und würden ausgeliefert. ...

Außer den Päckchen aus Portugal und den kollektiven Sendungen kämen dauernd in Theresienstadt [monatlich ungefähr 3.000] Pakete aus dem Protektorat an. ..." [23) S. 305]

Die Herren des Deutschen Roten Kreuzes seien sehr hilfsbereit und beschämt gewesen. Ihren eigenen Bericht, den **H.G. Adler** gekannt haben dürfte, da er ihm ja "*wertvolle Teilerkenntnisse*" vermittelt habe, hat er dem Leser leider vorenthalten, ebenfalls freilich auch die von den Deutschen 1939 in Theresienstadt vorgefundenen Lebens- und Wohnverhältnisse.

Am 23.6.1944 haben neben **Dr. Rossel** auch 2 Dänen -- Vertreter der dänischen Regierung und der dänischen Rot-Kreuz-Gesellschaft --, die sich um ihre 400 kürzlich nach Theresienstadt verbrachten jüdischen Landsleute kümmerten, Theresienstadt besichigt. Leider erfuhr man auch bei **Prof. Favez** nichts von ihren Eindrücken außer der Behauptung, daß sie 100 ihrer gesuchten Personen vermißten.[6) S. 207] Dieser Vorwurf war "*augenblicklich*" vom Leiter des IKRK-Judenreferats, **Johannes E. v. Schwarzenberg,**

"*angezweifelt worden, der unwissentlich dieselbe Skepsis an den Tag legte, wie der schweizerische Konsul in Prag nach seiner Begegnung mit **Rossel**.*" [6) S. 207]

H.G. Adler hingegen gesteht, daß die Berichte der Herren **Frants Hyass** und **Juel Henningsen**

"*sich in den Hauptzügen mit den Angaben **Rossels** decken, doch unterscheidet sich **Rossels** Ton und Anschauung mitunter erheblich*".[23) S. 313]

IKRK-Besuch in Auschwitz 1944

Der IKRK-Delegierten-Bericht von **Dr. Maurice Rossel** über einen "*Besuch beim Kommandanten des Lagers Auschwitz im September 1944*" (28.9.1944) ist es wert, hier zitiert und analysiert zu werden:

"Entlang den Straßen, besser gesagt den Wegen, die von Teschen nach Auschwitz führen, sind wir auf Männer- und Frauengruppen in der gestreiften Kleidung der Konzentrationslager gestoßen, die von SS eskortiert waren. Es handelt sich um kleine Kommandos (Arbeitskommandos). Diese werden je nach Bedarf mal in der Landwirtschaft, mal in Bergwerken eingesetzt.

Die Leute haben trotz der Arbeit in frischer Luft alle eine bleiche aschgraue Gesichtsfarbe. Sie marschieren im Gleichschritt und in Viererreihen. Die Wachen, Karabiner unterm Arm, gehören den SS-Totenkopf-Verbänden an. ...

Schließlich erreichen wir Auschwitz und werden -- nachdem wir die nötige Geduld aufgebracht haben -- in das Innere des Konzentrationslagers eingelassen. Vom Lager selbst bemerken wir nur 6 oder 8 sehr große Kasernenbauten aus roten Ziegelsteinen. Diese Gebäude scheinen neu zu sein; sämtliche Fenster sind vergittert. Eine Mauer aus Betonplatten umgibt das Lager, und zwar eine sehr hohe Mauer, die mit Stacheldraht versehen ist.

Gespräch mit dem Kommandanten. Wie in Oranienburg, so sind auch hier die Offiziere gleichzeitig liebenswürdig und zurückhaltend. Jedes Wort ist wohlüberlegt. Man fühlt buchstäblich die Furcht, auch nur die geringste Information preiszugeben.

1) Die Verteilung der vom Komitee vorgenommenen Sendungen scheint zulässig und sogar durch einen für alle Konzentrationslager allgemein gültigen Befehl geregelt zu sein.

2) Der Kommandant sagt uns, daß die persönlich an einen Häftling gerichteten Pakete stets vollständig ausgehändigt werden.

3) Für jede Nationalität gibt es Lagerälteste (Franzosen, Belgier; eine weitere Nationalität wird nicht angegeben, aber sicher sind noch mehrere andere vorhanden).

4) Es gibt einen »Judenältesten«, der für die Gesamtheit der inhaftierten Juden zuständig ist.

5) Die Lagerältesten sowie der »Judenälteste« dürfen Sammelsendungen empfangen. Diese Sendungen werden von ihnen ungehindert verteilt. Ankommende, persönlich adressierte Pakete, deren Empfänger im Lager unbekannt sind, werden dem Lagerältesten der betreffenden Nationalität übergeben.

6) Die Verteilung der vom Komitee durchgeführten Sendungen scheint uns gesichert. Zwar besitzen wir keinen Beweis, haben aber den Eindruck, daß der Kommandant die Wahrheit sagt, wenn er behauptet, daß diese Verteilungen regelmäßig vorgenommen werden und jeder Diebstahl hart bestraft wird.

Wir hoffen, Ihnen bald Namen, Vornamen und Nummern von Häftlingen in Auschwitz sowie ihre Staatszugehörigkeit angeben zu können, denn ein Kommando britischer Kriegsgefangener arbeitet in einem Bergwerk in Auschwitz und hat Kontakt mit diesen Leuten.

Wir haben den Hauptlagerältesten in Teschen gebeten, sein möglichstes zu tun, um vom Lagerältesten des Auschwitzer Kommandos alle erforderlichen Auskünfte zu erhalten.

Spontan hat uns der britische Hauptlagerälteste von Teschen (Cieszyn) gefragt, ob wir über den »Duschraum« informiert seien. Tatsächlich kursiert ein Gerücht, daß sich im Lager ein sehr moderner Duschraum befindet, in dem die Häftlinge massenweise vergast würden. Der britische Lagerälteste hat durch Vermittlung eines Kommandos von Auschwitz versucht, eine Bestätigung dieses Tatbestandes zu erhalten. Es war unmöglich, etwas zu beweisen. Die Häftlinge selbst haben nicht darüber gesprochen.

Wieder einmal haben wir beim Verlassen von Auschwitz den Eindruck, daß das Geheimnis gut gewahrt bleibt. Wir nehmen jedoch die Gewißheit mit, daß die Sendungen in größtmöglicher Menge und schnellstens erfolgen müßten. Sagen wir es noch einmal: wir glauben, daß alles, was geschickt wird, den Häftlingen vollständig ausgehändigt wird."
8) S. 91 - 92 + 6) S. 143 - 145

Ein recht seltsamer und gewiß nicht unvoreingenommener Bericht! Er verweist auf ein "Geheimnis, das gewahrt geblieben ist", ohne daß der Verfasser darüber überhaupt das geringste weiß und ohne daß er sich bemüht hätte, darüber etwas in Erfahrung zu bringen.

Der Titel verweist auf einen "*Besuch beim Kommandanten*", obgleich er eine eingehende Besichtigung des bei Auschwitz befindlichen Lagers für britische Kriegsgefangene und Direktoren der IG-Farbenindustrie hinter sich hatte, die der Verfasser lediglich andeutete.

Der ehemalige Abteilungsleiter der Gefolgschafts- und Lagerangelegenheiten, **Helmut Schneider**, sagte später -- am 14. April 1948 -- als Zeuge vor dem us-amerikanischen Militärtribunal im "IG-Farben-Prozeß", Nürnberg, aus:

"*Eine IRK-Kommission hat das englische Kriegsgefangenenlager sehr eingehend besichtigt, alle Einzelheiten geprüft. Es hat mehrere Stunden gedauert, der ganze Vorgang. Bei der Schlußbesprechung wurde ich dann mit zugezogen, und der Führer dieser Schweizer Kommission hat mir dann als Vertreter der IG die Erklärung abgegeben, daß die Kommission unter dem Eindruck stehe, sie habe das beste Gefangenenlager, englische Kriegsgefangenenlager, das sie überhaupt bisher gesehen haben, vor sich gehabt. Wir haben Worte erfreulicher Anerkennung erhalten von dieser Kommission.*

Es wurde ein Punkt, das weiß ich noch, -- ein Punkt wurde moniert, wenn es überhaupt ein Monitum hat sein sollen. Es betraf die Art, wie das Bier ausgegeben wurde in dem Gefangenenlager, es sollte also, glaube ich, nur durch die Engländer selbst verteilt werden oder dergleichen mehr. Ich konnte dann dem Delegationsführer sagen, daß dasselbe schon von uns aus wenige Tage vorher selbst veranlaßt worden war und daß das Monitum damit hinfällig war. ..." 24) S: 208

Dr. Rossel begnügte sich seinem Bericht zufolge mit den Auskünften des Kommandanten. Die Lebensverhältnisse im Stammlager oder in Birkenau schienen ihm weder eine Frage noch eine Inspektion wert. Dabei dürfte er gewiß vom Komitee beauftragt gewesen sein, **überprüfte Faktenerkenntnisse und nicht nur offizielle Auskünfte und "*Eindrücke*" zu übermitteln.**

Auch wären seine Vorgesetzten in Genf sicherlich eben-

24) Udo Walendy (Hrsg.), "Auschwitz im IG-Farben-Prozeß -- Holocaustdokumente?", Vlotho/Weser 1973.

falls an einer Aufklärung darüber interessiert gewesen, wie der den Kommandanten in Auschwitz besuchende Delegierte plötzlich ins Gespräch mit britischen Kriegsgefangenen kommen konnte, also offenbar doch genehmigt bekommen hatte, zumindest einige Häftlingsgruppen ungehindert zu befragen und auch im Gespräch bleiben zu können, erwartete er doch von ihnen noch nähere Auskünfte. Warum verschwieg der Delegierte diese Einzelheiten und erwähnte statt dessen das Gerücht über den "*modernen Duschraum, in dem die Häftlinge massenweise vergast würden*", **für das er keine Beweise, statt dessen Unkenntnis bei den Häftlingen vorfand, obgleich ein Kommando Auskünfte aus Auschwitz vermitteln konnte. Dr. Rossel** vom IKRK muß offensichtlich auch andere englische Kriegsgefangene, möglicherweise auch KZ-Häftlinge auf den "*modernen Duschraum*" und dessen "verbrecherische Verwendung" hin angesprochen haben, **denn sonst hätte er nicht gewußt, daß diese keine Kenntnis hatten, bzw. "*nicht davon sprachen*".**

Diese Aussage der britischen Kriegsgefangenen in Auschwitz laut Bericht von **Dr. Rossel** ist für die Beurteilung der Nachkriegsversionen über den "*Duschraum*" von Bedeutung. Das Gerücht bezog sich zweifellos auf den modernen "Sauna"-Komplex in Birkenau und nicht auf eine Mehrzahl "Duschräume" in den Krematorienkellern, die erst nach Kriegsende als "Vergasungskeller" bezeichnet wurden.

Von insgesamt 1.200 britischen Kriegsgefangenen dort hat die US-Anklage im IG-Farben-Prozeß 1947/1948 nur 10 ihrer Affidavits berücksichtigt, die zudem alle ein und derselbe Interrogator zusammengestellt hat.[24) S. 381] Ihre "Aussagen" liefen sämtlich darauf hinaus, daß ausländische Arbeiter, zuweilen sogar britische Kriegsgefangene, während des Krieges Ausgang hatten und sich im Umkreis bis zu 30 km frei bewegen konnten und deshalb "*alles wußten, was geschah*".[24) S. 197, 198 + 244]

Der Direktor und Bauleiter des IG-Farben-Werkes Auschwitz, des KL Monowitz und Chefingenieur der Leuna-Werke, **Dr. Walter Dürrfeld**, sagte am 16.4.1948 im IG-Farben-Prozeß als Zeuge aus:

"Die Polen, die ja ungefähr den 3. Teil unserer Baubelegschaft ausmachten, wohnten überdies zu einem großen Teil zu Hause oder aber wohnten nur in der Woche in unseren Lagern. Sie fuhren jeden Sonntag nach Hause, und sämtliche Fremdarbeiter konnten in ihrer Freizeit tun, was sie wollten. Es ist ja vom Zeugen ***Schneider*** *bereits gesagt worden, daß Beschränkungen in der Bewegungsmöglichkeit nur begrenzt und zeitweilig bestanden haben, und die waren nicht auf die Initiative des Werkes zurückzuführen, sondern auf amtliche Bestimmungen. ... Ich habe sonntags unsere Fremdarbeiter sowohl beim Spaziergang in den Wäldern der Umgebung von Auschwitz getroffen, als auch in den Städten Oberschlesiens, in Kattowitz oder Beuthen oder Gleiwitz usw."* [24) S. 244]

Kein einziger der Führungskräfte des IG-Farben-Werkes in Auschwitz hatte während des gesamten Krieges irgendwelche Kenntnis von den nach Kriegsende behaupteten Massenverbrechen in Auschwitz.[24) S. 256, 271, 276, 283, 384] Sie hatten sich für ihre 32.000 Beschäftigten, davon 3,5% im Häftlingseinsatz,[24) S. S. 210] um beste Arbeitsbedingungen bemüht und konnten sich darauf berufen, keine Streiks, keine Sabotage erlebt, nicht einmal ernst zu nehmende Berichte über irgendwelche Untaten zugetragen bekommen zu haben. Sie wußten von großen Krankenrevieren mit modernen Operationseinrichtungen, von einem technisch gut ausgestatteten Desinfektionskomplex in Birkenau ("Sauna"! genannt), auch von Kläranlagen und Kulturveranstaltungen in den Lagern,[24) S. 120, 145, 146, 190, 195, 207, 244] deren Häftlinge in der Materialversorgung sogar mit Breslau und Berlin telefonieren konnten.[24) S. 169]

Die Franzosen lebten bei Auschwitz völlig eigenständig mit eigener Lagerführung.

"Dieses [französische] [Arbeits-]Lager war jedenfalls eines derjenigen, welches am meisten durch andere Stellen besichtigt worden ist." [24) S. 197]

Im Gegensatz zu der überwältigenden Vielzahl der seinerzeit in Auschwitz Beschäftigten, KL-Insassen und deutsche Soldaten inbegriffen, "bezeugten" ausgewählte englische Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge, Antifa-Aktivisten und dann die Umerzieher mit ihrem Gefolge nach Kriegsende, "*alle, auch die Zivilbevölkerung, im Umkreis von Auschwitz hätten um die Massenmorde und Vergasungen gewußt*". So seien zwischen Mai und Juni 1944 = 400.000 Menschen vergast,[24) S. 57] 1.000 Leichen in einer Stunde "*nach deutscher Methode*" zu Asche verbrannt.[24) S. 58)] "*im März und April 1944 täglich 10.000 vergast*" worden.[24) S. 97] Wahrlich ein schauerlicher Kontrast, den der IKRK-Delegierte nicht bemerkt hatte.

Einer dieser "Zeugen", der ehemalige britische Kriegsgefangene **Joseph Coward**, sagte am 13.11.1947 vor dem US-Tribunal in Nürnberg aus:

"Verteidiger ***Dr. Seidl (F)****:*

Habe ich richtig verstanden, daß Sie die Gaskammern in Monowitz gesehen haben?

A: Nicht in Monowitz, nein, sondern wo der Bahnhof war in Auschwitz. ...

F: Sie waren jeden Tag in die Stadt gegangen, und die Leute in der Stadt, die SS-Männer, die KZ-Häftlinge und Fremdarbeiter hätten ihnen alle erzählt, daß Tausende in Auschwitz vergast würden? ...

A: Ich hatte das Vorrecht, viele Kommandos zu besuchen; als ich in Auschwitz war, konnte ich immer nach Auschwitz zu dem Zweck gehen, um, soweit es möglich war, einige Rasierklingen oder Schuhwichse zu kaufen. Was ich tun mußte, war, mich im Wachtzimmer des Lagers VI oder VIII zu melden, um eine Wache zugeteilt zu erhalten. ...

F: Halten Sie es für möglich daß der betreffende Posten, der Ihnen sagte, das wären die Gaskammern, Sie belogen hat?

A: Ich glaube nicht. Ich glaube, daß jedermann, mit dem ich in Berührung kam, wußte, was vor sich ging. ...

F: Wie sind Sie behandelt worden?

A: Ich selbst, als Kriegsgefangener, ziemlich gut. ... Ich beschwere mich über die Behandlung, die den britischen Kriegsgefangenen zuteil wurde, nicht. ...

Zweimal hatten wir Mitglieder der Schweizer Delegation zu Besuch im Lager VIII und ebenso im Lager VI ..." [24) S. 120 - 131]

Schon im IG-Farben-Prozeß war es klar: Weder gab es eine "*Gaskammer am Bahnhof*" Auschwitz noch in "*dem modernen Duschraum*" in Birkenau. Die nachgeschalteten Geschichten derer, die als "*Angehörige der Sonderkommandos*" oder sonst als Häftlingszeugen auftraten und das Geschichtsbild vom KZ Auschwitz prägten, lauteten ganz anders.

Zurück zum IKRK-Delegierten **Dr. Rossel**:

Warum hat er nicht vom Kommandanten darüber Aufklärung verlangt und darauf bestanden, sich diesen *"modernen Duschraum"* zeigen zu lassen? Der Kommandant hätte gewiß die Gelegenheit gern aufgegriffen, **Dr. Rossel** die »Sauna« genannte Anlage mit umfangreichen Duschen zur Reinigung der Häftlinge sowie angrenzend moderne Anlagen zur Sachentwesung vorzuführen, handelte es sich doch hier zweifellos um ein Renomee-Stück des Lagers Birkenau. Kein späterer "Holocaust-Zeuge" hat diese "Sauna" in Verbindung mit "Vergasungen" gebracht!

Der britische Hauptlagerälteste verdankte das vorgenannte Gerücht offenbar der BBC aus London. Es bezog sich auf **einen** *"modernen Duschraum"* und nicht auf mehrere *"Duschräume in den Kellern der Krematorien"*, wie das nach dem Krieg üblich geworden ist.

Da der Besuch der IKRK-Delegation im Jahr 1944 stattgefunden hat, und das Gerücht erst kurz zuvor in die Welt gesetzt worden war, konnte es sich nur auf die "moderne Sauna" bezogen haben, denn Krema I im Stammlager hatte keine "Dusche" und nach offizieller Lesart ohnehin "seinen Betrieb" im Februar 1943 eingestellt.[25)]

Weder dieser IKRK-Delegierte noch irgend jemand anders aus den Reihen des Rote-Kreuz-Hilfswerks ist jemals wieder auf dieses "Gerücht" mit einer Nachfrage oder Demarche zurückgekommen.

Der abschließende Hinweis des Delegierten:

"Wieder einmal haben wir beim Verlassen von Auschwitz den Eindruck, daß das Geheimnis gut gewahrt bleibt",

belegt zwar -- wenn er nicht nur eine Alibi-Floskel für spätere Zeiten sein sollte --, daß Delegierte des IKRK Auschwitz schon zuvor aufgesucht haben, doch keinerlei Anzeichen für völkerrechtswidriges Verhalten, also auch keine merkwürdigen Gerüche und Rauchwolken, verängstigte Häftlinge, bemerkt hatten, obgleich sie anscheinend mißtrauisch gewesen seien. Die Auskünfte des liebenswürdigen Kommandanten vermittelten **Dr. Rossel** die Gewißheit, daß nicht nur zugesandte Hilfslieferungen *"vollständig ausgeliefert"* werden, sondern die Häftlinge auch noch beim Eintreffen zukünftiger Pakete am Leben sein werden.

Nachkriegsanalytiker **Prof. Favez** schildert, wie **Dr. Rossel** nach seinem Aufenthalt in Auschwitz die KL in Oranienburg und Ravensbrück aufgesucht hat und dort *"von Vergasungen in Auschwitz hörte"*. Offenbar konnte er hier ungehindert mit Häftlingen sprechen, deren schauerliche Geschichten er angeblich in einer *"vertraulichen Notiz vom 14.10.1944"* zu Papier gebracht hat, auf die **Prof. Favez** jedoch in einer Weise aufmerksam machte, als handele es sich dabei um eine Wiedergabe von Tatbeständen, nicht von Hörensagen, und als habe **Dr. Rossel** sich diese zu eigen gemacht und damit vor dem IKRK bestätigt.[6) S. 145 - 146] Wie sollte er jedoch in Oranienburg und Ravensbrück Fakten von Auschwitz "ermittelt" haben können, wenn er diese am "Tatort" selbst nichts vorgefunden hatte?

Was wußte das IKRK von Auschwitz?

> ***"Die Konzentrationslager im Osten waren gleichfalls nicht hermetisch verschlossen. Im Frühjahr 1944 gingen etwa 450 Empfangsbestätigungen aus Auschwitz ein. ...***
>
> ***Die Sonderhilfsabteilung wußte tatsächlich nicht, ob es sich dabei um ein Konzentrationslager oder um ein Arbeitslager gehandelt hat.***
>
> *Bekannt war dagegen, daß dort Juden waren. Daher wurde **Marti** zur Vorsicht gemahnt* (von wem und warum eigentlich, blieb offen, -- d. Verf.), *aber auch gebeten an Ort und Stelle Erkundigungen einzuziehen, was jedoch erst Ende September durch **Rossel** erfolgen konnte."* [6) S. 242]

Wenn das also wahr ist, daß die *"Sonderabteilung tatsächlich nicht wußte, ob es sich bei Auschwitz um ein KZ oder ein Arbeitslager gehandelt habe"*, -- wie hätte sie dann Näheres über interne Vorgänge dort in Erfahrung gebracht haben können?

Das IKRK erhielt bis zur Evakuierung vieler Insassen aus Auschwitz Ende 1944 von dort *"große Mengen Post"*, im Frühjahr 1944 bereits 450 Empfangsbestätigungen.[6) S. 242]

"Erst in der letzten Phase des Krieges gelangten Pakete in kleinen Mengen in gewisse Lager im Osten, zum Beispiel nach Auschwitz." [6) S. 315]

"Große Mengen Post" für *"kleine Mengen Pakete"*?

Auch hier endeten die Bemühungen des Roten Kreuzes abrupt mit der Besetzung dieses Lagers durch die Sowjets. Jedoch wurden weiterhin an ehemalige Insassen von Auschwitz, die in andere Lager, wie Buchenwald oder Oranienburg, gebracht worden waren, Lebensmittelpakete geschickt. Keine der zahlreichen Briefsendungen von Auschwitz-Häftlingen, die dem IKRK zugegangen waren, enthielt offensichtlich Andeutungen über Massenmorde in jenem Lager. Dies dürfte sicherlich nicht nur auf die Zensur zurückzuführen sein, denn viele Nachrichten fanden selbst nach Auskunft des IKRK ihren Weg nach Genf auf unkontrolliertem Wege.

Erinnert sei daran, daß das IKRK

"seine Tätigkeit auch im Generalgouvernement hatte ausweiten können. ...

Es gab die ihm anvertrauten Lebensmittel und vor allem Medikamente nach einem Verteilungsschlüssel aus, der auch die Juden innerhalb und außerhalb der Ghettos erfaßte. Es überwachte bis zu einem gewissen Grade die Lebensmittelverteilungen des DRK und erhielt Empfangsbestätigungen von der »Jüdischen Unterstützungsstelle« in Krakau." [6) S. 247]

Diese "Jüdische Unterstützungsstelle" (JUS) mußte indessen im *"Dezember 1942"* ihre Tätigkeit einstellen.[6) S. 311] Sie wurde wiedereröffnet, doch dies sei eine *"Lüge der Nazipropaganda"*.[6) S. 251] Wenig später straft sich **Prof. Favez** selbst Lügen: Sie stellte ihre Tätigkeit erst im *"Mai 1943"* ein.[6) S. 249]

---

25) Vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 50, S. 23 ff + 43.

Auch nicht richtig:

"1944 erfolgten zunehmend Hilfssendungen für die Zivilbevölkerung. Die Berichte des Polnischen Roten Kreuzes vermerkten einen Anteil für die Juden, die Wiederaufnahme der Tätigkeit der JUS, verschiedene Sendungen nach Krakau." 6) S. 312

Prof. Favez rettet sich über diese Widersprüche mit der unbewiesenen Behauptung hinweg: Diese Angaben seien *"wenig glaubwürdig"*. Fertig.6) S. 313

"Auch davon gewußt zu haben", bekannten sich IKRK-Angehörige bis Kriegsende nie! Sie haben auch kein einziges Dokument hinterlassen, das ihnen solches Wissen nachweisen würde!

IKRK-Präsidentin **Cornelia Sommaruga**, die im Nachwort das 1988 erschienene Buch von **Prof. Favez** als eine *"beachtliche Forschungsleistung mit einer Bilanz so erschöpfend wie möglich und das bisher vollständigste Nachschlagewerk"* bezeichnet hat, stellte indessen ebenso klar fest:

"Es scheint uns nicht genügend geklärt, was das IKRK auf der Ebene seines Führungsgremiums von der »Endlösung« gewußt oder nicht gewußt hat. ...

So kann das IKRK, ausgehend von Ihrem Buch, nicht wirklich die Bilanz dessen ziehen, was es gewußt hat." 6) S. 523 - 527

Sie ergänzte: Es fehlen Unterlagen über Kontakte und Gespräche zwischen den Leitern der Institutionen, speziell zwischen **Max Huber** und **Carl Jacob Burckhardt**. Im übrigen seien die Berichte der Delegierten über Besuche in Zivilinternierungslagern nicht systematisch bearbeitet worden.

Ungeachtet dessen bemühten sich die nachgewachsenen IKRK-Vertreter, den Anschluß an den "internationalen Konsens" nicht zu verlieren und haben sich den allgemein üblich gewordenen Sprachregelungen angepaßt.

Besonders die Gedenkfeiern zur Befreiung von Auschwitz dienten dazu, vom IKRK parteiliche Bekenntnisse zu fordern. Die für das IKRK gebotene Neutralität wurde in die Vergangenheit abgedrängt. Sogar IKRK-Präsidentin **Cornelia Sommaruga** *"versuchte"* am 27.1.1995 in Auschwitz *"zu zeigen, daß sich die Organisation der Schwere (gravity) des Holocaust und der Notwendigkeit voll bewußt sei, die Erinnerung der Lebenden wachzuhalten, um eine Wiederholung zu verhindern."*

Zur Gedenkfeier am 27.1.2005 vermeldete das IKRK im Internet, *"Auschwitz sei als größter Fehlschlag des IKRK in die Geschichte eingegangen"* und vermerkte weiter ohne Begründung und Beweise:

*"Das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau bleibt als mächtiges Symbol für das abscheulichste Verbrechen, das jemals in der Geschichte der Menschheit begangen wurde. Für den Versuch des **Hitler**-Regimes, das jüdische Volk und andere Gruppen wie die Roma mittels Genozid systematisch auszurotten, gibt es keine Parallele. Für eine und eine halbe Million Menschen -- 90% von ihnen Juden -- kennzeichnet Auschwitz die letzte Station eines unaussprechlichen Geschehens (ordeal). Nur 7.500 von ihnen überlebten das Lager."* 26)

Solche Sprüche vereinbaren sich nicht mit Kenntnis der IKRK-Erlebniszeugen, nicht mit IKRK-Akten aus der Zeit bis 1945! Allein die 7.500 Überlebenden waren nur jene, die nicht vor den Sowjets geflohen, vorher entlassen oder in andere Lager überstellt worden waren

Ein neutraler Verantwortungsträger, der über den Zweiten Weltkrieg Auskunft gibt, hätte auf die einmaligen historischen Verbrechen verweisen müssen, wie sie die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki und die Vertreibung der gesamten ostdeutschen Bevölkerung mit 15 Millionen Menschen und über 3,28 Millionen Ermordeten darstellen. Gleichermaßen wäre auf die Genozid-Kriegsziele gegen das deutsche Volk zu verweisen gewesen, die nach Kriegsende 1945 noch über die Vertriebenenopfer hinaus weitere rund 4 Millionen Mordopfer an Soldaten und Zivilisten zur Folge hatten.

Doch hierfür werden keine Gedenkstätten geduldet, keine Gedenkfeiern abgehalten, keine staatlichen Gedenktage eingeführt, statt dessen "Erinnern" kriminalisiert! Das IKRK hätte hier als Mahner zur neutralen Bewertung humanitäre Pflichten zu erfüllen!

IKRK-Besuch bei Berliner Juden 1944

"Berlin, 7. Dezember 1944
Note an die Sonderhilfsabteilung
Zu Händen Herrn **Schwarzenberg**
Betrifft: Fragen der Konzentrationslager und andere.

Reichsvereinigung der Juden:
Ich habe diese Organisation gestern besucht, deren Sitz sich tatsächlich in der Iranischen Straße befindet. Der Portier ist Jude, trägt den Stern, und schon er teilte mir mit, der Zutritt sei mir verboten. Nachdem ich dieses erste Hindernis überwunden hatte, gelang es mir, bis ins Büro des Direktors vorzudringen. Dieser ist gleichfalls Jude, Arzt und leitet das Spital in der Iranischen Straße. Als wir sein Büro betraten, machte er einen terrorisierten Eindruck. Er wiederholte mehrfach, es sei ihm ausdrücklich verboten, mit hausfremden Personen zu sprechen, und er könne uns keinerlei Auskunft geben. Er versicherte uns, die Gestapo würde von unserem Besuch erfahren, den er selbst melden müsse. Dieser Mann schien uns so verängstigt, daß wir ihm versprochen haben, zum Sicherheitshauptamt zu gehen und uns über die Iranische Straße zu erkundigen, wobei wir sagen würden, wir hätten bei den jüdischen Organisationen nichts erreichen können. Ich mußte den Begriffsstutzigen, den Idioten spielen, für welche Rolle ich zum Glück eine natürliche Begabung habe.

Es steht nur folgendes fest: In der Iranischen Straße befindet sich eine jüdische Organisation mit einer großen Krankenpflegeabteilung, wo jüdische Ärzte ausschließlich Juden behandeln. Mehr weiß ich nicht.

Es scheint uns nicht ratsam, bald wieder einen Versuch in diese Richtung anzustellen. Unternehmen, die im Sicherheitshauptamt enden, dürfen sich nicht allzu oft wiederholen. ...

Rossel"

-- Archiv IKRK, G 44/13 --6) S. 147

26) Vergl. IKRK-Verlautbarung zur 60.Gedenkfeier am 27.1.2005 der Befreiung von Auschwitz mit Internet-Adresse.

Der Präsident der slowakischen Republik Mgr. Dr. Josef Tiso an den IKRK-Präsidenten Max Huber

Preßburg, den 10. Januar 1945

Herr Präsident!

Am 2. Januar 1945 übernahm ich aus den Händen des Delegierten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Herrn **Georges Dunand**, das Schreiben, mit dem Sie sich an mich mit der Bitte um meine Stellungnahme zur Judenfrage in der Slowakei wenden.

Ich entspreche gern Ihrer Bitte und führe zur Sache folgendes an:

Die Lösung der Judenfrage in der Slowakei, wie sie in der Entmachtung des jüdischen Elements in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zum Ausdruck kam, war eine Korrektur eines unverhältnismäßig hohen Einflusses, den das Judentum in dieser Hinsicht als ein favorisiertes Element noch in den Zeiten des ungarischen und tschechoslowakischen Staates zum Nachteil der einheimischen slowakischen Bevölkerung erworben hat. Dieser Einfluß ergibt sich offensichtlich aus dem Mißverhältnis, welches zwischen dem Vermögen der Juden in der Slowakei und dem der Slowaken bestand. Indem eine achtzigtausend Köpfe zählende jüdische Minderheit 38 Prozent des gesamten Nationaleinkommens besaß, mußten den Rest 2,5 Millionen Slowaken mit übrigen anderssprachigen Staatsangehörigen teilen. Das Judentum in der Slowakei war somit eine privilegierte soziale Klasse, welche das slowakische Volk, als es die Regierungsmacht in seine Hände nahm, in deren ersessenen Rechten und Stellungen weiterhin zu schützen keinen Grund hatte. In diesem Zusammenhang muß die politische Rolle erwähnt werden, die das Judentum in der Slowakei bis 1918 als Förderer der gegen das slowakische Volk gerichteten magyarischen und nach 1918 bis 1939 tschechischen Regierungspolitik spielte. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß das Judentum in jenen Zeiten sich sowohl bei den Volkszählungen als auch den Wahlen lieber zum Magyarentum, bzw. Tschechentum und Deutschtum, als zum Slowakentum bekannte und somit den Beweis lieferte, daß es gegenüber der slowakischen Volksgemeinschaft freiwillig ein fremdes Element bleiben will. Diese Tatsache gibt der Judenfrage in der Slowakei einen besonderen örtlich-politischen Aspekt.

Nach 1939 stoppte der slowakische Staat aus begreiflichen Gründen den Strom slowakischer Auswanderer, welche während des Bestehens der Tschechoslowakischen Republik 70 Prozent aller tschechoslowakischen Auswanderer überhaupt ausmachten, und sicherte jedem seiner Volkszugehörigen die notwendigen Existenzbedingungen, auch wenn das auf Kosten des jüdischen Elements geschah.

Das Ausschalten des jüdischen Elements aus dem slowakischen Leben fand seinen Ausdruck in mannigfacher Richtung. Vor allem erlaubte die slowakische Regierung manchen Juden, aus der Slowakei freiwillig auszuwandern.

Manche wurden ausgebürgert und ausgesiedelt. Sie betrachtete diese Maßnahmen als begründet deswegen, weil viele Juden erst vor einigen Jahren aus verschiedenen Staaten Europas -- im Ersten Weltkrieg aus Polen und nach Niederschlagung der kommunistischen Revolution Bela Kuns durch Horthy im Jahre 1920 aus Ungarn -- in die Slowakei eingewandert waren. Eine weitere starke Welle jüdischen Zuflusses in die Slowakei war in den Jahren 1933 - 1939 aus Deutschland wahrzunehmen.

Von den Juden, die auch weiterhin slowakische Staatsangehörige blieben, wurden viele in ihrer bisherigen Tätigkeit belassen, andere aber in der Ausübung ihrer Tätigkeit gesetzlich beschränkt. Die letzteren wurden nach einschlägigem Gesetz konzentriert, und es wurde ihnen bürgerliche Arbeitsgelegenheit in den von ihnen selbst geführten Betrieben gegeben.

Vielen Juden bewilligte ich Ausnahmen, die teils darin bestanden, daß sie vor dem Gesetz nicht als solche betrachtet wurden, teils darin, daß sie als Juden in ihren Stellen und Berufen, manche sogar im staatlichen und sonstigen öffentlichen Dienst blieben.

Eine Wendung in der Judenfrage der Slowakei trat infolge des Partisanenaufstandes in den Monaten August, September und Oktober 1944 ein. Die Mehrzahl der damals auf freiem Fuß befindlichen Juden verließen ihre Arbeitsstätten und schlossen sich den Partisanen an. Somit stellten sie sich an die Seite der Feinde des slowakischen Staates.

So kam es während der Kämpfe gegen die Partisanen zu Eingriffen der deutschen Wehrmacht, die aus Sicherheitsgründen keine feindlichen Elemente, seien es tatsächliche oder vermeintliche, in ihrem Rücken lassen wollte, und deportierte deshalb aus der Slowakei nicht nur viele Juden, sondern auch viele Slowaken, sowohl Militär- als auch Zivilpersonen. Die slowakische Regierung protestierte dagegen, aber es gelang ihr bisher nicht, die Rückkehr aller dieser Personen aus Deutschland zu erwirken.

Mit Rücksicht darauf, daß das Gebiet der Slowakei zur Operationszone wurde, wird maßgebend dafür, ob es auch in Zukunft zu solchen bedauernswerten Eingriffen kommt, einzig und allein der Umstand freundlicher oder feindlicher Einstellung sein.

Abschließend muß zugegeben werden, daß es bei der Lösung der Judenfrage in der Slowakei zu gewissen fühlbaren Eingriffen in die individuelle Sphäre kam, Eingriffen, die in gewissen Fällen zu verhindern oder zu lindern die aufrichtige Absicht der slowakischen Regierung gewesen war. Es ist aber zu erwägen, daß dies mit dem Krieg zusammenhängt, der immer unbarmherziger als die Friedenszeit Probleme wirtschaftlicher, sozialer und politischer Natur sowohl in zwischenstaatlicher Relation als auch im staatlichen Bereich gegenüberstellt.

Übrigens ist es lautere Wahrheit, daß wir bei der Lösung der Judenfrage insoweit human zu bleiben bemüht waren, als es uns unter den gegebenen Umständen möglich war.

Indem ich Sie bitte, den Inhalt dieses Schreibens als vertraulich zu betrachten, wünsche ich dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und Ihnen, Herr Präsident, viel Glück in Ihrer Arbeit. (Archiv IKRK, G 85) [6] S. 388 - 389

IKRK-Bericht über Theresienstadt vom 6. April 1945

Dieser Besuchs-Bericht vom 6. April 1945 von 2 IKRK-Delegierten -- **Dr. O. Lehner** und **Paul Dunant** -- schildert zwar die vorgefundenen Zustände im letzten Kriegsmonat, doch dokumentiert er gerade damit, daß bevorzugt die älteren Juden den überall sonst im deutschen Herrschaftsbereich drohenden Kriegseinwirkungen entzogen und besonders geschont worden waren, ganz im Gegensatz zu den alliierten Kriegspropaganda- und späteren Umerziehungsbehauptungen, denenzufolge gerade sie die ersten Opfer gewesen sein sollen.

Die Authentizität dieses Berichts hat der jüdische Verfasser **H.G. Adler** bestätigt.[23) S. 355 ff] Kritisiert er ihn auch mit unkonkreten und pauschal hingeworfenen Schlagworten als "*unsinnig*", so räumt er doch ein, daß dieser Bericht "*gefährlich*" sei und er infolge

"des glücklichen Umstandes wenige Wochen vor Kriegsschluß keinen Schaden mehr zu stiften vermochte." [23) S. 357]

Die Frage, warum dieser Bericht, der sogar einen vorangegangenen IKRK-Delegierten-Bericht von **Dr. M. Rossel** bestätigte, "*gefährlich*" sei und "*Schaden hätte anrichten können*", wenn er doch "*unsinnig*" sei, hat **H.G. Adler** nicht beantwortet. Dafür bestätigte er selbst, daß sich

"die Lebensverhältnisse seit den Herbsttransporten 1944 ein wenig gebessert [haben] (geringere Überfüllung, etwas bessere Ernährung als vorher vor allem durch die nun wirksamer gewordene Unterstützung durch Hilfssendungen des IKRK)". [23) S. 157]

Die anschließend beklagte "*Überlastung der Arbeitskräfte*" und der "*seelische Druck*" konnten gewiß kaum für die unter fremder Herrschaft grundsätzlich "stets leidenden Juden" geltend gemacht werden angesichts des europaweit tobenden erbitterten Krieges, dem zur gleichen Zeit Hunderttausende deutscher Soldaten und Zivilisten zum Opfer fielen. Mit deren Leiden befaßte sich auch dieser jüdische Autor nicht. Statt dessen verwies **H.G. Adler** anschließend darauf, daß entgegen allen neutralen Bekundungen

"Theresienstadt aber das alte Elendslager geblieben [ist], wo nach wie vor Hunger, Ungeziefer, Krankheiten und eine quälende Unsicherheit herrschten. Wie wenig sich selbst die Wohnverhältnisse gebessert haben, zeigen die nach der Befreiung aufgenommenen Photos." [23) S. 357]

Eine solche Lagebeurteilung ist dem parteiischen Journalisten nach Kriegssende geradezu als Pflichtübung auferlegt. Hunger, Ungeziefer und Krankheiten gibt es schließlich immer und überall, das alles kann keine Regierung, vor allem nicht mitten in einem gigantischen völkischen Vernichtungskrieg, verhindern, schon gar nicht angesichts einer drohenden Niederlage. Wenn schon im ganzen Reich jahrelang keine Wohnungen mehr gebaut werden konnten, sie im Gegenteil zu Hunderttausenden unablässig durch feindliche Bomben zerstört wurden. Wie sollte man angesichts eines solchen Infernos die Wohnverhältnisse ausgerechnet derjenigen verbessern können, die von den Feindmächten zu ihren Kämpfern gezählt wurden?

Der 4 Schreibmaschinenseiten umfassende Bericht **Dr. Lehners** fand sich in einer unveröffentlichten IKRK-Sammlung. **H.G. Adler** hat hiervon 3 Abschnitte ausgewählt, die den letzten Seiten entnommen waren. Die Gründe für diese Zerstückelung gab er nicht an. Seiner gesamten Diktion zufolge ist jedoch davon auszugehen, daß die aussortierten Passagen für die Reichsführung eher etwas Günstiges als Ungünstiges enthalten. Selbst die von ihm veröffentlichten Auszüge hielt er noch nach Kriegsende für "*gefährlich*".

Laut Aktenbestand war der Bericht mit einem Brief angekündigt worden, der vorab den "*Gesamteindruck des Lagers als sehr günstig*" schilderte. Dieser von **H. G. Adler** ebenfalls nur unvollständig publizierte Brief bedarf jedoch der genauen wissenschaftlichen Überprüfung, da sein zitierter Inhalt grob widersprüchlich ist und die dort aufgestellten Behauptungen ohne Einzelheiten und Belege geblieben sind.

Die von **H. G. Adler** veröffentlichten Auszüge des Berichts vom IKRK-Delegierten **Dr. Lehner** über den Besuch von Theresienstadt am 6. April 1945 zusammen mit **Dr. Dunant** lauten:[23) S. 355 - 356]

"Soziale Struktur der Judengemeinschaft

Die Idee der Reichsregierung bei der Gründung von Theresienstadt ging dahin, eine Judengemeinschaft zu schaffen, ihr eine eigene Selbstverwaltung zu überlassen und so das praktische Element [soll wohl »Experiment« heißen] im Kleinen für einen künftigen Judenstaat zu machen, dem ein gewisser Landstrich nach dem Kriege zur Verfügung gestellt werden sollte. Der kleine Judenstaat Theresienstadt ist vollkommen nach dem kollektivistischen Wirtschaftsprinzip aufgebaut. Es herrscht eine Art Edelkommunismus, der in der gesamten sozialen Struktur stark zum Ausdruck kommt. Die Ergebnisse, die durch dieses System erzielt wurden, sind äußerst bemerkenswert. In sozialer Hinsicht ist Theresienstadt sicher den meisten europäischen Städten weit voraus. Die Stadt besitzt 4 große Krankenhäuser, 8 Altersheime, 5 oder 6 Kinderheime, Erziehungsheime für Knaben und Mädchen. Alle diese öffentlichen Anstalten sind sehr gut eingerichtet. Als Beispiel zitieren wir die Krankenhäuser, von denen fast jedes einen Röntgenapparat besitzt und deren übrige Einrichtungen derartig sind, daß die Ärzte fast wie auf einer Universitätsklinik arbeiten können. Die Stadt besitzt eigene Theater, ein öffentliches Kaffee-Haus, eigene Schlächtereien, eigene Bäckereien und alles, was zu einem geordneten Stadtbetrieb gehört. Als Geld ist die Theresienstadt-Krone im Umlauf. Der Direktor von der Bank hat den Delegierten einen umfassenden Vortrag über die Geldprobleme gehalten, über Deflation, Inflation und andere Börsengeheimnisse, von denen wir allerdings nicht allzuviel verstanden.

Die einzelnen Gewerbegruppen sind in eine Art Gewerkschaft eingeteilt, mit eigenen rechtlichen Pflichten. Jede Gewerkschaft bewohnt einen eigenen Wohnblock und je nach Leistung sind die Wohnungen mehr oder minder gut eingerichtet. Ein guter Handwerker hat ungefähr Berechtigung auf die gleichen Wohnungseinrichtungen wie ein Beamter mittle-

ren Grades oder Künstler.

Jeder arbeitende Theresienstädter erhält je nach Leistung als Prämie einige Bons zugeteilt, die zum Ankauf von verschiedenen Naturalien verwendet werden können. Es wird durch dieses Mittel die Arbeitsfreudigkeit gesteigert.

Nahrungsverhältnisse

Die Einwohner von Theresienstadt erhalten die gleichen Karten wie die deutsche Zivilbevölkerung. Da sie jedoch viele Einzelpakete und Kollektiv-Sendungen erhalten, dürften sie im allgemeinen besser gestellt sein. Dazu kommt, daß durch die Kollektivwirtschaft eine bessere Ernährung gewährleistet werden kann. In der Tat sehen die Einwohner von Theresienstadt auch nicht durchaus etwa unterernährt aus.

Zusammenfassung

Das Gesamtbild der Stadt macht einen sehr günstigen Eindruck, um so mehr, als die Verwaltung vollkommen in den Händen des Ältestenrates liegt, der aus ziemlich prominenten Mitgliedern zusammengesetzt ist. Auch die Polizeigewalt der Stadt wird von Juden durchgeführt und ist dem Judenältesten unterstellt. Die Stadt wird von 10 Gestapo-Beamten überwacht, die sich außerhalb der Stadtmauern aufhalten. Fluchten aus Theresienstadt kommen nicht vor, da die einzige Sorge der dortigen Insassen darin besteht, nicht in irgendein Konzentrationslager verschleppt zu werden. Über das Lager Theresienstadt wurde ein Film gedreht, von dem eine Kopie auf Wunsch dem CICR gesandt werden kann. Wir haben Teile dieses Filmes gesehen. Es ist eine Art Dokumentar-Film, natürlich mit leicht propagandistischem Einschlag.

Anfragen über Israeliten, die sich in Theresienstadt befinden sollen, können an den Chef des Sicherheitsdienstes, **Dr. Weinmann**, in Prag gerichtet werden. Nachrichten werden nur durch diese Stelle gegeben werden.

Dr. Lehner, Delegierter des IKRK"

An den Besprechungen, die diesem Bericht zugrundelagen, nahmen neben den IKRK-Delegierten **Dr. O. Lehner**, **Paul Dunant** und offensichtlich auch **Dr. Rossel** der Sicherheitsdienst-Chef des Protektorats Böhmen und Mähren, SS-Oberführer **Dr. Erwin Weinemann**, sowie der Beauftragte für Judenfragen im RSHA, Obersturmbannführer **Adolf Eichmann**, teil. **Dr. Rossel** berichtete gesondert von einem Gespräch mit **Dr. Weinman**, er habe festgestellt, daß **Dr. Eppstein** und viele andere aus Theresienstadt deportiert worden seien:

"Ich stellte deshalb an **Dr. Weinmann** die direkte Frage, wann Deportationen stattgefunden haben und in welchem Ausmaße. **Dr. Weineman** antwortete hierauf, daß die letzten Transporte nach Auschwitz vor 6 Monaten abgegangen seien. Es handelte sich um 10.000 Juden. Diese seien zum weiteren Ausbau des Lagers Auschwitz eingesetzt worden, und sie würden dort größtenteils in der Verwaltung beschäftigt. Einige tausend seien zu Schanzarbeiten eingesetzt worden. Nach **Dr. Weineman** bestand zwischen diesen Leuten und den Bewohnern von Theresienstadt keinerlei Kontakt mehr. Es sei ihm auch nichts weiteres über deren Schicksal bekannt. Wahrscheinlich seien sie von den Russen, die inzwischen bis in diese Gegend vorgedrungen waren, verschleppt worden. Diese Transferierung sei auch nicht auf seinen Befehl hin ausgeführt worden, er habe von höherer Stelle einen Befehl erhalten." [5) S. 98 - 99]

Die Gründe für jene Deportationen vom Oktober 1944 und deren Auswahlkriterien blieben -- wiederum merkwürdigerweise -- unerwähnt. So blieb auch ungeklärt, ob die von diesen Maßnahmen Betroffenen aus Theresienstadt selbst oder dem dort in der Nähe angelegt gewesenen Konzentrationslager stammten.

Gleichermaßen im Dunkeln blieb die Ablösung von **Dr. Eppstein. Wolfgang Benz** begründete die Transporte Ende September/Anfang Oktober 1944 von Theresienstadt nach Auschwitz ohne nähere Einzelheiten lediglich mit "*Ausdünnung*" der Wohnverhältnisse in Theresienstadt für Neuzugänge aus Dänemark angesichts des dort angewachsenen Widerstandes.[29) S. 180]



Dr. Paul Eppstein (im Bild links), Vorstandsmitglied der "Reichsvertretung der Deutschen Juden" und nach Umbenennung in "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" von 1939 - 1943, wurde im Januar 1943 mit Leo Baeck nach Theresienstadt deportiert. Dort fungierte er als Vorsitzender des Ältestenrates der Juden.

Seine Tätigkeit genau zu beurteilen fällt schwer, weil er von seinen eigenen Leuten teils als zuverlässiger Sprecher ihrer Interessen, teils als willfähriger Kollaborateur eingestuft wurde, und seine Kritiker nach Kriegsende statt konkrete Fakten zu präsentieren, Schweigen über ihn für sinnvoller hielten.

So berichtet z.B. die "Enzyklopädie des Holocaust", die bereits mit ihrem Untertitel die "Ermordung der europäischen Juden" pauschal Unwahres unterstellt -- von einem "Heiligen Krieg" seit 1919 und jüdischen Kriegserklärungen gegen Deutschland allerdings "nichts weiß" --, Dr. Paul Eppstein sei im September 1944 erschossen worden.[27] Diese beweislos publizierte Behauptung wurde vielfach kolportiert.

H.G. Adler, der ein umfangreiches Buch über Theresienstadt geschrieben hat, behauptet kommentarlos, also ohne eine Begründung, geschweige denn einen Beweis anzuführen, Dr. Paul Eppstein sei am 27.9.1944 hingerichtet worden.[23) S. 327]

Wolfgang Benz hingegen vermerkt in seiner umfangreichen Arbeit:

"Dort im »Ältestenrat der Selbstverwaltung« des Ghettos, lebten Rudimente der früheren Dachorganisation des deutschen Judentums fort bis zur Befreiung am 8. Mai 1945, verkörpert durch prominente Persönlichkeiten wie Leo Baeck, Paul Eppstein, Moritz Henschel, Philipp Kozower, Heinrich Stahl." **[28)]**

So dürfte wohl zutreffen, daß Dr. Paul Eppstein aus Protest gegen den ersten Deportationstransport von Theresienstadt nach Auschwitz am 28. September 1944 von seinem Vorsitz-Posten zurückgetreten, aber im Ältestenrat, somit auch in Theresienstadt verblieben war.

27) Israel Gutman (Hrsg.), "Enzyklopädie des Holocaust -- Die Verfolgung und Ermordung des europäischen Judentums", Tel Aviv, o.J., Band I, S. 418.

28) Wolfgang Benz, "Die Juden in Deutschland 1933 - 1945 -- Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft", München 1988/1993, S. 691.

Die Zuverlässigkeit der vorgenannten Berichte wurde nachfolgend von einem IKRK-Delegierten bestätigt, der Theresienstadt am 21. April 1945 ungehindert zum dritten Mal besichtigt hatte. Besondere Vorbereitungen habe es bei den vorangegangenen Besuchen nicht gegeben.

"Seit dem 6. April hat Theresienstadt einen Bevölkerungszuwachs von 4.000 Personen (junge Männer von 18 bis 30 Jahren) erlebt." [8) S. 128]

Auch dänische Rot-Kreuz-Delegierte hatten 1944 Theresienstadt inspiziert und waren zu ähnlich positiven Ergebnissen gelangt, was allerdings **H.G. Adler** nicht hinderte, sie allesamt als "*unsinnig*" zu bezeichnen.[23) S. 357]

Am 2. Mai 1945 war Theresienstadt faktisch dem IKRK übergeben worden.

Nach Kriegsende begann in Theresienstadt eine gesondert zu schildernde grauenvolle Leidenszeit für Deutsche unter tschechischer Herrschaft.

IRRK-Delegierte sollten bis Kriegsende KZ-Häftlinge beschützen

Über das Ende der Konzentrationslager herrscht noch viel Unklarheit. In einer künftigen Arbeit müßte deshalb darauf zurückgekommen werden. Die bisherigen Auskünfte -- über 60 Jahre nach Kriegsende -- reichen von "gehörten mündlichen Forderungen **Hitlers**, alle Insassen umzubringen", bis zum Tod von "*wohl 350.000 der 700.000 KZ-Häftlinge*" -- eine Zahl, die von der 1963 geborenen **Karin Orth** im Abschreibverfahren vorangegangener, zumeist polnischer, französischer und jüdischer Zeitgeister auf unbekannt gebliebene Weise "ermittelt" wurde[30) S. 349] --, bis hin zu den für Anfang Februar - März 1945 nachgewiesenen Bemühungen v. **Ribbentrops**, **Himmlers** und **Kaltenbrunners**, die Lager dem vorrückenden Feind unter dem Schutz des Internationalen Roten Kreuzes intakt zu übergeben.[31) S. 403 - 404]

Bekannt ist, daß nach 1945 nur die Sieger zu Wort kamen und ohne Verpflichtung zur Wahrheit schreiben konnten und geschrieben haben, was sie wollten.

Wie weit dies ging, belegte die ***Bild***-Zeitung -- "*unabhängig, überparteilich*" und doch stets übereifrig "auf Linie" höheren Orts vorgebener Sprachregelung -- noch am 17. Mai 1984 S. 2, als sie dem verstorbenen ehemaligen SS-Obersturmbannführer **Walter Rauff** nachsagte, "*er sei verantwortlich für die Ermordung von **250 Millionen Juden** mittels der von ihm erfundenen Gaswagen*", obgleich in der gesamten Welt nur 15 - 18 Millionen Juden überhaupt gelebt hatten. Ein Ermittlungsersuchen wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener wurde unter Bezugnahme auf das "Recht zur Meinungsfreiheit" eingestellt).[32)] Bestraft werden in der BRD allenfalls deutsche Zweifler an Sentenzen dieser Art.

In dieser Atmosphäre verwundert es nicht, daß selbst ein IKRK-Delegierter, der sich am 1. Mai 1945 zur Übergabe des Lagers in Dachau befunden hatte, in seinem Bericht nach Genf vermerkte, sogleich "*die*" -- nie existent gewesene! -- "*Gaskammer*" aufgesucht und einen Zug mit "*Leichen aus Buchenwald*" -- wie er "*hörte, 500*" -- gesehen zu haben. Details hierzu waren für ihn im Gegensatz zur Erwähnung, daß ihm aus seinem persönlichen Gepäck Geld und Anderes gestohlen worden sei, für keinen Aktenvermerk wert. Auch hat er sich darüber ausgeschwiegen, daß die US-"Befreiungs-"einheit sogleich die gesamte Wachmannschaft und das Sanitätspersonal von Dachau erschossen hat.[8) S. 148 + 33)]

Hatte die Reichsführung angesichts des schnellen Vormarsches der Roten Armee zum Jahreswechsel 1944/45 die Räumung der ostdeutschen KL (Auschwitz und Stutthof) mit Transporten und Evakuierungsmärschen befohlen, so zeigte sich rasch angesichts der Kälte, der Flüchtlingsströme, des zerbombten Verkehrsnetzes und der näher rückenden Front die Undurchfüphrbarkeit solcher Maßnahmen.

Bei so bestellter Sachlage ist es erstaunlich, daß schließlich doch am 12. März 1945 in Feldkirch das Abkommen zwischen SS-Obergruppenführer **Ernst Kaltenbrunner**, dem letzten Chef des Reichssicherheitshauptamtes, und dem IKRK-Präsidenten **Carl Jacob Burckhardt** zustande kam, in dem der Einsatz von Delegierten des IKRK in den Konzentrationslagern zugesagt worden war

"-- unter der Voraussetzung allerdings, daß sie darin bis zum Kriegsende ausharrten -- und damit eine verstärkte Schutz- und Hilfstätigkeit für die in den Lagern Eingeschlossenen wie auch für Evakuierte und Hospitalisierte ermöglichen sollten.

Ebenso bedeutsam wie diese Tätigkeit war das Wirken von IKRK-Delegierten in Rumänien, Ungarn und der Slowakei, wo Zehntausende von Juden mit Lebensmitteln, Kleidern und Medikamenten versorgt oder mit »Schutzbriefen« versehen wurden, die vor Deportation und Vernichtung bewahrten." [17) S. 71]

Am 13. März 1945

"traf Himmler die Entscheidung, daß die Lager beim Nahen des Feindes intakt übergeben werden und die Juden in den Lagern die gleiche Behandlung erfahren sollten wie andere Internierte." [31) S. 404]

Zur gleichen Zeit hatte **Himmler** seine Bemühungen über Stockholm intensiviert (**Fritz Hesse**, SS-Brigadeführer **Walter Schellenberg, Felix Kersten**), Friedensfühler mit **Graf Bernadotte** sowie **Hillel Storch** und **Norbert Masur** vom Jüdischen Weltkongreß aufzunehmen.

Nach Bolschewistenart, Gefangene bei Nahen des Feindes systematisch zu erschießen, war jedenfalls beim Unter-

29) Wolfgang Benz, "Dimension des Völkermords -- Die Zahl der jüdischen Opfer des Völkermords" München 1991, S. 180. --
Als Jahrgangsgeborener von 1941 ist **Wolfgang Benz** kein Erlebniszeuge. Mit 28 Jahren wurde er Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte in München, bis er 1990 Professor an der Technischen Universität Berlin und anschließend Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung wurde.Textkritische Überprüfungen antideutscher Dokumente sind von ihm nicht bekannt.

30) Karin Orth, "Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager", Zürich 202.

31) Gerald Reitlinger, "Die SS -- Tragödie einer deutschen Epoche", München - Wien - Basel 1956.

32) Vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 21, S. 36.

33) Vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 25, S. 22.

gang des Dritten Reiches nirgendwo die Rede, wenngleich alle Todesopfer zu Ende des Krieges zusätzlich auf deutsches Schuldkonto, nur im seltenen Ausnahmefall (auch) auf Feindwirkung gebucht worden sind.

Das Ende der IKRK-Delegation in Berlin

Der Mut der IKRK-Delegierten, bis Kriegsende in Berlin zu bleiben, verdient Respekt, ja Hochachtung! Sie erlitten die katastrophalen Bombenangriffe, erlebten die Flüchtlingstrecks, die auch die Reichshauptstadt erreichten, den Artilleriebeschuß der Sowjets, die Straßenkämpfe, "die Befreiung".

Die Rotarmisten plünderten die IKRK-Niederlassung im westlichen Vorort Wannsee genauso wie alles andere. Sie verhafteten ihre Delegierten und verschleppten mehrere von ihnen für Monate nach Moskau. Ihr Delegierter **Georges Devecchi** blieb nach seiner Gefangennahme durch die Russen anläßlich seines Bemühens, ein Lazarett mit verwundeten deutschen und anderen Soldaten zu übergeben, verschwunden. Über das Schicksal dieser Verwundeten herrscht Schweigen.



Kolonnen weißer, mit dem Roten Kreuz gekennzeichneten LKW des IKRK im Frühjahr 1945 auf dem Weg durch das zerstörte Deutschland zu Kriegsgefangenenlagern im Sudetenland.



Ausgabe von Hilfsgütern auch an auf dem Evakuierungsmarsch nach Westen befindliche Kriegsgefangene.

Der "Red Cross Report" 1948

Im Band I des "Report of the Joint Relief Commission of the International Red Cross 1941 - 1946" [34] wurde wertneutral zum Thema der deutschen Besatzungspolitik in Polen festgestellt:

"Da Polen ein Agrarland ist, wurden indessen die allgemeinen Lebensbedingungen zunächst nicht auf ein gefährlich niedriges Niveau herabgedrückt. Doch als die Zeit fortschritt, machte sich ein Mangel an Kleidung, Manufakturwaren und vor allem Medikamenten bemerkbar.

Zu Beginn des Jahres 1941 trafen Nachrichten aus Polen ein, die besonders vom Leiden polnischer Juden berichteten, besonders von jenen in Krakau und Warschau.

Erst im folgenden Jahr konnten Delegierte des IKRK die Hilfsgüter in das Land begleiten, so daß die Vereinte Kommission die nötigen Informationen über die allgemeine Lage erhielt. Diese Information bestätigte, was man schon wußte und wies auf einen sehr großen Mangel an pharmazeutischen Produkten, vor allem für Krankenhäuser hin. Vor allem wurden Nahrungsmittel benötigt für bestimmte Kategorien von Personen, speziell für Kinder, aber auch für solche Institutionen wie Schwestern- und Kinderheime, die Waisenkinder oder verletzte Kinder betreuen. Da hauptsächlich die Städte an Nahrungsmittel litten, sollten sie vorwiegend versorgt werden.

Die Ereignisse im Jahr 1944 und speziell die Kämpfe in Warschau zwischen den Partisanen und den Besatzungstruppen verschlimmerten die Situation. Die gesamte Bevölkerung Warschaus wurde evakuiert, und Tausende von Männern, Kindern, Frauen und alten Leuten wurden in einem nahegelegenen Sperrgebiet bei Pruszkow untergebracht, wo es einige stillgelegte Fabrikgebäude gab. Ihr Elend war unbeschreiblich. Sie lebten ohne Annehmlichkeiten irgendwelcher Art, und es wurde befürchtet, daß tödliche Epidemien ausbrechen würden.

Warschau war von den Besatzungstruppen fast vollständig zerstört worden. ...

Während Krakau fast unzerstört blieb, gab es andere Städte, die während der Feindseligkeiten gelitten haben. In Gdingen wurden fast alle Hafeneinrichtungen zerstört, und Bialystok und Kielce wurden schwer verwüstet. Es gab

34) "Report of the Joint Relief Commission of the International Red Cross 1941 - 1946", Genf 1948, Bd. I - III.

schwere Verluste an Menschenleben. Die jüdische Bevölkerung wurde dezimiert, und die Geburtsrate ist auf die Hälfte des Vorkriegsniveaus gesunken.

Die schlechten Lebensbedingungen haben Tuberkulose hervorgerufen. 610.000 Fälle von Knochentuberkulose wurden bekannt. 1,3 Millionen Kinder dieses Landes lebten in Heimen oder Familien, die sie adoptiert hatten. Ein sehr hoher Anteil dieser Kinder war tuberkulös, und das Gewicht der Babies war ein Drittel geringer als in der Vorkriegszeit üblich.

Die allgemeine Gesundheits-Situation war aus verschiedenen Gründen schlecht. ...

Um die Situation noch schlechter zu machen: Es gab einen Mangel an Ärzten. Von 12.000 Ärzten vor dem Krieg waren 5.000 zurückgeblieben. Es gab auch einen ernsten Mangel an qualifiziertem Hilfspersonal, wie Chemiker, Bakteriologen, Laborassistenten und Schwestern aller Art, deren Berufsausbildung während der Kriegszeit vollständig unterbrochen wurde.

Sanitäre Institutionen gab es wenige, und diesen fehlte es an Ausrüstung, wie Bettlaken, Leinen, medizinischen und chirurgischen Instrumenten und Röntgenapparten. Das Gros der Laboreinrichtungen war zerstört worden.

Die ersten Hilfslieferungen der Vereinten Kommission an Polen wurden im April 1941 ausgeliefert. Diese Hilfsgüter (aus der Türkei) wurden an das Polnische Rote Kreuz über die Delegation des Deutschen Roten Kreuzes ausgeliefert. ...

Auch die jüdischen Organisationen machten auf die Not ihrer eigenen Bevölkerung aufmerksam. Verschiedene Organisationen in der Schweiz stellten der Kommission die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung, um ihnen Lebensmittel und medizinische Versorgungsgüter zu senden, was während der Jahre 1941, 1942 und 1943 geschehen ist.

Die Verteilung von Hilfsgütern in Polen während der Besatzungszeit wurde von Organisationen durchgeführt, einschließlich jener der rassischen Minderheiten wie der Juden, Weißrussen und Ukrainer, die zentrale Hilfskomitees geschaffen hatten.

Die Güter wurden zunächst an das Polnische Zentralkomitee für gegenseitige Hilfe mit Sitz in Krakau geschickt. ...

Am 3. November 1942 informierte das Deutsche Rote Kreuz die Kommission, daß sie über das Deutsche Rote Kreuz Hilfe auch direkt an das Polnische Kinderhilfswerk nach Warschau schicken könnte. ...

Die Polen erhielten 61% der Hilfsgüter, die Ukrainer 22%, die Juden 16%, und der Rest wurde aufgeteilt auf die Weißruthenier und Russen. ...

Auf Wunsch der Spender begleitete ein Delegierter des IKRK den Konvoi, der die medizinischen Hilfsgüter nach Polen brachte, und nahm mit den Organisationen Fühlung auf, die die Zuteilungen vornahmen. Als er sich im März 1943 ein zweites Mal auf den Weg machte, war er in der Lage, sich von der ordnungsgemäßen Verteilung zu überzeugen und zukünftige Pläne zu befürworten. ...

Am 17. September 1944 war ein IKRK Delegierter in der Lage, das Lager Pruszkow zu besuchen. Zwischen 6. August und 18. September 1944 waren 238.000 Personen (aus Warschau) dorthin gekommen. Hilfsgüter aus Genf, die das Lager einige Tage zuvor erreichten, wurden von der internen Lagerorganisation verteilt. ... Der Delegierte wies in seinem Bericht auf die Dringlichkeit des Falles hin und beschrieb Pruszkow als Durchgangslager, das der Kämpfe in Warschau wegen eingerichtet worden war. Die Arbeitsfähigen wurden nach Deutschland verbracht, die anderen auf Gebiete verteilt, wo sie bei den Einwohnern Unterkommen finden konnten. ..." [34) Bd. I S. 288 - 293]

Diese zusammenfassende Darstellung über die Tätigkeit der Vereinten Kommission des IKRK, die hier nur themenbezogen weiter komprimiert wurde, macht deutlich:

(1) Das IKRK war während des ganzen Krieges über die Verhältnisse in Polen recht gut unterrichtet.

(2) Es hatte engen Kontakt mit dem Polnischen Roten Kreuz in den USA und Kanada mittels deren Delegierten in Genf,[34) S. 292] sowie jüdischen Hilfsorganisationen in den USA. Diese nationalen Hilfsorganistionen haben nicht nur Geld- und Sachspenden zur Verfügung gestellt, sondern auch die Zweckbindung ihrer Spenden bestimmt.

(3) Jüdische Organisationen in Polen bestanden während der Kriegszeit und hielten mit dem IKRK Verbindung.

(4) Das Deutsche Rote Kreuz hat Hilfslieferungen für jüdische Organisationen in Polen nicht behindert. Dieser Bericht enthält allerdings darüber weiter keine Einzelheiten.

(5) Das jüdische Thema spielte in diesem Bericht eine sehr untergeordnete Rolle.

(6) Über deutsche Verbrechen stand nichts in diesem Bericht. Weder Auschwitz, noch Majdanek, Belzec, Sobibor, Chelmno, noch Treblinka waren erwähnt.

(7) Bis zum Kriegseintritt der USA (Dezember 1941) hatte die deutsche Regierung dem Joint Distribution Committee von New York gestattet, in Berlin ein Büro für Hilfstätigkeiten zugunsten von Kriegsgefangenen und Zivilinternierten zu unterhalten.

(8) Der Nachkriegs-Bericht des Internationalen Roten Kreuzes gibt an, daß die Deutschen aus Sicherheitsgründen dem Roten Kreuz zunächst nur ungern die Überwachung der Konzentrationslager-Gefangenen gewähren wollten. Gegen Ende 1942 erhielt jedoch das Komitee die erbetene Genehmigung, ihre Inspektionen auch auf jene Lager auszudehnen. Vom August 1942 an konnte das IKRK in den größten Konzentrationslagern von Deutschland Lebensmittel-Pakete verteilen. Ab Februar 1943 wurde diese Erlaubnis auf alle Lager und Gefängnisse ausgedehnt.[34) Bd. 3 III, S. 78]

Das Komitee stellte sodann die Verbindung zu allen Lagerkommandanten her und setzte ein Lebensmittel-Hilfs-Programm in Bewegung, das bis in die letzten Kriegsmonate 1945 funktionierte. Dankesbriefe dafür strömten auch von jüdischen Internierten herein und

"vergrößerten die Depotierten-Kartei in Genf, die noch auf andere Weise zunahm, immer mehr".[8) S. 19]

Empfänger der Rot-Kreuz-Pakete waren auch Juden.

"Das IKRK konnte auch seine Tätigkeit im Generalgouvernement ausweiten. Es gab die ihm anvertrauten Lebensmittel und vor allem Medikamente nach

einem Verteilerschlüssel aus, der auch die Juden innerhalb und außerhalb der Ghettos erfaßt. Es überwachte bis zu einem gewissen Grade die Lebensmittelverteilungen des DRK und erhielt Empfangsbestätigungen von der »Jüdischen Unterstützungsstelle« in Krakau. Schließlich erreichte es einen ersten Zugang zu dem noch weitgehend unbekannten Lager Theresienstadt mit der Erlaubnis, Arzneien dorthin zu schicken." [6) S. 247]

Die Internierten erhielten zusätzlich zu den Lebensmitteln Bekleidung und Medikamente. Pakete wurden gesandt nach Dachau, Buchenwald, Sangershausen, Sachsenhausen, Oranienburg, Flossenbürg, Landsberg a. Lech, Flöha, Ravensbrück, Hamburg-Neuengamme, Mauthausen, Theresienstadt, Auschwitz, Bergen-Belsen, an Lager bei Wien und in Mittel- und Süddeutschland. Überwiegend Belgier, Holländer, Franzosen, Griechen, Italiener, Norweger, Polen und staatenlose Juden zählten zu den Empfängern.[34) Bd. 3, S. 83]

Im Verlauf des Krieges vermochte das Komitee Hilfslieferungen im Wert von über 20 Millionen Schweizer Franken zu verschicken und zu verteilen.

"Die Ausdehnung dieser Hilfsaktion auf alle Konzentrationslager hing jedoch leider nicht allein vom IKRK ab. Zahlreiche Lager und Arbeitskommandos blieben ihm bis zum Kriegsende unbekannt. Überdies fehlten ihm auf Grund der Blockadeauflagen lange Zeit die notwendigen Geldmittel und Waren. Das alles erhielt es in ausreichendem Maße erst in den allerletzten Kriegsmonaten. Hinzu kam noch, daß die Zerstörung der Verkehrswege in Deutschland durch verstärkte Luftangriffe ab Ende des Jahres 1944 die Hilfsaktion beträchtlich behinderte." [8) S. 23]

So hat das IKRK z.B. aus der ihm von den US-Behörden überlassenen Fracht des im Mittelmeer gesunkenen Dampfers "Cristina" zwischen dem 24. August und 9. September 1944 25.600 Lebensmittelpakete a 2,15 kg auf dem Postwege einzeladressiert an Häftlinge der bekanntesten Konzentrationslager verschicken können. Es erhielt über 8.000 schriftliche Empfangsbestätigungen, teils auch von den Lagerältesten der einzelnen Nationalitäten.[8) S. 73 - 74] Während dieser Monate konnte das IKRK auch 260.000 Spenden-Pakete des Amerikanischen Roten Kreuzes ausliefern, die zuvor die alliierte Blockade hatten passieren dürfen. Mehrere hunderttausend Franken Hilfsgelder für weitere Paketsendungen waren vom "Joint" und dem Jüdischen Weltkongreß gespendet worden.[6) S. 244]

In einem Telegramm des IKRK an US-Außenminister **Stettinus** vom 11. Mai 1945 wurden als Gesamt-Hilfssendungen an deutsche Konzentrationslager während des Krieges (Lebensmittel, Kleidung, Medikamente) "*bis Mitte 1944 ungefähr 300.000 Tonnen*" und bis Kriegsende nochmals "*mehrere hunderttausend Pakete*" genannt.[8) S. 88]

Das Internationale Rote Kreuz bestätigte, daß die Reichsregierung ihre Hilfsorganisation nicht behindert habe, beschwerte sich indessen über die dichte Blockade des europäischen Festlandes seitens der Alliierten. Daher mußte es seine Einkäufe auf Rumänien, Ungarn und die Slowakei konzentrieren bzw. beschränken.

Das Komitee gab auf Grund der ihm zugegangenen Delegierten-Berichte seiner Genugtuung über die jüdische Selbstverwaltung in Theresienstadt bis Kriegsende Ausdruck. Die rund 40.000 in dieser Stadtregion angesiedelten Juden aus verschiedenen Ländern lebten unter verhältnismäßig bevorzugten Bedingungen.[34) Bd. 3, S. 75]

Das Komitee anerkannte auch das faschistische Regime von **Ion Antonescu** in Rumänien, das ermöglichte, Rot-Kreuz-Hilfe auf 183.000 rumänische Juden bis zur Zeit der sowjetischen Besetzung auszudehnen. Über die daraufhin einsetzende Ablehnung weiterer Hilfe für die anschließend "befreiten" deutschen Lager beklagte sich das Rote Kreuz bitter.[34) Bd. 2, S. 62]

Am 2. Oktober 1944 wies das Komitee vom Internationalen Roten Kreuz das deutsche Auswärtige Amt auf den bevorstehenden Zusammenbruch des deutschen Verkehrssystems und als Folge davon auf eine zu erwartende Hungersnot für die gesamte Bevölkerung in Deutschland hin. Das Rote Kreuz vermerkte mit Nachdruck, daß Lebensmittelhilfe in dieser Zeit wegen der alliierten Luftangriffe auf das deutsche Verkehrsnetz eingestellt werden müsse, und protestierte im Interesse auch der internierten Juden gegen den "*barbarischen Luftkrieg der Alliierten*". [10) S. 78]

Behandlung der Kriegsgefagenen

Im IKRK-Rechenschaftsbericht von 1948 gibt es bei Erörterung des Kriegsgefangenenthemas nur 3 Hinweise auf Juden, und zwar

1.) jüdische Sanitätskräfte wurden nicht repatriiert, was allerdings im Fall der belgischen und französischen Kriegsgefangenen ebenso gehandhabt wurde: sie wurden im Hinterland zur Betreuung von Verwundeten benötigt.[6) S. 281]

2.) Im Offizierslager VI in Osnabrück haben IKRK-Delegierte im Juli 1943 sowie im Februar 1944 bemerkt, daß jüdische Offiziere aus Jugoslawien von ihren Kameraden abgesondert untergebracht waren. Die Delegierten folgerten daraus, daß dies allgemein so gehandhabt wurde.[6) S. 282]

3.) Im Frühjahr 1943 gab der IKRK-Referent für jüdische Angelegenheiten, **Jean-E. Schwarzenberg**, dem Jüdischen Weltkongreß auf dessen Anfrage zur Antwort:

"»Dem IKRK liege keine Information vor, derzufolge die jüdischen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam allgemein, auf Grund ihrer Rasse, anders behandelt würden als andere.«

Die Schutzmacht Schweiz teilte im übrigen diese Überzeugung, denn sie antwortete der britischen Regierung zur selben Zeit:

»Allgemein konnte nicht festgestellt werden, daß jüdische und nichtjüdische Gefangene unterschiedlich behandelt würden. Nur in Ausnahmefällen haben deutsche Offiziere und Unteroffiziere ihre Macht gegenüber gewissen jüdischen Kriegsgefangenen mißbraucht.« ...

Das IKRK beharrte bis zum Ende der Feindseligkeiten auf seinem Standpunkt. ...

Die Veröffentlichung der Befehle des OKW über die Behandlung der Kriegsgefangenen nach Kriegsende erhärtet diese Behauptung für die Zeit bis Sommer 1944, zumindest was die Absichten angeht. Grundsätzlich hat das deutsche Oberkommando die Anwendung der Rassegesetze in den Stalags, Oflags

und Marlags nicht befohlen und auch keine Sonderlager für Juden eingerichtet, während man dennoch bemüht war, die Juden in eigenen Baracken unterzubringen. ..." 6) S. 283

Eine Änderung der OKW-Vorschriften im Herbst 1944 sah bei sonst beibehaltener gleichartiger Behandlung, wenn auch keine Sonderlager, so doch eine Absonderung in Kommandos für Außenarbeiten vor. Anlaß hierfür waren allerdings Sicherheitsgründe. Dies galt zweifellos für die offenbar einzige Ausnahme eines Sonderlagerlagers in Osnabrück für jüdische Offiziere aus Jugoslawien, die IKRK-Delegierte im Juli 1943 und im Februar 1944 besuchen konnten. Sie haben keinerlei Beanstandungen gemeldet.6) S. 282

Gerhart Riegner vom Jüdischen Weltkongreß definierte diese Absonderung als

> *»den größten Verstoß hinsichtlich der Behandlung der Kriegsgefangenen, der uns zur Kenntnis gebracht wurde«.* 6) S. 285

Hiermit bestätigte er, daß ihm z.B. Morde an Kriegsgefangenen nur deshalb, weil sie Juden waren, nie zu Ohren gekommen waren! **Carl Jacob Burckhardt** verwies in seiner Antwort an den Jüdischen Weltkongreß darauf, daß es nicht auf die Unterbringung, sondern auf die Gleichbehandlung ankomme, daß die Delegierten nunmehr viel häufiger die Kriegsgefangenenlager besuchen könnten als früher, **den jüdischen Insassen "*die größte Aufmerksamkeit widmen*" und daß das IKRK keinen Grund für eine Intervention sehe.** 6) S. 285

Zielgerichtete Hilfe für Juden

Dem 3. Band des IKRK-Reports ist anzumerken, daß sich die Herausgeber veranlaßt gesehen haben, gewissen Nachkriegs-Sprachregelungen Rechnung zu tragen. Ihre Darlegungen S. 513 ff über die jüdische Zivilbevölkerung und auch andere Passagen verweisen mehrfach auf "Judenausrottung", doch lediglich unter Verwendung dieses Terminus, ohne auch nur ein einziges Mal etwas Konkretes damit zu verbinden! Das ist unsachlich und unfair!

"In ihrer Hilfsarbeit für die zivilen Bevölkerungen zollte das IKRK den Juden besondere Aufmerksamkeit.

In Deutschland und den von ihm besetzten Ländern, besonders in Ungarn, Polen, Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien unterlag kein anderer Teil der Bevölkerung solcher Erniedrigung, Beraubung und Leiden. Beraubt jeglichen Vertragsschutzes, verfolgt in Übereinstimmung (in accordance) mit der nationalsozialistischen Doktrin und bedroht von Ausrottung, waren die Juden letztlich allgemein in unmenschlichster Weise deportiert, in Konzentrationslager eingesperrt, Zwangsarbeit unterworfen oder zu Tode gebracht worden." 34) Bd. 3, S. 513

Wie gesagt, allgemeine Behauptungen, keine Einzelheiten. Die "*ns-Doktrin*" wird erwähnt, ohne auszuführen, was diese "*ns-Doktrin*" eigentlich gewesen sei und womit aus ihr ein Juden-Ausrottungsprogramm hergeleitet werden soll. Von wiederholten jüdischen Kriegserklärungen an Deutschland schon seit 1933 findet sich indessen in diesem IKRK-Report kein einziges Wort, freilich auch keines über alliierte Vernichtungsziele gegenüber Deutschland, oder unmenschlichste Beraubung und Deportation von 600.000 Wolgadeutschen durch die Sowjets, was alles zuvor den Anlaß für Judendeportationen in Deutschland geliefert hatte! Nicht eine "Doktrin" war in Deutschland maßgebend, sondern aufgezwungene Reaktionen auf einen Vernichtungswillen internationaler Kräfte gegenüber Deutschland seit dem "Frieden" von Versailles 1919 kennzeichneten die Politik der Reichsführung!

Wenn dann aber die Herausgeber des IKRK-Reports trotz ihrer besonderen Aufmerksamkeit, die das IKRK den Juden gewidmet habe, anschließend für die Gesamtzeit des Krieges keinerlei Einzelheiten zu dem vorgenannten Absatz zu erbringen wußten, so verletzten sie damit ihren Auftrag zur sachlichen Ermittlung von Tatsachen mit entsprechend sachlicherer Berichterstattung sowie ihre Neutralitätspflicht! Um nur eines herauszugreifen: Wenn sie schon ohne Beweise auf "*die Doktrin*" der einen Seite Bezug nehmen, so hätten sie auch "*die Doktrinen*" der zahlreichen anderen Kriegsbeteiligten in Betracht ziehen müssen!

Das unbegründet dazwischengeworfene opportune Schlagwort von der "*bedrohten Ausrottung*" widerlegt sich insofern selbst, als nachweisbar jüdische Hilfsorganisationen in den USA und auch in der Schweiz, angefangen vom World Jewish Congress bis zum American Joint Distribution Committee, schließlich auch das staatsamtliche War Refugee Board, bis in die letzten Kriegsmonate hinein zielgerichtet für notleidende Juden unter deutscher Herrschaft enorme Summen an Hilfsgütern gespendet haben; allein zwischen Dezember 1944 und Mai 1945 Hilfsgelder für 33.326 Lebensmittelpakete.34) Bd. 3, S. 337

Dies taten sie natürlich in der Erwartung, daß diese Hilfsgüter die benannten Zielgruppen erreichen bzw. diese noch am Leben sind und sein werden, wenn die vielen Hindernis-

Verladung von IKRK-Hilfsgütern im schwedischen Hafen Göteborg vom Frachter M. S. Travoxrore zum Eisenbahntransport nach Lübeck zwecks Auslieferung an Kriegsgefangene und Zivilinternierte, — März 1945.

se, Transportwege und damit verbundenen Zeitspannen überwunden sein würden.

Überdies ist durch viele andere Zusammenhänge belegt, daß weder diese jüdischen Organisationen noch die alliierten Regierungen bis Kriegsende etwas von dem gewußt haben, was man später als "*Holocaust*" oder gar "*Vernichtung der europäischen Juden*" definierte.[3) S. 440] Das IKRK hatte ihnen jedenfalls auch keine Erkenntnisse dieser Art vermittelt, obgleich es diesem Thema "*besondere Aufmerksamkeit gewidmet*" hatte.

Der IKRK-Report berichtet indessen über Sachverhalte, die historisch bedeutsam sind.

Im Frühjahr 1945 wurden vom französischen Hafen Toulon aus per Bahn und LKW jüdische Internierte in Wien und Theresienstadt mit "*mehreren tausenden Paketen*" versorgt.[34) Bd. 3, S. 336]

"Die deutschen Behörden in Polen versicherten dem Delegierten, daß die vom Roten Kreuz gelieferten Hilfsgüter jenen übergeben werden, die sie am dringendsten benötigten. Sie fügten hinzu, daß sie selbst bemüht seien, daß die Pakete für die Juden ihnen in gut erhaltenem Zustand übergeben würden.

Die einzigen Provinzen, die die Hilfsgüter erhielten, waren jene von Warschau, Radom, Krakau, Lublin und zur Hälfte Lodz. Keine Hilfsgüter konnten in jene Provinzen der früheren polnischen Republik gelieferte werden, die von Deutschland annektiert worden waren und deren Einwohner als deutsche Einwohner galten." [34) Bd. 3, S. 505]

"In Österreich wurde die jüdische Bevölkerung von der IKRK-Delegation in Wien unterstützt. In dieser Stadt befanden sich unter anderem 15.000 im Jahr 1944 aus Ungarn deportierte Juden, die als Zwangsarbeiter beschäftigt waren. Der IKRK-Delegierte aus Bratislawa übergab ihnen Lebensmittel und Kleidung, die in der Slowakei gekauft worden waren.

Ähnliche Arbeit führte der IKRK-Delegierte in Kroatien aus. Er war es, der vom Mai 1943 bis zum Waffenstillstand jegliche Unterstützung für notleidende Juden vermittelt hat. ...

Das IKRK in Genf erhielt unmittelbar von jüdischen Organisationen rund 22.817.000 Schweizer Franken für seine Hilfslieferungen an jüdische Bewohner in den Balkanländern. Der größere Teil dieses Geldes wurde in Rumänien und Ungarn für Aufkäufe von Lebensmitteln, Kleidung und Medikamenten verwendet." [34) Bd. 3, S. 524]

*"**Die lokalen jüdischen Organisationen waren sehr aktiv.** Auf Anfrage des »Joint« empfahl der IKRK-Delegierte den wohlhabenden (well-to-do) jüdischen Kreisen in Bukarest, um Hilfe für ihre sich in Not befindlichen Glaubensbrüder zu ersuchen. Während der ersten 9 Monate des Jahres 1944 wurden auf diese Weise 847 Millionen Lei gesammelt."* [34) Bd. 3, S. 522]

"Während die rumänischen Behörden Hilfssendungen für die Juden erlaubten, war dies in Ungarn nicht der Fall. Nichtsdestoweniger setzte der IKRK-Delegierte in Budapest eine Hilfsarbeit in Gang, die jener seines Kollegen in Bukarest ähnelte.

Die Bedingung der jüdischen Bevölkerung in Ungarn entwikkelte sich erst besonders tragisch nach der deutschen Besetzung im März 1944. ... Der jüdische Senat in Budapest hat besonders um Hilfsgelder ersucht, da Lebensmittel und Medikamente auf diese Weise zu beschaffen waren. Im Einvernehmen mit dem Vertreter des »Joint« in der Schweiz stellte das IKRK sofort 6 Millionen Pengös seinem Budapester Delegierten zur Verfügung. Später folgten weitere Summen. So war der Delegierte in der Lage, sowohl Nahrungsmittel als auch Medikamente aufzukaufen und zunächst in Lagerhäusern zu deponieren. Sie wurden dann in Ungarn und den angrenzenden Ländern an die Juden zur Verteilung gebracht, die in den Judenhäusern, Arbeitslagern und Ghettos eingesperrt waren.

Der Delegierte in Bratislawa unterstützte diese Arbeit, indem er Nahrungsmittel, besonders Zucker, in der Slowakei aufkaufte und nach Ungarn sandte. Diese Vorräte wurden in Warenhäusern deponiert und dem Judenbüro zur Verfügung gestellt.

Als Anfang November 1944 die ungarischen Faschisten 35.000 bis 45.000 Juden deportierten, begab sich der IKRK-Delegierte ebenfalls auf den Weg von Budapest nach Wien und verteilte Lebensmittel sowie Medikamente an diese unglücklichen Leute, die kolonnenweise zu Fuß in Marsch gesetzt worden waren. Der Rest der jüdischen Bevölkerung (die Alten und Gebrechlichen, Kinder, alte Männer und Kranke), die im Ghetto von Budapest versammelt waren, wurden, so gut es die Umstände erlaubten, ernährt." [34) Bd. 3, S. 522 - 523]

"Erst nach dem Aufstand Ende August 1944 begannen die slowakischen Behörden ihre jüdische Bevölkerung in Konzentrationslager sowie nach Deutschland zu verbringen. Jene Juden, die diesen Maßnahmen entgehen wollten, mußten sich verborgen halten.

Da es kein jüdisches Zentrum in diesem Lande gab, hatte der IKRK-Delegierte in Bratislawa große Schwierigkeiten, das vom »Joint« gespendete Geld zielgerichtet auszugeben. Hilfe für Juden war strikt verboten worden. Dennoch bemühte sich der Delegierte, die Juden in ihren Verstecken zu unterstützen. ... Diese Hilfsgüter ermöglichten es den Juden, die in ihren geheimen Quartieren nicht in der Lage waren, sich selbst Nahrungsmittel auf die übliche Art und Weise zu besorgen, diese auf dem Schwarzmarkt zu beschaffen." [34) Bd. 3, S. 523 - 524]

Gegen Kriegsende

In dem Bericht eines IKRK-Delegierten -- offensichtlich handelt es sich auch um **Dr. Maurice Rossel**, der in Berlin akkreditiert war und zahlreiche Konzentrationslager besichtigt hatte -- heißt es:

"Am 2. Februar 1945 begaben sich die Delegierten des IKRK ins SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt (SS-WVHA) nach Oranienburg, um dort einzelne Fragen für die Versorgung der Konzentrationslager mit Lebensmitteln und insbesondere Medikamenten zu besprechen. Der Chefarzt aller KL in Deutschland, Standartenführer Loling zeigte für den Plan des IKRK, Medikamente an die inhaftierten Ärzte zu schicken, volles Verständnis und diktierte sofort einen Befehl, um die Durchführung in allen Konzentrationslagern zu erleichtern. In diesem Befehl war spezifiziert, daß die Quittungen über den Empfang von Medikamenten nur von den inhaftierten ausländischen Ärzten unterzeichnet werden dürfen. Dr. Loling benutzte die Gelegenheit, um den Vertretern des IKRK alle Anstrengungen des Reichssicherheitshauptamtes zu schildern, um Epidemien in den KL zu vermeiden, da ja dadurch auch die Gesundheit des deutschen Volkes gefährdet würde.[8) S. 94]

"Durch die chaotischen Zustände in Deutschland während der letzten Kriegsmonate nach der Invasion, als die Lager keinen Lebensmittelnachschub mehr erhielten, forderte die Hungersnot eine steigende Zahl von Opfern. Die deutsche Regierung selbst, alarmiert durch die Lage, benachrichtigte das Rote Kreuz am 1. Februar 1945.

Im März 1945 sagte SS-General Kaltenbrunner in Besprechungen mit dem Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zu, Hilfsleistungen ab sofort durch das Komitee selbst verteilen zu lassen, und Delegierten des Roten Kreuzes zu gestatten, sich im Lager aufzuhalten." [34) Bd. 3, S. 83]

"Während die deutschen Behörden bemüht blieben, die Lage der Häftlinge nach Möglichkeit zu verbessern, kündigte das IKRK die Einstellung der Lebensmittelhilfssendungen wegen der Zerstörung des deutschen Verkehrsnetzes durch die Alliierten Bombenangriffe an und protestierte auch deswegen bei den westlichen Mächten." [10) S. 78]

In der anderen IKRK-Dokumentation finden wir dies in die Worte gefaßt:

"In dem Versuch, die Transportschwierigkeiten auf dem Schienenweg zu umgehen, improvisierte das IKRK eine weitläufige Organisation von Straßentransporten mit dem Ziel, die Kriegsgefangenen- und Konzentrationslager schnellstens mit Lebensmitteln zu versorgen. Es richtete einen dringenden Aufruf an die alliierten Regierungen, einige hundert Lastwagen und Treibstoff zur Verfügung zu stellen. Die französische Regierung folgte diesem Appell und überließ dem IKRK 100 Lastwagen, für die der »War Refugee Board« den nötigen Treibstoff beschaffte. Die deutsche Regierung stellte kanadische Kriegsgefangene als Kraftfahrer. ...

*Im März 1945 erhielt der Präsident des IKRK, **Carl J. Burckhardt**, von SS-General **Kaltenbrunner** folgende wichtige allgemeine Zusagen:*

Neben den Richtlinien für die Versorgung der Kriegsgefangenen wurden Beschlüsse von lebenswichtiger Bedeutung für die Häftlinge in den Konzentrationslagern gefaßt. Das IKRK erhielt die Erlaubnis, selbst Lebensmittelpakete an die Häftlinge zu verteilen. Jedem Lager sollte ein Delegierter des Komitees zugeteilt werden mit der Verpflichtung, dort bis Kriegsende zu bleiben. Weiter sah man einen großzügigen Austausch von französischen und belgischen Häftlingen gegen internierte deutsche Zivilpersonen in Frankreich und Belgien vor. Inzwischen hatte das Komitee die Erlaubnis, die Kinder, Frauen und Greise aus den Konzentrationslagern sowie die jüdischen Deportierten -- besonders die aus Theresienstadt -- zu repatriieren. ...

Unverzüglich setzten sich die weißgestrichenen LKW-Kolonnen des IKRK in Bewegung. Alle, die ihre Ankunft be-obachteten, nannten sie »wahrhaftige Rettungsengel«. Sie rollten Tag und Nacht auf aufgerissenen Straßen, sie durchquerten trotz aller Hindernisse Gebiete, in denen Kampfhandlungen im Gange waren. Sie brachten Lebensmittel in die Konzentrationslager und verteilten sie sogar auf der Straße an Scharen von entflohenen oder evakuierten Gefangenen und Häftlingen, die sich alle in einem Zustand unbeschreiblichen körperlichen Elends befanden.

Die so entladenen LKW wurden sogleich für einen anderen Zweck eingesetzt. Auf der Rückfahrt zur schweizerischen Grenze nahm man aus diesen Lagern Männer und Frauen mit, die auf diese Weise vor einem fast sicheren Tod gerettet wurden. Mit Hilfe oder direkt durch das Schwedische Rote Kreuz fanden auch Repatriierungen via Lübeck und Schweden statt. .. Auf die entleerten LKWs wurden [wie im Fall des noch evakuierten KL-Oranienburg] zahlreiche Nachzügler geladen und in Lazarette und in Auffangzentren gebracht. ...

Was die Abgesandten des IKRK in den letzten Wochen der Kampfhandlungen mit dem vom französischen Ministerium für Gefangene, Deportierte und Flüchtlinge sowie von den alliierten Rot-Kreuz-Gesellschaften zur Verfügung gestellten Lastwagen vollbringen konnten, grenzt an Wunder.

Manche Konzentrationslager konnten sogar in großem Ausmaß versorgt werden. Tausende von Häftlingen wurden repatriiert.

*Überdies hatten die Delegierten des IKRK auf Grund der Abmachungen seines Präsidenten mit General **Kaltenbrunner** die Möglichkeit, eine entscheidende Rolle in den Lagern zu spielen und extreme Maßnahmen, die vor der Befreiung der Lager durch die alliierten Streitkräfte befürchtet waren, zu verhindern."* [8) S. 24 - 25]

Wenngleich der Bericht beklagt, daß etliche KL-Kommandanten Schwierigkeiten gemacht und sich darauf berufen hätten, keine Anweisung erhalten zu haben, die Tore der KL den IKRK-Delegierten zu öffnen, so geht doch aus diesen Schilderungen eindeutig hervor, daß niemand in Deutschland die Absicht gehegt hatte, vor dem Rückzug der eigenen Truppen Häftlinge nach GPU-Methode zu liquidieren. Das gilt gleichermaßen für Auschwitz! Bisher waren Behauptungen über Erschießungen auf dem Marsch zurückbleibender Evakuierter weder pauschal noch im einzelnen überprüfbar.

Resümee

Die Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes haben dem dreibändigen Bericht zufolge in dem von den Achsenmächten besetzten Europa weder einen Beweis für Massenmordpolitik gegenüber russischen oder anderen Kriegsgefangenen, noch der Zivilbevölkerung irgendeines Landes oder den Juden gefunden. In 1.600 Seiten erscheint nicht eine Andeutung auf eine Gaskammer oder ein "Vernichtungslager"! Juden wurden gleichgestellt neben anderen Nationalitäten erwähnt, die Unbilden und Entbehrungen erlitten. Das Schweigen über ein Vernichtungsprogramms entspricht dem Schweigen des über Polen gut informiert gewesenen Vatikans, mit dem das IKRK ebenso intensive Kontakte unterhalten hatte wie mit **Gerhart Riegner**, dem Repräsentanten des Jüdischen Weltkongresses in Genf.

Eine große Anzahl von den ungefähr 3.000.000 europäischen Juden konnte eine Internierung vermeiden. Sogar die Bemühungen um ihre Auswanderung wurden während des ganzen Krieges in unterschiedlichen Formen fortgesetzt, teils über Ungarn, Rumänien, die Türkei, die Schweiz und Schweden. Selbst polnische Juden, die vor Kriegsbeginn nach Frankreich gekommen waren und Einreisevisa für Nord- und Südamerika erhalten hatten, ließ die Reichsregierung ausreisen.

Zusammenfassung der Schweizer Bundesbehörden

Der XVII. Internationalen Rotkreuz-Konferenz in Stockholm 1948 wurde nachfolgende, von **Max Huber** und **Carl Jacob Burckhardt**, seit 1.1.1945 Präsident des IKRK, genehmigte Zusammenfassung vorgetragen:

"Das vom Roten Kreuz während des Zweiten Weltkrieges auf internationaler Ebene geleistete Werk kann auch weitgehend zugunsten der schweizerischen Neutralität verbucht werden. Einer fast hundertjährigen Tradition entstsprechend stellt die Schweiz die Leiter und das Personal des Internationalen Komitees. Im Bewußtsein des Privilegs, diese Institution hervorgebracht zu haben und sie auch weiterhin auf ihrem Boden zu beherbergen, hat sie ihr überdies die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt, um in voller Unabhängigkeit Aufgaben zu erfüllen, die durch die Ausweitung und Intensivierung des Krieges ins Ungeheuere wuchsen.

Gewiß haben die Regierungen der kriegführenden und neutralen Länder sowie die nationalen Rotkreuzgesellschaften das Komitee großzügig unterstützt, aber letzterem kommt das Verdienst zahlloser Demarchen, oft gewagter Initiativen und einer überwältigenden Arbeit zu. Es wird darüber selbst berichten. Es ist jedoch verständlich, daß die schweizerische Regierung vorstehende Bemerkungen durch einige Zahlen zu belegen wünscht.

Parallel zu den Schutzmächten hat sich das Komitee um 7 Millionen Kriegsgefangene und 175.000 Zivilinternierte angenommen, bei denen seine 173 Delegierten mehr als 5.000 Besuche machten.

Die Zentralauskunftsstelle für Kriegsgefangene zählte bis zu 3.700 Mitarbeitern.

Das Komitee beantwortete 600.000 Suchanträge nach Gefangenen und Zivilinternierten. Es hat 50 Millionen Karteikarten und 3 Millionen Photokopien von Kriegsgefangenenlisten angefertigt. Seine Korrespondenz hat 100 Millionen Briefe erreicht.

Für die in feindlichen Ländern wohnenden Zivilpersonen, die deshalb ohne jede Verbindung waren, richtete das Komitee die "Zivilnachrichten" ein, von denen die Zentralstelle 23 Millionen weiterleitete, in 500.000 Fällen telegraphisch, wegen der Langsamkeit des Postwegs.

Unabhängig von der Arbeit des Weltkomitees der Young Men's Christian Association, das seinen Sitz ebenfalls in der Schweiz hat, hat das Internationale Komitee vom Roten Kreuz 1.300.000 Bücher, 500 Spiele, 15.000 Musikhefte und 2.000.000 verschiedene Artikel für Handwerker, Techniker und Künstler in die Gefangenenlager geschickt.

Mehr als 33 Millionen Pakete für Kriegsgefangene sind durch das Komitee befördert worden, mit einem Gesamtgewicht von 400.000 Tonnen und im Wert von 3 Milliarden Schweizer Franken. Darüber hinaus wurden vom 12. November 1943 bis zum 8. Mai 1945 750.000 Pakete mit einem Gesamtgewicht von 2.600 Tonnen an Deportierte in Konzentrationslagern gesandt.

Die vom Komitee gecharterten Schiffe, die unter neutraler (in mehreren Fällen schweizerischer) Flagge fuhren, beförderten 410.000 Tonnen Waren. Dem Komitee übergebene Hilfsgüter wurden auch häufig an Bord von Schiffen befördert, die die Schweiz zu ihrer Versorgung gechartert hatte.

Ebenso stellten die Schweizerischen Bundesbahnen dem Komitee ganze Güterwagenzüge für den Transport der Liebesgaben zur Verfügung.

Um der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten, besonders den Frauen und Kindern, beizustehen, verband sich das Komitee mit der Liga der Rotkreuzgesellschaften, deren Dienststellen bei Kriegsbeginn von der Schweiz beherbergt wurden. Das so geschaffene "Vereinigte Hilfswerk" vom Internationalen Roten Kreuz übernahm die Verteilung von Zehntausenden Tonnen Hilfsgütern im Wert von rund 150 Millionen Schweizer Franken.

Das Komitee wirkte außerdem -- stets mit schweizerischen Mitarbeitern -- an der Registrierung und Rückführung der schwerverwundeten und kranken Kriegsgefangenen mit. Darüber hinaus übernahm es auch noch andere medizinische Sonderaufgaben in verschiedenen Ländern Europas.

Die Gesamtsumme der Spenden, die dem Komitee vom 1. September 1939 bis zum 30. September 1945 zur freien Verfügung gestellt wurden, um seine Kosten für die Organisation, die Interventionen und Missionen im Ausland zu bestreiten, belief sich auf 33.500.000 Franken gegenüber 33 Millionen Ausgaben im selben Zeitabschnitt. Die Spenden aus der Schweiz machten 18.500.000 Franken, also 55 Prozent der erhaltenen Beträge aus. Hierzu kommt noch ein Kredit von 5 Millionen, den das schweizerische Parlament dem Internationalen Komitee am 19. Dezember 1945 als Vorschuß gewährte, um den dringenden Finanzbedarf zu decken, der sich aus der Fortsetzung seiner Tätigkeit nach der Einstellung der Feindseligkeiten ergab." [6) S. 507 - 509]

Bestätigte Unkenntnis

Im sogenannten "**Ernst-Zündel**-Prozeß" (2. Instanz 1988 in Toronto (vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 36, S. 7) war als Sachverständiger **Charles Biedermann**, Chef des Internationalen Suchdienstes in Arolsen und Delegierter des Roten Kreuzes in Genf, geladen worden. Er hatte ausgesagt, daß Delegierte des Internationalen Roten Kreuzes während des Krieges zahlreiche Besuche in Kriegsgefangenen-, Internierten- und Konzentrationslagern durchgeführt haben und über Schriftverkehr vielen Informationen nachgegangen sind, aber keinerlei Beweise für deutsche Hinrichtungsmaßnahmen mittels Gaskammern je erhalten haben. Das Gericht tat seine Aussage als Privatmeinung ab. Die Frage des Verteidigers, seit wann es den Begriff "Vernichtungslager" gäbe, bewog **Biedermann**, sich darüber telefonisch in Genf zu unterrichten und bezeugte anschließend vor Gericht, daß es in den Archiven des Komitees kein einziges amtliches deutsches Dokument mit einem solchen Ausdruck gäbe.

Die Bekundungen **Biedermanns** als vereidigter Sachverständiger veranlaßten zudem anschließend einen Offizier der Bundeswehr, sich dies von der Komitee-Verwaltung in Genf noch einmal bestätigen zu lassen. In dem hier abgedruckten Antwortschreiben wird eindeutig festgestellt, daß Herr **Biedermann** keine Privatmeinung geäußert hat, sondern eine, die dem Erkenntnisstand des IKRK entsprach.



COMITÉ INTERNATIONAL DE LA CROIX-ROUGE

Monsieur,

Genève, le 11 janvier 1989
DEM/RECH 1989/18 FPe/av

Suite à votre lettre du 21 décembre 1988, nous vous confirmons que, dans son rapport sur sa visite au camp de Dachau, le délégué du CICR utilise les termes de crématoire.

En ce qui concerne les déclarations faites par Monsieur Biedermann lors du procès Zündel, il les a prononcées en plein accord avec le CICR.

Les rapports sur les visites des camps de concentration ayant été établis au moment de la capitulation de l'Allemagne, il n'ont pas été transmis au gouvernement allemand.

Enfin, le CICR ne dispose d'aucune information directe sur la situation des Juifs en Pologne après le retrait des troupes allemandes.

Veuillez agréer, Monsieur, l'assurance de notre considération distinguée.

Florianne Truninger
Chargée de recherches
Doctrine, Droit et Relations
avec le Mouvement

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz — **Genf am 11. Januar 1989**
DEN/RECH 1989/18 FPe/av

Sehr geehrter Herr,

In Beantwortung Ihres Briefes vom 21.12.1988 bestätigen wir, daß der Delegierte vom Internationalen Komitee in seinem Bericht über seinen Besuch des Lagers Dachau den Begriff »Krematorium« benutzt hat.

Was nun die Erklärung von Herrn Biedermann beim Zündel-Prozeß betrifft, so hat er sie in absoluter Übereinstimmung mit dem IKRK abgegeben.

Die Berichte über die Besuche der Konzentrationslager sind zur Zeit der Kapitulation Deuschlands gemacht worden. Sie sind nicht der deutschen Regierung zugestellt worden.

Abschließend: das IKRK besitzt keine direkte Information über die Lage der Juden in Polen nach dem Rückzug der deutschen Truppen.

Nehmen Sie bitte, mein Herr, die Versicherung unserer vorzüglichen Hoachtung entgegen.

Florianne Truninger
Beauftragte des Suchdienstes, des Rechtes und der Beziehungen mit der Bewegung

Nicht mehr zuständig: Der Krieg war ja beendet

Bekannt sind die großen Vorräte, über die das IKRK gegen Kriegsende in der Schweiz verfügte und die auf Grund des Verbotes durch US-Oberbefehlshaber **Dwight D. Eisenhower** weder der deutschen Zivilbevölkerung noch den kriegsgefangenen deutschen Soldaten zur Hilfe gebracht werden durften: in über 21 Depots lagerten 105.000 Tonnen Hilfsgüter.[6) S. 233] Derweil waren noch Rot-Kreuz-Schiffe nach Europa unterwegs, Züge und Lastwagen in verschiedenen westeuropäischen Ländern bereitgestellt, um 10 Millionen Pakete mit Lebensmitteln, Kleidung und Medikamenten den -- wie es bei **Prof. Favez** heißt -- "*verschiedenen Lagern*" zugeführt zu werden.[6) S. 234]

Diese Anstrengungen waren anerkennenswert gewaltig. Von **Prof. Favez** wäre es fair gewesen, hätte er auch erwähnt, daß nach Kriegsende diese Hilfsgüter den in großen "Wiesenkäfigen" unter freiem Himmel eingezäunt vegetierenden und großenteils verhungernden deutschen Soldaten und selbst der unter Hungerrationen lebenden deutschen Zivilbevölkerung verweigert und bereits auf der Fahrt befindliche Züge zurückgeschickt wurden, weil Hilfe für Deutsche den amerikanischen Besatzungsdirektiven zuwiderlief.[35) S. 226]

Der kanadische Historiker **James Bacque** hat diese Verhältnisse eingehend geschildert und das Ergebnis festgehalten, daß auf Grund dieser US-Politik mehr als 1 Million "befreite" deutsche Soldaten dem Hungertod ausgeliefert worden waren. Die Rote-Kreuz-Hilfe war mit dem Argument verweigert worden, daß es sich bei den deutschen Soldaten um keine Kriegsgefangene mehr handele, sondern um

"Disarmed enemy forces" (DEF),

also "entwaffnete Feindkräfte", für die keine internationale Schutzmacht zuständig sei. Ja, die Instruktion aus Washington war noch umfassender:

"Es gibt keine Schutzmacht mehr, die deutsche Interessen wahrnimmt." [35) S. 84]

Völkerrechtliche Grundsätze waren dem deutschen Volk schon lange verweigert worden.[36)] General **Eisenhower** untersagte sogar US-Hilfsorganisationen den Zutritt zu seiner Besatzungszone und behandelte die UNO-Hilfsorganisation UNNRA wie eine ihm unterstellte Behörde. Dabei war sein "*blutdürstiger*" [13)] Präsident **F.D. Roosevelt** bereits vor Kriegsende unter mysteriösen Umständen verstorben. Allerdings hatte sich sein Nachfolger, Verantwortlicher für die Atombombenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki, **Harry Truman**, auch nicht gerade als Humanist empfohlen. Gab es womöglich eine "blutdürstige US-Doktrin"?

Die britische Regierung hatte sich US-Auffassung ebenfalls zu eigen gemacht -- anders ist ihre Anregung und Zustimmung zur Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus ihrer ostdeutschen Heimat und die Billigung der damit verbundenen Massenmorde nicht erklärlich --, indem sie dem IKRK zu verstehen gab, daß die Siegermächte

"nach Verschwinden der deutschen Regierung die höchste Verfügungsgewalt in Deutschland übernommen haben, was sich auch auf den Schutz der Interessen der deutschen Kriegsgefangenen erstrecke." [35) S. 86]

Dies geschah **nach Beendigung** des Krieges, als diese Leute sich als die Repräsentanten der Humanität feiern ließen und die gesamte deutsche Führungselite wegen "Kollektivverbrechen gegen die Menschlichkeit" in "Automatischen Arrest" steckten und willkürlich mit Folter, Deportation, Hunger, unerträglichen Lebensbedingungen und Todesurteilen dezimierten!

Zur Aufnahme der alliierten Kriegs- und Nachkriegsverbrechen in den "Report" fand das IKRK keinen Platz. Der Krieg war ja beendet und die Sowjetunion bekanntlich nicht den Internationalen Rot-Kreuz-Abkommen beigetreten. Die westlichen Mithelfer entzogen sich der Anprangerung und Verfolgung durch Verträge, Gesetze, Verfügungen, Amnestien und Selbsteinsetzung als "internationale Richter".

Konrad Adenauer, erster Nachkriegs-Bundeskanzler, hat in seinem 589-Seiten "Erinnerungen 1945 - 1953" weder "Holocaust" noch "Auschwitz" erwähnt. Hingegen geißelte er in seiner dort zitierten Berner Rede vom 23. März 1949 neben zahllosen Untaten der Siegermächte auch deren gigantischen Vertreibungsverbrechen:

> ***"Ich muß in diesem Zusammenhang zunächst von dem Problem der Vertriebenen sprechen. Es sind aus den östlichen Teilen Deutschlands, aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn usw. nach den von amerikanischer Seite getroffenen Feststellungen insgesamt 13,3 Millionen Deutsche vertrieben worden. 7,3 Millionen Deutsche sind in der Ostzone und in der Hauptsache in den drei Westzonen angekommen. 6 Millionen Deutsche sind vom Erdboden verschwunden. Sie sind verstorben, verdorben. Von den 7,3 Millionen, die am Leben geblieben sind, sind der größte Teil Frauen, Kinder und alte Leute. Ein großer Teil der arbeitsfähigen Männer und Frauen ist nach Sowjetrußland in Zwangsarbeit verschleppt worden. Die Austreibung dieser 13 bis 14 Millionen aus ihrer Heimat, die ihre Vorfahren zum Teil schon seit Hunderten von Jahren bewohnt haben, hat unendliches Elend mit sich gebracht. Es sind Untaten verübt worden, die sich den von den deutschen Nationalsozialisten verübten Untaten würdig an die Seite stellen. Die Austreibung beruht auf dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945. Ich bin überzeugt, daß die Weltgeschichte über dieses Dokument ein sehr hartes Urteil dereinst fällen wird."*** [37)]

Das IKRK hätte etliches nachzutragen gehabt, hätte es auch einmal die Verhältnisse der Alliierten mit gleichen Maßstäben wie Deutschland ins Visier genommen!

35) James Bacque, "Der geplante Tod -- deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945 - 1946", Frankfurt/M - Berlin (Ullstein Verlag) 1989; Originaltitel: "Other Losses", Toronto 1989.

36) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 41, S. 32 - 40.

37) Konrad Adenauer, "Erinnerungen 1945 - 1953", Stuttgart 1965, S. 186.